

sollen alle übrigen zahlen. Das, meine Damen und Herren, sehr verehrte Damen und Herren des Hohen Hauses, Herr Präsident, halten wir jedenfalls für nicht gerecht. (Beifall bei der SPÖ.) Und daher auch dieser Vorstoß in einen Bereich eben, der nicht vom Markt geregelt wird, sondern wo wir eine Preisregelung haben wie in alten Zeiten. Wenn Sie mit mir darüber geredet hätten, daß wir die Preisregelung beseitigen, hätten Sie mich sofort als Verbündeten gehabt. Das ist ein Relikt.

Herr Finanzlandesrat Hans-Joachim Ressel hat als Eigentümerversorger des Landes Steiermark und damit als derjeniger, der dafür zuständig ist, mit einem Schreiben, und zwar vom 18. Mai 1999, die STEWEAG ersucht, ein sozial ausgewogenes Tarifsysteem zu entwickeln, damit für die Haushalte eine spürbare Kostensenkung eintritt.

Weiters wurden Vorbesprechungen mit Bürgermeistern meiner Partei, und zwar am 25. Mai 1999, geführt, die als Eigentümerversorger direkt, in den meisten Fällen aber ganz sicherlich nur indirekt für die Tarife in kommunalen Energieversorgungseinrichtungen Mitverantwortung tragen oder in diese Verantwortung eingebunden sind, je nachdem, wie die Rechtsform des Unternehmens geprägt ist. Bei diesem Gespräch bestand grundsätzlich Übereinstimmung mit meinen Freunden unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Situation der kommunalen Stromversorger, eine Tarifenkung durchzuführen.

Die sozialdemokratischen Bürgermeister erkennen genauso wie wir, daß durch die Liberalisierung der Strommärkte manche sich Kostenvorteile holen können, die den privaten Haushalten, aber auch dem Handel, Gewerbe, auch dem bäuerlichen Bereich verschlossen bleiben. In diesem Zusammenhang sei auch ausdrücklich darauf hingewiesen, daß das Bemühen auch der sozialdemokratischen Bürgermeister gegeben ist, eine soziale Form der Tarifgestaltung mitzutragen, so wie wir das auch sehen.

Frau Landeshauptmann, Sie sind mir nicht böse, aber Sie haben ein paar Dinge gesagt, auf die ich in dem Zusammenhang ganz kurz eingehen möchte. Inwieweit Sie alle Versorger angeschrieben haben, das kann ich und will ich auch nicht beurteilen. Ganz sicherlich ist, daß Ihre offenen Briefe in die sozialdemokratischen Gemeinden gegangen sind, und daß diese Postkarten sehr gezielt nicht im Bereich der privaten Stromversorger aufgetaucht sind, und daß die Kostennachfrage öffentlich jedenfalls in den sozialdemokratischen Gemeinden erfolgte. Dort, wo private Versorger sind, die, wie ich annehme, der ÖVP nicht so ferne stehen, ist Gleiches von uns jedenfalls nicht festzustellen gewesen. Aber wenn Sie mich korrigieren, dann freue ich mich darüber. (Landeshauptmann Klasnic: „Wenn ich sage, ich habe alle Versorger angeschrieben, dann habe ich alle Versorger angeschrieben!“) Sie haben alle Versorger wahrscheinlich angeschrieben. Wie gesagt, die Postkartenaktion, die öffentliche, die an die Haushalte gehende Postkartenaktion, beschränkt sich offensichtlich auf die sozialdemokratischen Gemeinden und deren Bürgermeister, dort, wo es Stadtwerke gibt. Gleiche Postkarten konnten wir jedenfalls dort, wo es private Versorger gibt, an die Haushalte nicht feststellen. Das ist auch ein interessanter Fall. Aber auch wenn das

anders ist, nehme ich es gerne zur Kenntnis. Ich habe ausdrücklich gesagt, daß Sie alle angeschrieben haben, davon gehe ich schon aus, aber es gibt ja daneben die Publizität der Postkartenaktion an die Haushalte.

Es ist, glaube ich, auch ein Fehler, Frau Landeshauptmann, wenn Sie in Graz alle mit den Stadtwerken konfrontieren. Dort kenne ich mich ein bißchen aus, dort gibt es drei Versorger. Nicht alle sind Stadtwerkkunden. Sie haben aber alle angeschrieben. Es gibt manche, die sich darüber wundern, weil die kriegen die Rechnung immer vom Herrn Franz oder von sonst irgend jemandem. (Abg. Dr. Lopatka: „Sie bestätigen es ja selbst, daß wir auch Private angeschrieben haben!“) Herr LandesparteiSekretär, mit Ihnen setze ich mich sicher nicht auseinander. (Abg. Dr. Lopatka: „Sie haben sich widersprochen!“)

Also mit Ihnen setze ich mich ganz sicher nicht auseinander. Sie haben sich auf ein Feld begeben, das ich heute schon angeschnitten habe. Also, wenn wir auf berufliche Zeiten der Vergangenheit blicken, na dann blicken wir, dann tun wir das gerne. Ich habe keine Probleme damit. Vielleicht wollen Sie die private Ebene. (Beifall bei der SPÖ.)

Vielleicht gehört es zu Ihrem Stil, auch die private Ebene, die letzten 30 Jahre zu durchleuchten. Das ist ja vielleicht auch noch eine Möglichkeit. Sie haben das im übrigen bei den letzten Wahlen auch schon getan, da war es nicht sehr gut für Sie, soweit ich mich entsinne. (Beifall bei der SPÖ.)

Also, wenn Sie mich schon ansprechen, dann kriegen Sie das auf jeden Fall von mir, das sage ich Ihnen, und zwar Sie alle. (Beifall bei der SPÖ.)

In dem Fall, Frau Landeshauptmann, obwohl wir sonst sicherlich gut miteinander auskommen, sind auch Sie nicht ausgenommen. (Landeshauptmann Klasnic: „54 Jahre liegen am Tisch, nicht nur 30. Wenn, dann ordentlich!“) Ich habe darüber gesprochen, daß ich, wenn ich so angedredet werde, sage, es ist ein Feld betreten worden, das wir bisher nicht gewohnt waren, daß wir es betreten. Bei mir sind es fast 57. Ob wir das berufliche Feld immer aufbereiten sollen, ist eine andere Frage. (Abg. Dr. Lopatka: „Ist das ein Problem?“)

Nein, ganz im Gegenteil, für mich kein Problem.

Erlauben Sie mir, auf einen weiteren wichtigen Punkt im Zusammenhang mit der Strompreisdebatte hinzuweisen. Mit der bereits angesprochenen Liberalisierung des Strommarktes, die für Österreich am 19. Februar 1999 mit einem ersten Schritt wirksam wurde, sind Industriekunden mit einem Jahresverbrauch von mehr als 40 Gigawattstunden – das ist jetzt die konkrete Ziffer – in die Lage versetzt worden, den Strom am freien Markt einzukaufen. Die durch diesen Schritt ausgelösten Marktbewegungen, die im übrigen den Stand des Elektrizitätswirtschaftsorganisationsgesetzes längst überholt haben – Herr Kollege Paierl, das ist Ihr Hinweis, das ist ja alles längst vorbei und alles längst überholt –, kosten die STEWEAG jährlich 250 Millionen Schilling, meine Damen und Herren, im Bereich der Industrie allein.

Ich habe damals nichts gehört, daß dort Arbeitsplätze bedroht sind, wie Sie das jetzt schreiben. Ich habe nichts gehört, daß es furchtbare Rationalisierungen

gen auslöst, daß das Dividendenprobleme nach sich zieht. Das habe ich alles von der ÖVP nicht gehört. Sie sind aber auch verantwortlich für die STEWEAG, nehme ich an, als Mitglieder der Landesregierung und damit als Eigentümervvertreter im weiteren Sinn. Davon habe ich nichts gehört. Jetzt ist es ein großes Thema.

Sie sind mir nicht böse, wenn ich sage, daß der Verdacht naheliegt, daß mit zweierlei Maß gemessen wird, je nachdem, ob eine bestimmte Lobby betroffen ist oder ob es sich um sozialdemokratisch verwaltete Städte und deren Stadtwerke handelt.

Zu Punkt drei: Zusätzlich zu den Ausführungen zur Frage zwei verweise ich darauf, daß die Vorstandsdirektoren der ESTAG – ich lasse die Titel weg – Heinzl, Fehringer, Barbé, Herrn Landesrat Ing. Ressel in einem Schreiben vom 26. Mai 1999 folgendes mitgeteilt haben: „Auch der Eigentümervvertreter der EdF Generaldirektor Diethrich ist der Meinung, daß Strompreisvorteile nicht nur für zugelassene Kunden gelten sollen, und schlägt daher vor, in der nächsten Aufsichtsratssitzung der STEWEAG – die am 11. Juni 1999 stattfand – dieses Thema zu erörtern. Gleichzeitig haben wir den Vorstand der STEWEAG aufgefordert, über eine neue Stromtarifkonzeption nachzudenken und Vorschläge vorzubereiten.“ – Zitat aus dem Schreiben.

Zur Frage vier: Als gewählter Verantwortungsvertreter werde ich üblicherweise nicht durch Gespräche mit Eigentümervvertretern auf grundlegende Bedürfnisse und Probleme der steirischen Bevölkerung aufmerksam, sondern durch direkten Kontakt mit dieser. Es wäre daher nicht notwendig und war daher auch nicht notwendig, zu der von mir erhobenen Forderung nach einer gerechteren Tarifgestaltung ermutigt zu werden. Ich habe die von mir erwähnten Gespräche mit den Eigentümervvertretern bereits mit der deklarierten Absicht geführt, die gewünschten Veränderungen herbeizuführen.

Weiters darf ich darauf hinweisen, daß in den letzten Jahren, meine Damen und Herren, für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer grosso modo Reallohnzuwächse nicht nur nicht möglich waren, sondern, wenn man den Arbeitsplatz verliert und neu anfangen muß, es zu deutlichen Einkommensreduzierungen kommt. Die einzige Möglichkeit – ich habe das am Anfang als neues Politikfeld bezeichnet –, um diese fehlende Verbesserung der Lebensverhältnisse zu ermöglichen oder teilweise dies zu ermöglichen oder dies auszugleichen, ist die Absenkung der täglichen Lebenskosten, wozu auch der Strompreis und im weitesten Sinn die Wohnungskosten gehören.

Zur Frage fünf: Die Frage fünf, glaube ich, habe ich bei der Frage zwei beantwortet. Wenn Sie auf eine Wiederholung verzichten können, werde ich das tun.

Zur Frage sechs: Hier kann auf das bereits erwähnte Ersuchen vom Beteiligungsreferenten und zuständigen Eigentümervvertreter Finanzlandesrat Ing. Hans-Joachim Ressel an die STEWEAG um Entwicklung eines solchen sozial ausgewogenen Modells verwiesen werden. In diesem Zusammenhang kann auch beispielhaft, meine Damen und Herren, die phantasiereiche Tarifgestaltung im Telekommunikationsbereich herangezogen werden.

Wenn Sie sich heute anschauen, wie die Angebote in den auch liberalisierten und privatisierten Telekommunikationsbereichen ausschauen, so kann mir wohl niemand sagen – (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Wer macht das dort?“) tuns nur warten –, daß das erstens nicht möglich und zweitens nicht sinnvoll sei, sich auch dort etwas abzuschauen, wo man das eine oder andere schon ausprobiert hat.

Ich mache ganz sicherlich niemandem – das steht mir auch gar nicht zu – Vorschriften, Vorschläge oder sonst irgend etwas, aber ein Hinweis sei erlaubt. Wenn Sie davon ausgehen, daß man in der Telekommunikation zum Beispiel mit Freizeiten wirbt, wenn man umsteigt – weiß jeder von uns, es gibt gewaltige Angebote – ja, dann frage ich mich, die einfachste Form der sozialen Staffel, weil sie regressiv wirkt und die kleinsten Einkommen am stärksten begünstigt, ohne daß andere benachteiligt werden, ist, daß man zum Beispiel die ersten 350 Kilowattstunden einfach freigibt. Ein durchschnittlicher Haushalt verbraucht etwa 4000 Kilowattstunden in dem Land, also was ist da leichter, als wenn ich sage, die ersten 350 gebe ich frei, das muß man dann anschauen in Zusammenhang auch mit dem Prozentsatz. Die gibt man frei, das ist auch eine Maßnahme, die ganz, ganz leicht administrierbar ist, und sie wirkt sofort unmittelbar und begünstigt relativ kleinere Einkommen, weil die natürlich in der Relation mehr benötigen als einer, der eine 40.000-Schilling-Strompreisrechnung im Jahr hat. Also es gibt ausreichende Modelle, man braucht sich nur ein bißchen umschaun. In Skandinavien gibt es das übrigens schon. Das ist eine ganz einfache – (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Weil es einen Markt gibt!“)

Ja, Sie reden immer vom Markt, und dann stützen Sie sich auf eine Preisregelung, das kenne ich bei Ihnen schon. Bei Ihnen ist der Markt nur dann wichtig, wenn Sie ihn ausschalten können. (Beifall bei der SPÖ.) Das ist die ganze ÖVP-Methode. Die Prediger der Marktwirtschaft sind diejenigen, die den ganzen Tag darüber nachdenken, wie sie andere ausschließen können, zum Beispiel über die Gewerbeordnung. Tun Sie doch mir keine Geschichten erzählen. (Beifall bei der SPÖ. – Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Das ist ja unglaublich!“) Das Verhindern der Konkurrenz ist bei manchen das oberste Gebot, die jeden Tag am Abend über die Marktwirtschaft und über die Errungenschaften des Marktes und über die Freiheit und über das ganze Zeug reden. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Es gibt einen Markt!“)

Aber, erzählen Sie mir doch nichts! Erzählen Sie mir doch keine Geschichten!

Frage sieben: Die politische Forderung der sozialdemokratischen Regierungs- und Landtagsfraktion bezieht sich nicht nur auf die Senkung der reinen Wohnnebenkosten, sondern auch auf eine Reduktion der Mietpreise, die wesentlich durch das Zinsniveau zum Beispiel beeinflußt werden.

Als zentraler Ansatzpunkt müßten daher nach unserer Ansicht die marktkonformen Zinssätze auch an die Mieter mit Altverträgen weitergegeben werden.

Meine Damen und Herren, eine Zinssenkung bei bestehenden Kreditverträgen um ein Prozent – und nun wissen wir, daß es die eine oder andere Nachverhandlung wahrscheinlich noch nicht gegeben hat

oder schon gegeben hat und die Weitergabe noch nicht erfolgt ist – aber einen Prozent Zinssatzsenkung bewirkt 8 Schilling pro Quadratmeter minus pro Monat. Na gut, jetzt kann ich sagen, der Zinssatz, wie die Altverträge waren, war halt 9; 10 Prozent. Der Zinssatz von heute als Marktzinssatz ist für einen Konsumenten vielleicht 5 oder 5,5 je nachdem. Gut, jetzt kann man noch sagen, da gibt es noch Spielräume, aber auf jeden Fall ist die Absenkung dieses Teiles und die Weitergabe dann dieses Zinsteiles aber nicht ohne Bedeutung. Also wenn das 8 Schilling pro Quadratmeter und Monat sind, dann muß ich sagen, meine Damen und Herren, es ist unsere Verpflichtung, daß wir uns darum annehmen, daß das geschieht. Ist ganz klar. Es ist in Wirklichkeit jeder dazu verpflichtet, sich darum zu kümmern, daß es diese Weitergabe von Zinsvorteilen gibt.

Ein anderer Bereich. Im Bereich des geförderten Geschoßbaues ist nach Ausbezahlung der laufenden Darlehen die höchstzulässige Miete derzeit nicht geregelt, und es laufen die alten Mieten weiter. Wir wissen aber, daß das ausbezahlt ist, nachweislich! Ja, meine Damen und Herren, das Mindeste, das mir einfällt, ist, daß ich die Kategorienszinse des übrigen Marktes als Kriterium hernehme und sage, dort habe ich A, B, C und D, und die nehme ich zumindest als Obergrenzen. Das ist das Mindeste, aber Sie würden sich wundern, bei wie vielen das eine Absenkung – (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Es gibt ja einen Markt!“)

Nein, von mir aus bräuchten wir auch das nicht. Nein, Herr Kollege, gar nicht. Wir bräuchten auch das nicht. Nur, wir haben im anderen Mietbereich – ich komme schon noch dazu, lassen Sie. Ich komme schon noch dazu, daß das ganze Mietenrecht ins Land gehört. Ich nehme es vorweg, wenn Sie wollen, mache ich gerne. Das ganze Mietenrecht gehört ins Land, es gehört vereinheitlicht, damit wir überhaupt zu einer vernünftigen Mietenstruktur kommen, zu einer vernünftigen Abrechnungsstruktur, zu einer Übersichtlichkeit. Das Durcheinander mit der Bundeskompetenz, auf der einen Seite das ganze Mietrecht mit den Kategorien, auf der anderen Seite unsere Wohnbauförderung, die wohl gelungen ist, das sage ich ausdrücklich, aber für mich gehört das alles als Landesmaterie geregelt, das gehört weg vom Bund. (Beifall bei der SPÖ.) Das ist die Antwort für Sie.

Aber solange wir das nicht haben, können wir ja zumindest sagen, okay, das ist ausbezahlt, die Geschichte ist ausbezahlt nach 20 oder 25 Jahren, je nachdem, wie lange das Darlehen gelaufen ist, und da muß es einen neuen Zinssatz geben, es kann ja nicht der alte ewig fortgeschrieben werden.

Aber, meine Damen und Herren, bei jenen Gebäuden, bei denen noch laufende Annuitäten zu leisten sind, sind die Erhaltungs- und Verbesserungsaufwendungen durch entsprechende Planung und Bauausführung so niedrig zu halten, daß die derzeit gesetzlich zulässigen Erhaltungs- und Verbesserungsbeiträge durchaus gesenkt werden können. Auch das ist keine besondere Neuigkeit mehr. Aus unserer Sicht bis zur Hälfte. Ist aber bitte schön auch nicht wenig, weil das sind derzeit 24 Schilling pro Quadratmeter. Wenn man dort auf 12 Schilling geht, dann muß ich sagen, ist das ein Spielraum, den wir in der Chance des

Aufmerksammachens auf der einen Seite oder in einem neuen Regelbereich, den sich das Land vorbehält, nützen sollten.

Eine Vorschreibung der Verwaltungskosten ausschließlich auf Grund der Berechnung nach Quadratmeter ist wahrscheinlich auch überholt. Daß das einmal zur Annäherung vernünftig war, mag sein, aber auch hier sage ich, meine Damen und Herren, wenn ich Abrechnungen sehe, wo die Verwaltungskosten höher sind als die Heizkosten eines ganzen Wohnkomplexes, und das in der Obersteiermark, wo es bekanntlich ein bißchen kälter ist als im Süden, ja dann muß ich mir zumindest einmal die Verwaltungskosten anschauen. Ich glaube, das ist auch unser gemeinsames Interesse. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Das ist richtig, aber da ist der Hausmeister dabei!“) Das ist richtig, ja, alles miteinander. Ja schon, ich habe eine Aufstellung gesehen, in den Verwaltungskosten ist das drinnen, das ist richtig. Aber ich sage nur dazu, wir bewegen uns hier doch auf einem Feld, wo man wirklich nachschauen muß, ob wir da noch zeitgemäß handeln. Und das sind alles keine Nullbeträge, um die es hier geht.

Für den nichtgeförderten Wohnbau – ich sage es jetzt noch einmal – ist aus meiner Sicht, um überhaupt zu einer einheitlichen Linie zu kommen, eine Veränderung notwendig. Und wir werden da im übrigen in anderen Bundesländern durchaus Verbündete finden.

Zur Frage acht: Das kann ich auch eindeutig so sagen. Nein, also für einen derartigen Vorstoß bedarf es keiner Beratungen oder eines Anstosses von Dritten. Die politische Arbeit der sozialdemokratischen Regierungs- und Landtagsfraktion orientiert sich daran, daß die Lebenskosten der Menschen zu senken sind.

Frage neun: Selbstverständlich bin ich als Gemeindereferent laufend mit den Gemeinden innerhalb meines Zuständigkeitsbereiches in Kontakt und daher über die Probleme und Möglichkeiten informiert. Den Bürgermeistern ist die Problematik der relativ hohen Betriebskosten auch in diesem Teil, nämlich des Gebührenhaushaltes, voll bewußt, meine Damen und Herren. Sie sind jedoch einerseits an die Kostendeckungspflicht und andererseits an die kostenverursachenden bundes- und landesgesetzlichen Auflagen gebunden und müssen sich an diese Auflagen halten. Und jetzt sage ich schon eines auch, dieser Appell ganz, ganz stark an uns selber. Ja, wenn wir alles, was gut und teuer ist, vorschreiben und halt sagen, es ist uns Wurscht, daß es eine lange Leitung gibt mit 1,4 Kilometer, und hinten schließt einer an. Ja, Freunde – Entschuldigung, wenn ich diesen Ausdruck sage, aber letzten Endes sind wir das ja doch bis zu einem gewissen Grad –, ja, meine Damen und Herren, dann muß ich sagen, dann sind wir selber schuld, dann brauchen wir uns nicht hintennach darüber beschweren, daß die Gebühren hoch sind. Man kann halt nicht alles im Leben haben. Also, wenn ich mir alleine das Theater mit den langen Leitungen in den kleineren Gemeinden anschau, das ist nicht in erster Linie nur ein städtisches Problem, dort habe ich halt wieder einen anderen Laufmeterpreis, weil ich ja alles ausgraben muß und alles hinausschmeißen muß, was unterhalb schon fünfmal liegt, da gibt es andere

Faktoren. Aber dem Grunde nach können wir uns doch nicht über das jetzt beklagen, was wir selbst beschlossen haben. Schaut euch das an bei den Kläranlagen, diese Anschlußgeschichten an die Großen um jeden Preis, völlig Wurscht wohin. Ja, warum haben wir uns dort nicht einmal rechtzeitig gefunden und haben gesagt, nein, das brauchen wir in der Form nicht, vielleicht machen wir kleinere Einheiten? (Abg. Präsident Dipl.-Ing. Vesko: „Thörl!“) German, brauchst du mir nicht sagen. Du, entschuldige German, ich kenne den Fall. Ich habe damit zu tun, wie du dir denken kannst. Also, ich meine, das ist ja wirklich ein Appell an uns selber als Gesetzgeber. Dann ändern wir gefälligst die Gesetze. Es wird halt alles nicht möglich sein. Wir können nicht alles vorschreiben und uns hintennach beschweren, daß das auch etwas kostet. Also, meine Damen und Herren, ein Beispiel, nur damit wir wissen, wovon wir reden: Durch die Auflagen der letzten Wasserrechtsnovelle, die eine Erhöhung der Reinigungsqualität des Abwassers von einem bis 3 Prozent gewährleisten soll, gibt es für einen Abwasserverband des Landes Steiermark, man kann es auch dazusagen, für Liezen, finanzielle Mehraufwendungen von 75 Millionen Schilling, für diese eine einzige Maßnahme. Bitte, und dann wundern wir uns, daß die Gebühren hoch sind. Also, sehr wundern brauchen wir uns dann alle gemeinsam nicht mehr. (Beifall bei der SPÖ.) Erich, wir haben einen sehr hohen Regelbereich auch bei uns, wie du weißt. Und wahrscheinlich (Landesrat Pöttl: „Sehr schön ausgenutzt!“), das weiß ich nicht, wenn du so sicher bist, dann ist es ja umso besser, daß dort alles problemlos ist. Ich höre auch anderes von euren Gemeinden. Okay, wenn ihr glücklich seid damit, dann bitte. Das ganze Klärwasser einleiten, und, und, und. Also, aber mittlerweile höre ich, daß du zufrieden bist, und so kann ich den Teil weglassen, betrifft überwiegend die kleineren und agrarischen Gemeinden. Die Änderung des letzten Kanalgesetzes hat durchaus gezeigt, da bin ich bei dir, daß durch das eine oder andere eine Effizienz verbessert werden kann. Ob wir alles erwirkt haben, bin ich nicht so sicher wie du. Also, ich glaube, dieser Appell richtet sich an uns alle.

Meine Damen und Herren! Zur Frage zehnn:

Es hat in diesem Haus und auch in der Landesregierung niemand eine Mehrheit. Daher ist es nun einmal so, daß auf Grund dieser fehlenden Mehrheit es zu einer Zusammenarbeit und zu einer Erklärung einer solchen mit der ÖVP für diese Legislaturperiode von unserer Seite gekommen ist und auch von seiten der ÖVP. Daß wir aber das in einem durchaus offenen Feld betreiben, ist auch für jeden ersichtlich. Ich glaube, das war und ist auch gut so. Aber wir können die relevanten Themen, mitunter sehr, sehr relevanten Themen, zumal auch heikle Themen, eben nur lösen, wenn wir eine Mehrheit zustande bringen. Ich bekenne, daß es schön wäre, wenn wir gemeinsame Lösungen zustande bringen, nämlich alle miteinander. Aber ich sage auch in diesem Fall, wo es um die Senkung der täglichen Lebenskosten der Steirerinnen und Steirer geht, ist es wahrscheinlich auch notwendig, mit Mehrheiten zu arbeiten. Danke schön! (Beifall bei der SPÖ. – 16.49 Uhr.)

**Präsident:** Auf Grund Beratungen in der Präsidialkonferenz wird die Wechselrede zu den beiden Dringlichen Anfragen der FPÖ in einem durchgeführt. Ich eröffne nunmehr diese Wechselrede und weise darauf hin, daß die Redezeit der einzelnen Abgeordneten Damen und Herren höchstens 20 Minuten betragen kann. Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Ing. Peinhaupt, dem ich das Wort erteile.

**Abg. Ing. Peinhaupt (16.50 Uhr):** Werte Mitglieder der Landesregierung! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wenn heute von beiden Beantwortern in Abrede gestellt wurde, daß es keinen Sinneswandel gegeben hat, so bin ich doch ein bißchen verwundert, denn nicht zuletzt der Herr Landeshauptmann Dr. Schachner hat entgegen den Gepflogenheiten seiner Partei in den letzten Monaten und Jahren Maßnahmen vorgestellt und Forderungen in den Raum gestellt, na ja, die ja eigentlich schon in diesem Raum sind und schon lange waren. Und zum anderen verwundert es mich sehr, daß gerade jene Parteien von einer Bürgerentlastung sprechen, die noch gar nicht allzu lange über einen Schotterschilling diskutiert haben, über eine Wasserabgabe diskutiert haben, über die Einführung eines Gesundheitsschillings diskutiert haben und jetzt auf einmal daraufkommen, mein Gott, der Bürger ist doch zuviel belastet. Wir müssen ja was machen. Und ich sage Ihnen auf Grund Ihrer Ausführungen und Anfragebeantwortungen, daß man den Eindruck gewinnen möge, daß es wieder nur bei Absichtserklärungen bleibt. Bei Absichtserklärungen deshalb, weil keine einzigen konkreten Maßnahmen eingefordert worden sind und vor allem nie Priorität gesetzt wurde. Die Priorität ist der Bürger draußen, dem die Lebenskosten, die Wohnungskosten, die Beiträge zu den Stromgebühren, die den Bürger so belasten, daß er am sogenannten allgemeinen Wohlstand nicht mehr anknüpfen kann und nicht mehr anbinden kann. Das ist hier in diesem Raum Priorität, und nicht das Plakat picken, wo man zuerst Millionen aufwendet, um überhaupt etwas bekanntzumachen, was man beschlußmäßig ja nicht einmal in den internen, in den eigenen Gremien abgesichert hat. Das hat ja die SPÖ am besten bewiesen, daß dieser Schuß aus der Hüfte ja fast ins Knie gegangen wäre, denn der Herr Prieschl war der erste, der aufgesprungen ist am Zug und sagt, „undenkbar, nicht finanzierbar“. Also, das zeigt ja für mich schon, daß das nicht einmal eine interne Beschlußlage gegeben hat, diese Vorstellungen, durchaus vernünftige Vorstellungen dementsprechend mit Gewicht und mit Ernsthaftigkeit auch zu versehen. (Abg. Schrittwieser: „In der Zwischenzeit gibt es Veränderungen!“) Ich denke, daß sich die ganze SPÖ verändern wird, wenn es so weitergeht. (Abg. Schrittwieser: „Hat sich verändert, am Sonntag!“) Es ist durchaus erfreulich, daß man in Zukunft mit Sicherheit eine Senkung der Stromgebühren, der Müllgebühren, der Kanalgebühren durchsetzen wird können, und dein Landeshauptmann hat es ja bereits gesagt, es wird sicherlich Mehrheiten bedürfen. Aber Mehrheiten bestimmen einmal in diesem Land. Der Ball liegt bei euch, meine lieben Freunde. Wir sind davon ausgegangen, daß die Priorität der Bürger hat. Wir müssen aber auch davon ausgehen, daß diese

Priorität von uns so ernsthaft zu behandeln ist, daß daraus nicht ein parteipolitisches Hickhack gemacht wird, nicht ein Vaterschaftsstreit gemacht wird, sondern daß gearbeitet wird. Und da, liebe Landeshauptfrau, darf ich Ihnen auch eines sagen. Sie gehen heute mit Stolz her und sagen, im November 1997 habe ich das schon gefordert und vorgestellt. Bis heute haben Sie weder über Ihre Fraktion einen Antrag einbringen lassen, noch selbst in der Landesregierung auch nur ein bißchen, und das als preisbildende Behörde, bewegt. Landeshauptmann Haider ist seit 8. April 1999 Landeshauptmann von Kärnten, und die Strompreissenkung in Kärnten wird am 7. Juli 1999 stattfinden. (Beifall bei der FPÖ.)

Nachdem Sie aber in der letzten Sitzung ganz stolz gesagt haben, Sie gehen den steirischen Weg und nehmen keine Anleihen aus Kärnten, Sie werden auch dort beraten in der Umsetzung, Anleihen zu nehmen. Vielleicht geht dann manches in diesem Lande zum Wohle unserer Bürger ein bißchen rascher und ein bißchen schneller vonstatten.

Meine Damen und Herren! Und wenn der Herr Landeshauptmann Schachner heute sich herstellt und großartig das Verständnis für die Bürger, für die Belastungen der Bürger praktiziert, und es liegt in der politischen Verantwortung, Kostenentlastungen durchzuführen, so frage ich ihn, hat er seine Zeit in den Stadtwerken denn total vergessen? In sieben Jahren 55 Prozent Stromerhöhung! Das ist doch nicht ohne, und ich denke, daß da ein gewisses Klimasyndrom auch mitspielen wird, wenn ich nur an die ÖMV denke. Treibstoffpreiserhöhung 2 Schilling, zwei Monate später das Zuckerl, Reduktion 20 Groschen. Drei Monate später Steigerung um einen Schilling, Reduktion 10 Groschen. So kann man das nicht mehr spielen, wenn man die Priorität und als Priorität in diesem Hause den Bürger ansieht und ansehen muß.

Meine Damen und Herren, worum es in dieser Dringlichen Anfrage geht, ist, daß endlich eine Partei diese Absichtserklärungen zu Papier bringt und einer Beschlußfassung in diesem Haus zuführt, damit das, was augenscheinlich alle wollen, auch über die Mittel der Demokratie bestimmt ist und zur Durchsetzung gelangen wird. Denn ich sage Ihnen eines: Plakattieren, ohne eigene Beschlüsse zu haben, ohne Maßnahmen gesetzt zu haben, und wenn Landeshauptfrau Klasnic in Abrede stellt, daß sie je 30 Prozent in den Mund genommen hat und heute nur mehr spricht, im Rahmen der Möglichkeit etwas bewegen zu wollen, so irrt sie, wenn sie die „Kleine Zeitung“ vom 25. Mai dieses Jahres anschaut. Es war lediglich ein Wettlauf darum, wer kann denn jetzt endlich damit bei den Bürgern punkten. Ich erinnere noch einmal: Sie haben beide Postkarten und Plakate gemacht, ohne nur einen einzigen Beschluß in diese Richtung in diesem Haus zu fassen. Genau diese Dringliche Anfrage gibt uns heute die Möglichkeit, diese Beschlüsse hier zu fassen, um eine raschestmögliche Realisierung unser aller Anliegen durchzusetzen. Was ich mir von der heutigen Dringlichen Anfragebeantwortung der Regierungsmitglieder, die putzmunter untereinander diskutieren, weil sie das Thema wahrscheinlich nicht so ernst nehmen, und es ist auch der Herr Eigentümervertreter des Landes mit Sicherheit davon betroffen, noch erwartet hätte, ist, daß tatsächliche Möglichkeiten und

Maßnahmen aufgezeigt werden, um diese Ankündigung endlich in die Tat umzusetzen. Wenn schon der Sinneswandel in Abrede gestellt wird, dann sage ich, machen wir halt einen Gepflogenheitswandel, daß wir nicht ankündigen, sondern umsetzen, wie zum Beispiel im Wohnbau. Dort hat es enorme Verbesserungen gegeben, dort hat es Verbilligungen gegeben – ohne Plakate, meine Damen und Herren. (Beifall bei der FPÖ.)

Wenn ich mir das Ganze so anschau und die Anfragebeantwortungen mir nahezu auf der Zunge zergehen lasse, so denke ich, daß es in der Umsetzung um planloses Umherirren geht, denn die Landeshauptfrau einerseits wartet auf den 5. Juli, bis sie irgendwo einmal einen Brief bekommt als preisbildende Behörde – Zeit hat sie nämlich nur mehr bis 19. August, um dementsprechende Maßnahmen zu treffen, denn vom 19. Februar bis jetzt ist ja nichts getan worden im Bewußtsein über das, was wir eigentlich erreichen wollen. Im weiteren Sinne wurde nicht gesagt, welche Möglichkeiten ich ergreifen kann. Ich denke da zum Beispiel, wie in der STEWEAG, Herr Landeshauptmannstellvertreter hat es gesagt, über Dividenden heftig diskutiert wird, so frage ich mich schon, meine lieben Freunde, wie lange wurden denn keine Dividenden ausbezahlt und mit diesen Dividenden in dieser Energieversorgungsanstalt Postenversorgungspolitik oder Postenentsorgungspolitik betrieben? Sie haben doch 30 Prozent zuviel Personal, und diese 100 Prozent verdienen um 30 Prozent zuviel. Wenn ich mir die ganze Sachsituation anschau, Lösungsvorschläge, kalorische Kraftwerke, die STEWEAG geht her, betreibt kalorische Kraftwerke, wo zum Beispiel die Kilowattstunde weit über einen Schilling kostet (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Über 2 Schilling!“), weit über 2 Schilling, hätten eine Kapazität von 1300 Gigawatt, müßten 6000 Stunden laufen, damit sie sich überhaupt zählen, und auf der anderen Seite kaufen sie den Strom um 40 Groschen zu. Das sind 590 Millionen im Jahr, die man auf der Stelle einsparen und an den Bürger weitergeben könnte. Wenn man eine Ahnung hat, wie groß diese Einsparungspotentiale sein könnten, so sage ich Ihnen, durch interne Verwaltungs- und Rationalisierungsmaßnahmen, zuzüglich der politischen Willensbildung und der Liberalisierung, wäre dieses Potential leicht möglich einzusparen, und es wäre unsere verdammt politische Verantwortung, dieses Einsparungspotential an den Kunden bis hin zum Kleinstkunden weiterzugeben. (Beifall bei der FPÖ.)

Daß es in jenen Bereichen aber nicht so leicht zu sein scheint, das hat uns der Eigentümervertreter des Landes über die Medien ausgerichtet, indem er gesagt hat, liebe Freunde, das ist nicht mein Problem. Das ist das Problem des jeweiligen Unternehmens, sprich ESTAG. Keiner von uns hat hinterfragt, warum denn eigentlich. Dann erinnere ich Sie an die EdF-Verträge und an den Deal, die nämlich besagen, daß alle Maßnahmen in der Geschäftsführung der Einstimmigkeit unterworfen sind. Mit 25 Prozent geht man dann her, und ich denke, daß die Franzosen im Sinne des tüchtigen Kaufmannes arbeiten und wir die politische Willensbildung des Landes dementsprechend konterkarieren und nur zum Teil umsetzen. Ich kann Ihnen aber noch etwas sagen: Es wurde in einer Aufsichtsratssitzung der ESTAG beschlossen, eine außerordent-

liche Hauptversammlung einzuberufen. In dieser Hauptversammlung hätte der Eigentümervertreter die Möglichkeit, die politische Forderung in bezug auf die Strompreisreduzierung einzubringen. Ich appelliere an Sie alle, nützen wir die Chance im Sinne unserer Bürger, dem Eigentümervertreter den Rücken stärkend, daß wir Beschlüsse in diese Richtung fassen, um auch den Weg zu realisieren und vorzugeben, und vor allem auch die Zeitspanne. Weil heute zu sagen und zu plakatieren, minus 30 Prozent, und 2005 kommt es unter Umständen, wenn wir viel Glück haben, damit wird der Bürger nicht einverstanden sein. Ich denke, daß das auch eine Art der praktizierten Politik ist, die dem Ruf der Politik mit Sicherheit nicht dienlich sein wird. Meine Damen und Herren! Es gäbe eine Unzahl an Maßnahmen, die ich mir erwartet hätte, daß sie heute auf den Tisch geknallt werden von unseren so potenten Forderern über Gebührensenkungen. Statt dessen hat man sich nur verflüchtigt hinter „ich habe ein paar Briefe geschrieben und ich will, und wenn das alles so paßt, dann könnte ich unter Umständen irgendwann einmal etwas machen“. Das ist nicht die Politik, die sich der Bürger von uns erwartet. Ich darf jetzt noch kurz auf die ganzen Gebührenbelastungen der Gemeinden eingehen, denn es ist gleichzeitig eine Müllgebührensenkung gefordert worden. Ich erinnere an den Antrag der Freiheitlichen vom 15. Dezember des Vorjahres, der bis heute nirgends Berücksichtigung gefunden hat, und ich denke an die Kanalgebühren, die Herr Landeshauptmann Schachner schon sehr deutlich angesprochen hat. Ich sage Ihnen eines, daß es eine Gefahr ist, wenn jetzt so leichtfertig umgegangen wird, wenn den Verbänden das Hemd mit Sicherheit näher ist als der Rock des Bürgers. Nehmen wir nur die Müllproblematik heraus, wobei ich denke und geneigt wäre zu sagen, wenn ich mir das Preisbild anschauere, daß es unter Umständen auch nicht nur ein Baukartell, sondern auch ein Müllkartell geben sollte. Unsere Abfallwirtschaftsverbände gehen her, in Anbetracht der gesetzlichen Lösungen im Jahr 2004, und kaufen zum Beispiel von Niederösterreich kontaminierten Müll zu, um ihre Deponien auszulasten, die sich ja dann nicht mehr rechnen können. Diese momentane Anlieferung von Müll hat zu einer Gebührensenkung geführt, die Gebührensenkung allerdings nicht an den Bürger – ich kenne nur eine Gemeinde, dort hat es Platz gegriffen – weitergegeben worden ist. Statt dessen ist man hergegangen und hat von politischer Verantwortung jene preisbildende Maßnahme, die die Tonne Müll begünstigt hat, aufgestockt und übertroffen und hat daraus einen Altlastensanierungsbeitrag gemacht, zumindest die Erhöhung des Altlastensanierungsbeitrages. Meine Damen und Herren! Es ist ganz klar, daß jedes Unternehmen selbständig wirtschaften muß, auch Abwasseranlagenbetreiber. Wir kennen alle die marktfähigen Betriebe auf Grund der Maastricht-Kriterien. Nur eines, wo auch wir Hand anlegen können, wäre, daß die Gemeinden nicht angehalten werden und gesetzlich legitimiert sind, diese Beiträge zur Kostendeckung bis zu 100 Prozent zu überziehen – das weicht vom Prinzip der Wirtschaftlichkeit ab. Und wissen Sie, was mit diesen 100 Prozent passiert? Die fließen irgendwo in das Budget ein, damit der Haushalt ausgeglichen wird. Aber werden nicht so verwendet, daß jene Gewinne dort verwendet werden, wo sie

auch gemacht werden und damit auch der Bürger in weiterer Folge entlastet werden kann. Das ist zum Beispiel auch politische Verantwortung der Gemeindevertreter in diesem Haus. (Beifall bei der FPÖ.)

Aber an und für sich sollten ja nicht gerade von einer Opposition die Lösungsvorschläge kommen. Und dazu sollen ja auch die Regierungsbüros aufgefordert sein, die über die jeweiligen Infrastrukturen verfügen. Meine Damen und Herren, um noch einmal auf die Priorität zurückzukommen, Priorität ist die Entlastung des Bürgers. Um noch einmal darauf zurückzukommen, daß wir uns – und so sehe ich es – darauf verstehen, gemeinsam in diesem Sinne etwas bewegen zu wollen.

Die Regierungsbank, die eigentlich bewegen könnte, bewegt im Augenblick nur ihr Mundwerk (Landesrat Pörtl: „Du tust auch nicht mehr!“), ohne dementsprechend zuzuhören, dabei muß man ja, lieber Erich, paß auf, auch sagen, wenn man schon bei Einsparungspotentialen sind, Ferngas ist gefallen, dieses Wort, weil es eine Gasverbilligung geben wird. Wer hat denn damals die Vorstände ausgetauscht, und was ist denn passiert? 3,3 Millionen Abfertigung, und ein Jahr später sitzt der gleiche, der die Abfertigung kassiert hat, im ESTAG-Vorstand, zusätzlich noch 38 Urlaubstage mit 11.600 Schilling. Ja, da könnte man einsparen, denn die Abfertigungsschiene wird der rechtlichen Lage nicht gerecht. Auch das sind Punkte, die zu berücksichtigen sind, und um endlich einmal aufzupassen, weil diesen Personalsumpf, den Sie sich aufgebaut haben, mit dem Miteinander am Anfang dieser Sache, da hätten Sie auch schon arbeiten und sagen können, sparen wir ein, um diese Kosten, die hier erwachsen, an den Bürger weiterzuwälzen.

Ich erlaube mir nun, einen Unselbständigen Entschließungsantrag gemäß Paragraph 51 der Geschäftsordnung einzubringen, der besagt, daß der Landtag beschließen möge, erstens sich mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln für die in Aussicht gestellte Reduzierung des Strompreises a) bei Haushaltsstrom bis zu 30 Prozent, b) für Klein- und Mittelbetriebe in maximalem Ausmaß und c) für landwirtschaftliche Betriebe in maximalem Ausmaß einzusetzen; zweitens sich mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln für eine Reduzierung und Vereinheitlichung der Bemessungsgrundlage der Kanalabgaben einzusetzen, wobei a) jene Gebäudflächen, die das Abwassersystem in keiner Weise belasten, Ausstellungsräume, Dachböden und so weiter, von der Abgabenverpflichtung überhaupt auszuschließen sind, b) zumindest zukünftig der Wasserverbrauch eine wesentliche Grundlage für die Festsetzung der Abgabe darstellen soll; drittens alle Möglichkeiten wahrzunehmen, Gesetzes-, Verordnungsvorlagen, eine absolute Obergrenze bei Kanalabgaben einzuführen, wobei diese dem mittleren Wert der in den steirischen Gemeinden eingehobenen Kanalabgaben entsprechen muß. Geringere Kanalabgaben haben davon unberührt zu bleiben, und eine Anhebung bedarf nur in jedem Falle der Zustimmung der Landesregierung; viertens die rechtlichen Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, daß landwirtschaftliche Betriebe bis zu einer Hektarbelastung von 1,4 Großvieheinheiten vom Kanalanschlußzwang generell ausgenommen werden können; fünftens alle Möglichkeiten wahrzunehmen (Gesetzes-, Verordnungsvorlagen), eine absolute

Obergrenze bei den Müllgebühren einzuführen, wobei diese dem mittleren Wert der in den steirischen Gemeinden eingehobenen Müllgebühren entsprechen muß. Geringere Müllgebühren haben davon unberührt zu bleiben, und eine Anhebung bedarf in jedem Fall der Zustimmung der Landesregierung; sechstens alle Möglichkeiten wahrzunehmen, eine absolute Obergrenze bei der Wassergebühr einzuführen, wobei diese dem mittleren Wert der in den steirischen Gemeinden eingehobenen Wassergebühren entsprechen muß. Geringere Wassergebühren haben davon unberührt zu bleiben, und eine Anhebung bedarf in jedem Fall der Zustimmung der Landesregierung; siebentens Härteausgleichsfonds für jeden Gebührenbereich („Wohnkostenhärteausgleich“) zu schaffen, dessen Mittel in Härtefällen von den betroffenen Bürgern beansprucht werden können; achtens eine Regierungsvorlage vorzulegen, welche vorsieht, daß die Gehälter für Bürgermeister und Vorstandsmitglieder auf jene Höhe, die vor Beschlußfassung vom 1. Juli 1997 bestand, reduziert werden, um damit wenigstens der moralischen Verantwortung gerecht zu werden, um die Gebührensenkung zumindest zum Teil mitfinanzieren zu können; neuntens sich dafür einzusetzen, daß die Vergabe von Bedarfszuweisungsmitteln von der Höhe der in den Gemeinden eingehobenen Gebühren abhängig gemacht wird. Jene Gemeinden, die unter den jeweiligen Mittelwerten liegen, sind bevorzugt zu behandeln.

Ich bitte Sie im Sinne von ureigenen steirischen Interessen, diesen Antrag – soweit Sie eben können und soweit Sie eben wollen auf Grund Ihrer Einstellung – zu unterstützen. (Beifall bei der FPÖ. – 17.11 Uhr.)

**Präsident:** Die Zeit hat nicht ganz ausgereicht, nunmehr erteile ich aber dem Herrn Abgeordneten Dr. Brünner das Wort.

**Abg. Dr. Brünner (17.12 Uhr):** Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ein erster Punkt zu dieser Debatte über die Dringliche Anfrage. Bis zum Beitritt Österreichs zur Europäischen Union hat Österreich auf einer Skala zwischen der Zentralverwaltungswirtschaft des Ostens und der Marktwirtschaft des Westens eher in der Nähe der Zentralverwaltungswirtschaft des Ostens rangiert als in der Nähe des anderen Pols, der Marktwirtschaft. Die Gründe dafür waren vielfältig, ein hoher Verstaatlichungsgrad in Österreich im Vergleich zu westlichen Demokratien, auch ein Übermaß an direkter Wirtschaftslenkung dergestalt, daß amtlich Preise geregelt und amtlich Produktionskontingente von Unternehmen festgesetzt worden sind, und schließlich auch ein zünftlerisches Denken beim Zutritt zum Markt auf der Anbieterseite, Stichwort – eine Gewerbeordnung, die sich von der mittelalterlichen Zunftordnung nur ganz wenig unterscheidet. Ich habe gehofft, mit dem Beitritt Österreichs zur Europäischen Union, daß wir uns auf dieser Skala Zentralverwaltungswirtschaft – Marktwirtschaft mit Riesenschritten zum Pol Marktwirtschaft bewegen, aber es sind bestenfalls Trippelschritte geworden. Eine kürzlich veröffentlichte Statistik zeigt, daß Österreich nach mehreren Jahren einer Staatsquote unter 50 Prozent wieder über 50 Prozent gerutscht ist. Wir haben eine Staatsquote von mehr als

50 Prozent. Das heißt, mehr als 50 Prozent des Bruttoinlandsproduktes, dessen also, was in Österreich erwirtschaftet wird, wird über Steuern und Gebühren abgeschöpft und zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben verwendet, eine quasi Verstaatlichung. Wenn ich mir die Steiermark anschau, so sind 70 Prozent der Schilfte über Beteiligungen in der Hand der Steiermark, des Landes Steiermark, drei von fünf Thermen in der Hand der Steiermark. Es gibt ganz massive politische Überlegungen, daß das Land über die Landesholding nunmehr aus Hotels betreibt und die in Diskussion stehende Auffanggesellschaft alias Pleitengesellschaft soll – so jedenfalls die Vorstellung der SPÖ – so gestaltet sein, daß diese Auffanggesellschaft direkt in die Gestion der aufgefangenen Unternehmen eingreifen soll. Nunmehr bei der Debatte über den Strompreis schwebt wieder das Damoklesschwert einer amtlichen Preisregelung über uns, wenn Frau Landeshauptfrau Klasnic die Kalkulationsunterlagen der kleineren und mittleren EVUs anfordert, um als Preisbehörde nach dem Preisgesetz eine amtliche Preisregelung zu prüfen. Und indem im Entschließungsantrag der ÖVP der Wirtschaftsminister aufgefordert wird, das gleiche für die Großstromversorger, nämlich die STEWEAG und die Grazer Stadtwerke zu tun. Wieder Rückkehr in das Mittelalter der österreichischen Wirtschaft, nämlich die amtliche Preisregelung als das Mittel, um adäquate Zustände herbeizuführen.

Ein zweiter Punkt: Ich stimme mit dem Herrn Landeshauptmannstellvertreter darüber überein, daß sehr genau geschaut werden muß, ob es überhaupt Märkte gibt und ob Märkte funktionieren. Wenn es keine Märkte gibt und wenn Märkte nicht funktionieren, dann hat die Politik auf den Plan zu treten. Ich habe allerdings andere Vorstellungen, wie wir als Politik auf den Plan treten sollen als der Herr Landeshauptmannstellvertreter Schachner. Märkte können aus dem Grund nicht funktionieren, daß sie monopolistisch, oligopolistisch unterwandert sind, daß es geschützte Bereiche gibt, durch Recht geschützte Bereiche, die dem Markt entzogen sind. In manchen Bereichen, wie zum Beispiel in der Kultur und in der Bildung, ist es eine politische Entscheidung zu sagen, da geht es um die Produktion „öffentlicher Güter“, die nicht in ökonomischen Größen ausgedrückt werden können und wo daher ein vollständiger Marktmechanismus fehl am Platz ist. Wenn Herr Landeshauptmannstellvertreter sagt, es gibt keine Märkte oder sie funktionieren nicht, dann ist eine Analyse angesagt, warum es die Märkte nicht gibt und warum sie nicht funktionieren. Meine Behauptung ist die, daß es nach wie vor strukturelle Defizite sind, warum die Märkte nicht funktionieren, insbesondere auch der parteipolitische Einfluß und die Mechanismen, diesen Einfluß sicherzustellen, es sind, die verhindern, daß Märkte tatsächlich funktionieren. Die verstaatlichten Unternehmungen in Österreich waren in der Hand des Staates und waren von der SPÖ dominiert. Dieser Einfluß der Politik hat überhaupt nichts genutzt, und zwar dahin gehend, daß 130 Milliarden Schilling die Donau oder die Mur oder welchen Bach auch immer hintergeflossen sind. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Christian, darf ich etwas sagen? Die Unternehmungen der verstaatlichten Industrie waren paritätisch in den Vorständen und Auf-

sichtsräten zusammengesetzt!") Warte ein bißchen, Herr Landeshauptmannstellvertreter, ich bin in meiner Kritik auch paritätisch. Zwischen 1971 und 1983 hat es eine Alleinregierung der SPÖ gegeben. Das mögest du bei der Besetzung der Aufsichtsräte nicht unterschätzen. Es hat einen Bundeskanzler Kreisky gegeben, der hier eine klare Politik der Einflußnahme des Staates auf diese Unternehmungen vorgegeben hat. Herr Landeshauptmannstellvertreter, ich bin in meiner Kritik paritätisch, weil jetzt kommt nämlich auch die ÖVP dran, insbesondere was die Elektrizitätswirtschaft in der Steiermark anbelangt. Es war die ÖVP unter Landeshauptmann Josef Krainer, die verhindert hat, daß die STEG vollständig von der STEWEAG erworben wird. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Das ist eine Geschichtsfälschung!") Das ist keine Geschichtsfälschung, Herr Landesrat. Ich habe versucht, das anhand der mir zur Verfügung stehenden Dokumente nachzuforschen. Es war letztendlich die ÖVP, die das verhindert hat, und zwar zur Schonung und Sicherung der mittleren und kleineren privaten Elektroversorgungsunternehmen in der Steiermark, die damals zumindest eher der ÖVP zugeeignet gewesen sind, was ja auch ein Grund gewesen ist, daß Landeshauptmann Josef Krainer – der Ältere – entgegen den Aufträgen des Verstaatlichungsgesetzes – die Verstaatlichung in der Steiermark nicht durchgeführt hat. Ich meine, das ist nur eine Sachverhaltsfeststellung und nicht eine Wertung, denn ich plädiere nicht für eine Verstaatlichung. Das, Herr Landesrat Paierl, ist nicht Geschichtsfälschung, sondern das ist nachweisbar. Es war die ÖVP, die diese Übernahme der STEG durch die STEWEAG aus diesen parteipolitischen Überlegungen, den kleinen und mittleren EVUs in der Steiermark nicht zu schaden, verhindert hat. Ich muß aber auch die FPÖ aufs Korn nehmen, meine Damen und Herren. Wenn Herr Kollege Peinhaupt sagt, da gibt es die Hauptversammlung, und da gibt es einen Eigentümerversammler, und da ist eben in der Eigentümerversammlung die politische Forderung der Strompreissenkung zu erheben, dann klingt das so, als ob eben direkt diese politische Forderung in die Gestion des Unternehmens übergeleitet werden soll. Es gibt ein Aktiengesetz mit einer Bestimmung, daß der Vorstand weisungsfrei ist und daß der Vorstand nur dem Wohl und dem Wehe des Unternehmens verpflichtet ist. Ich habe ein Problem, wenn ich solche Aussagen, Herr Kollege Peinhaupt, er ist jetzt nicht da, höre, daß man mit massiver politischer Forderung in die Eigentümerversammlung, in die Hauptversammlung, geht, um so quasi den Vorstand unter Druck zu setzen, entgegen seinem gesetzlichen Auftrag, dem Wohl des Unternehmens zu dienen, Maßnahmen zu setzen. Ich habe auch ein Problem, das sei der FPÖ gesagt, mit dem Punkt neun des Entschließungsantrages der FPÖ, der im Klartext lautet, daß die Gemeinden, die geringe Gebühren einheben, und das füge ich hinzu, nicht kostendeckende Gebühren, mit Bedarfszuweisungen belohnt werden sollen. Meine Damen und Herren, das halte ich für eine komplett verfehlte Politik. Die Gemeinden einzuladen, in ihrer Gebührenkalkulation auf die Kostenseite überhaupt nicht Bedacht zu nehmen und sie zu belohnen, wenn sie möglichst geringe Gebühren einheben. Denn irgend jemand, meine Damen und Herren, muß die Differenz bezahlen, über die Bedarfszuweisungen

eben der Steuerzahler. Der richtige Weg, meine Damen und Herren von der FPÖ, wäre, die Gemeinden dazu zu ermuntern oder durch indirekte Maßnahmen auch dazu zu zwingen, daß sie ihre Kostenstruktur einmal durchleuchten und von der Kostenseite her die Gebühren reduzieren und nicht umgekehrt, nämlich einzuladen, Gebühren nicht kostendeckend zu kalkulieren.

Ein dritter Punkt: Ich kann die SPÖ und Herrn Landeshauptmannstellvertreter verstehen, wenn er mit der Preiskalkulation der STEWEAG und den Gerechtigkeitsgesichtspunkten Probleme hat – ich kann das verstehen. Es muß der Eindruck entstehen, daß den Kleinen die Hunde beißen und daß die Großabnehmer über den Druck auf den Markt, den sie entfalten können, sich Preisreduktionen „erpressen“ und daß die Kleinen das nicht können. Soweit bin ich d'accord mit dem Vorstoß der SPÖ. Der Weg, meine Damen und Herren, kann doch wohl nicht sein, im Wege der Lizitationspolitik, die SPÖ sagt 15 Prozent Reduktion, die FPÖ sagt 30 Prozent Reduktion, im Wege der Lizitationspolitik das Unternehmen in den Ruin zu treiben. Ich bin ziemlich überzeugt davon, das zeigen Äußerungen aus dem Vorstandsbereich der ESTAG und der STEWEAG und auch Beispiele in anderen Bundesländern, daß es zu einer Strompreissenkung auch für die privaten Haushalte kommen wird. Fehring spricht von zirka 8 Prozent. Unter der Annahme, daß das herauskommt, weil das vom Unternehmen noch verkraftet werden kann, dann sage ich Ihnen, meine Damen und Herren, wer wieder einmal auf der Strecke bleibt, ganz abgesehen davon, daß sich dann das Federl die SPÖ auf den Hut hängt, wenn der Bevölkerung vorgegaukelt wird, 15 oder 30 Prozent, nämlich die Glaubwürdigkeit der Politik. Ich verstehe auch die ESTAG beziehungsweise die STEWEAG, wenn sie ehrlich sagt, ich habe in der Zeitung Äußerungen vom Vorstandsdirektor Zankel nachlesend rezipiert, sie ist in einer Art Zwickmühle. Die großen Unternehmungen können eben entsprechenden Druck ausüben, und wenn diesem Druck nicht nachgegeben wird, dann suchen sie sich andere Partner – ich kann auch nur glauben, was die Vorstandsdirektoren sagen. Wenn mit einem Schlag diese Reduktion für alle erfolgt, dann ist das Unternehmen entweder hin oder es müssen unrentable Kraftwerke geschlossen werden oder es muß billiger Atomstrom aus dem Ausland zugekauft werden. Ich bin kein Manager und bin nicht in der STEWEAG tätig, daher muß ich das glauben. Ich gehe aber davon aus, daß die uns nicht belügen. Was wäre der richtige Weg? Der richtige Weg wäre, hier marktgerechte Strukturen zu schaffen, und marktgerechte Strukturen könnten und müßten so ausschauen, bei aller Schwierigkeit der Schaffung dieser Strukturen, das gebe ich zu, daß auch der private Haushalt in die Lage versetzt wird, sich jenen Stromlieferanten zu suchen, der ihm den kostengünstigsten Strom liefert. Da gebe ich schon zu, daß das eine vielleicht relativ abstrakte Forderung ist, daß es sehr viel struktureller und informationsmäßiger Voraussetzungen bedarf, damit ich den privaten Haushalt in diese Lage versetzen kann. Das wäre aber für mich der richtige Weg, auch hier marktübige Strukturen zu schaffen, daß der Private die Entscheidung trifft, bei wem er seinen Strom bezieht.

Ein vierter Punkt, und ich tu mir schwer, ihn anzusprechen, weil ich niemandem etwas unterstellen möchte. Ich gehe davon aus, daß der Vorstand der STEWEAG beziehungsweise der Vorstand der ESTAG sowie die Vorstände der anderen Landesversorger, die burgenländische BEWAG zum Beispiel, schon seit längerer Zeit Überlegungen anstellen, wie sie auch für den Rest ihrer Kunden, für die privaten Haushalte, entsprechende Kostenreduktionen herbeiführen können. Ich gehe davon aus, daß das nicht durch den Vorstoß der SPÖ passiert ist, sondern daß schon seit einiger Zeit solche Überlegungen stattfinden, denn ich würde es als einen Verstoß gegen eine adäquate Unternehmensphilosophie ansehen, wenn ein Unternehmen nicht voraus denkt, was ihm eingewendet wird, wenn es für die Großkunden die Preise senkt, aber für die kleinen nicht. Es wäre eine komplett falsche Unternehmensphilosophie, die ich den Fachleuten in der STEWEAG und der ESTAG nicht unterstelle. Ich gehe also davon aus, daß schon seit längerer Zeit solche Überlegungen im Gange sind, und ich habe die Vermutung, daß es Postillione d'Amour gibt, die aus diesem Unternehmensbereich entsprechende Informationen an politische Parteien weitergeben. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Da kenn ich mich aus, da brauche ich niemanden!“) Ich habe diese Vermutung, ohne daß ich es beweisen kann. Weil ich kann mir auf der anderen Seite auch nicht vorstellen, daß die SPÖ mit einer 15prozentigen Preisreduktion in die öffentliche Debatte geht, wenn das aus betriebswirtschaftlicher Sicht dieses Unternehmens überhaupt nicht möglich wäre. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Das ist aber der Eigentümerversorger gewesen!“) Das kann ich mir nicht vorstellen.

Und der Schluß, Herr Landeshauptmannstellvertreter, den ich daraus ziehe, ist einmal mehr, daß es wieder ein strukturelles Problem gibt, nämlich die proporzmäßige Besetzung der Vorstände solcher vom Staat und vom Land Steiermark beherrschter Unternehmungen. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Du hast gesagt, die Vorstände waren von der SPÖ dominiert, das stimmt nicht. Sie waren paritätisch!“) Herr Landeshauptmannstellvertreter, ich habe dir schon gesagt, von 1971 bis 1983 eine Alleinregierung der SPÖ, und in dieser Zeit hat es zwar unterhalb die Auffanggesellschaft der paritätischen Kommission und der paritätischen Sozialpartnerschaft gegeben, aber du kannst mir nicht weismachen, daß die SPÖ in dieser Zeit nicht eine dominierende Rolle gespielt hat. Sie wäre dumm gewesen, wenn sie das nicht gemacht hätte, weil sie mit absoluter Mehrheit ausgestattet gewesen ist. Vor diesem Hintergrund dieser Punkte, meine Damen und Herren, möchten wir, das Liberale Forum, folgenden Entschließungsantrag stellen:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, darauf hinzuwirken, erstens daß durch strukturelle Maßnahmen in rascher Umsetzung gemeinschaftsrechtlicher Vorgaben, wie zum Beispiel Antikartellgesetzgebung, Zerschlagung von Kartellen, Liberalisierung des Gewerbebeitritts et cetera, der Wettbewerb so verbessert wird, daß es über die Mechanismen des Marktes zur nachhaltigen Senkung von Lebenshaltungskosten

kommt, und zweitens davon Abstand zu nehmen, Stromversorgungsunternehmen direkt oder indirekt zu zwingen, betriebswirtschaftlich problematische Strompreissenkungen vorzunehmen, weil es höchstwahrscheinlich ist, daß die dadurch verursachten Einnahmenverluste zum Beispiel durch den Zukauf billigen Atomstroms kompensiert werden, und drittens dafür Sorge zu tragen, daß in vom Land beherrschten Unternehmen, wie zum Beispiel der STEWEAG, beabsichtigte, betriebswirtschaftlich rechtfertigbare Unternehmensentscheidungen, wie zum Beispiel die Senkung der Stromkosten für private Haushalte, nicht durch parteiproporzmäßig besetzte Vorstände in einer Weise, die das Unternehmen schädigt, einer der beiden „Vorstandsproporzparteien“ zugespielt werden.

Ich lege Ihnen diesen Entschließungsantrag ans Herz, meine Damen und Herren. (17.31 Uhr.)

**Präsident:** Als nächster Redner hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Flecker gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Dr. Flecker (17.31 Uhr):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Liebe Kollegen von der Freiheitlichen Partei, ich kann sehr wohl verstehen, daß Sie sich zu diesem Thema ins Gespräch bringen wollten. Diese Schuldigkeit haben Sie getan, und der Herr Abgeordnete Peinhaupt hat sich auch redlich bemüht. Das was ich eigentlich Ihnen transportieren will, ist, daß ich Ihnen in Wirklichkeit zu Dank verpflichtet bin, daß Sie über diese Dringliche Anfrage in diesem Haus die Möglichkeit schaffen, daß über unsere Forderung der Strompreissenkung, der Senkung der Wohnnebenkosten hier diskutiert wird, und ich glaube, daß das auch recht so ist. Darum noch einmal ein herzliches Dankeschön für diese Dringliche Anfrage. Darf ich vielleicht die Diskussion an sich mit einem Zitat aus dem „Standard“ vom 4. Mai beginnen. Es handelt sich da offenbar um eine Aussendung der Bayernwerke, und ich zitiere: „Österreich hat sich durch die Strommarktöffnung offenbar zu einem Preiswunderland für Großverbraucher entwickelt. Seit 19. Feber dieses Jahres können 70 Industriebetriebe frei einkaufen, ihre Strompreise seien fast auf die Hälfte gefallen.“ Zitat Ende. Meine Damen und Herren, wenn ich mit solchen Aussagen konfrontiert bin, dann hat sich eine soziale sozialdemokratische Partei naturgemäß damit auseinanderzusetzen, gut, die Großen können es sich richten, was geschieht mit den privaten Haushalten? Und wir treten dafür ein, und wir haben daher die Forderung gestellt nach einer um die 15 Prozent herum gelegenen Senkung der Strompreise für die privaten Haushalte. Und es gibt hier keinen Markt. Hier kann der Konsument nicht einfach hingehen und sagen, liebe STEWEAG, von dir nimm ich ihn nicht, ich nehme das vom Herrn Maier oder vom Herrn Müller, weil mit dem kann ich dann direkt verhandeln, und jeder einzelne Haushalt geht herum und kann sich das einkaufen. Das geht nicht, und darum kann es der Markt auch nicht regeln, auch wenn das der Herr Landesrat Paierl zehnmal so behauptet. Ich glaube auch, daß der Hebel zur Umsetzung unserer Forderung die Eigentümerschaft an der ESTAG ist, und wir sind froh, daß wir sie haben. Und der Kollege

Peinhaupt hat das ebenfalls so gemeint, und es wird nicht – so hoffe ich – am Schluß dieses Landtages herauskommen, daß man wieder an den Bund delegiert und den Herrn Wirtschaftsminister bittet, irgend etwas zu regeln, weil dann haben wir das altbekannte Spiel zwischen steirischer Volkspartei und der Volksparteifraktion in der Bundesregierung. Und was da herauskommt, kennen wir seit dem Semmeringtunnel sehr gut. Aber lassen Sie mich die Gelegenheit nutzen, uns doch auch mit dem Verhalten der zweiten großen Regierungspartei in diesem Lande im Zusammenhang mit unserer Forderung zu unterhalten. Eine Partei, die sich heute im Landtag schon etwas eigentümlich benommen hat, als sie glaubt, daß es zur Courtoisie in diesem Hause gehören würde, einen Verkehrslandesrat alle halben Jahre über den Fortschritt eines Straßenbaues berichten zu lassen. Es ist das ein Zeichen der Überforderung und der Unverlässlichkeit. Wir werden diesen Weg nicht gehen. Wir wissen, wie wir uns zu benehmen haben. (Abg. Tasch: „Das wäre das erste Mal!“) Daß du, lieber Kurt, gutes Benehmen nicht beurteilen kannst, liegt wohl offenbar an deiner Gesellschaft! Gut! (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren, wie hat der Herr Landesrat Paierl als erster auf unsere Forderung reagiert? Paierl, ich zitiere: „Das ist ein Rückschritt in die Staatswirtschaft. Nicht Politiker sollen sich in die Preise einmischen. Nur durch Wettbewerb am Markt kommt es zu Reduzierungen.“ – Zitat Ende. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Steht das auch im Protokoll?“) Ein politischer Fatalismus des Herrn Landesrates Paierl, durch den er sich immer wieder auszeichnet, wenn es darum geht, sich rein auf den Markt zu verlassen, der bekanntlich die Starken stärkt und die Schwachen schwächt. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Danke!“) Lieber Herbert, wenn du die Kälte des Marktes zum Fetisch erhebst, dann darfst du dich nicht wundern, wenn es darüber auch sehr heiße Diskussionen geben wird. (Beifall bei der SPÖ.) Ich muß dir auch noch etwas sagen: Jetzt frage ich dich, wenn du deine Meinung als die einzig richtige in deiner Fraktion bezeichnest (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Überhaupt nicht!“), wie verhält es sich denn dann mit der angekündigten, durch Verordnung zu erfolgenden Festsetzung der Strompreise durch die Frau Landeshauptmann, soll sie auch auswandern oder darf sie in der Steiermark bleiben, die Herr Hirschmann ohnehin schon abgeschafft hat an einem seiner lustigen Tage. Aber kommen wir auf den nächsten Tag: Die Frau Landeshauptmann geht hinaus und sagt, um Gottes willen, die wollen das? Ja, ich will 30 Prozent und die Betriebskosten dazu, und außerdem habe ich das schon so lange gefordert. Frau Landeshauptmann, Sie sprechen heute von irgendwelchen sieben Punkten. Wir haben in den uns vorliegenden ESTAG-Verträgen nachgeschaut. (Abg. Dr. Brünner: „Woher kennen Sie die Verträge?“) Ist dort ein Punkt von diesen Punkten vorhanden? Haben Sie einen Ihrer Punkte in den Punkten untergebracht – den uns vorliegenden – oder haben Sie gar – und das können Sie sicher sagen – einen Ihrer Punkte in den Punkten eines Syndikatsvertrages untergebracht? Ich glaube nicht. Ich glaube, Sie haben als Flucht nach vorne bei der Verhandlung dieser Teilprivatisierung einfach wieder einmal eine Ihrer berühmten Pressekonferenzen gegeben und irgend etwas wollen, was Sie eigentlich nie beabsichtigten. Herausgekommen

ist das, was halt immer rauskommt, Sie haben es am nächsten Tag vergessen. Heute ist es für Sie wieder sehr angenehm, sich an so etwas zu erinnern. Es ist ein bißchen harmlos. (Beifall bei der SPÖ.)

Frau Landeshauptmann, Sie streiten auch heute ab, damals gesagt zu haben, Sie wollen 30 Prozent Senkung. Ich frage mich nur, wo dann die Journalisten gesessen sind, wenn die sagen, Sie hätten das gefordert. Irgendwer macht das falsch, oder Sie identifizieren sich nicht mit dem, was der Kollege Paierl sagt, oder nicht mit dem, was der Kollege Schützenhöfer sagt, oder was beide sagen. Es ist jedenfalls ein fürchterliches Durcheinander bei euch. (Abg. Tasch: „Bei uns gibt es eine eigene Entscheidung!“) Kurt, du blamierst dich nur. Paß auf. Bei euch ist ein eigenartiges Durcheinander, weil sich auch noch der Herr Landesrat Hirschmann zu Wort gemeldet hat, der die Kabarettreife zu seinem Markenzeichen, erkennbar in all seinen Bereichen der Politik, gemacht hat und ein Marktforschungsinstitut gegründet hat – es heißt TIUL. Ich zitiere: „Trinken ist unser Leben.“ Wir haben einen anderen Stil als der Herr Parteiohmann und Landeshauptmann Haider. Er hätte sicher pointierter kommentiert, wie er das bei der Frau Stenzel getan hat. (Abg. Mag. Bleckmann: „Ihr schreibt trotzdem gerne ab!“) Aber Herr Landesrat Hirschmann fordert, und hier kann ich ihn durchaus nachvollziehen, Freibier für alle. Liebe Frau Landeshauptmann, einerseits glaube ich, ist es fraglich, ob eine Forderung für sozial Schwache – eine Forderung, die Sie angeblich auch gestellt haben, ist aber nicht so sicher – lächerlich gemacht werden soll, ob etwas, was wir für die Menschen tun sollen und tun wollen, weil Politik muß handeln, so ins Lächerliche gezogen werden soll. Denn wer sich über so etwas lächerlich macht, macht sich meist selbst lächerlich. Das hat Landesrat Hirschmann in dieser Frage getan. Er hat aber nicht nur das getan, er hat nicht nur sich selbst lächerlich gemacht, er hat auch, nachdem er von Ihren 30 Prozent wußte, denn ich glaube, die waren zwei Tage vorher in der Zeitung, Ihre Handlungsweise und Ihre Forderung lächerlich gemacht. Das ist aber Ihre parteiinterne Angelegenheit. (Beifall bei der SPÖ.)

Sie haben sich, während Sie auf unserem Trittbrett mitgefahren sind, Frau Landeshauptmann – (Abg. Schützenhöfer: „Gestatten Sie einen Zwischenruf?“) Was wollten Sie sagen? Bitte gerne, es sei Ihnen gestattet. Ich bitte aber bald, denn ich habe nur 20 Minuten Zeit, neun sind es nur mehr. (Abg. Schützenhöfer: „Landesrat Hirschmann hat Schrittwiesers Umfrage lächerlich gemacht, denn die ist lächerlich. Zur Frage, wollt ihr weniger Stomkosten, brauche ich keine Umfrage!“) Herr Kollege Schützenhöfer, lassen Sie mich doch mit diesen Spielchen in Ruhe. Hirschmann hat versucht, diese Forderung lächerlich zu machen. Ob er die Frau Landeshauptmann damit mitreffen wollte oder nicht, entzieht sich meiner Kenntnis. Aber da sind Sie ja Insider, und wie es bei euch aussieht in der Angelegenheit, will ich hier nicht vom Internen her beurteilen. Die Frau Landeshauptmann ist inzwischen auf dem Trittbrett gestanden und hat die Steiermark mit schönen Postkarten mit ihrem Konterfei bedient, und es war sehr interessant, Frau Landeshauptmann. Überall haben Sie plötzlich diese Kostensenkung gefordert, die Sie ein paar Tage vorher bei der SPÖ gelesen haben. Wissen Sie aber, eines kann ich

mir nicht erklären: Warum ist diese Postkarte dort nicht vorgekommen, wo private EVUs die Versorger sind. Haben Sie keinen Kontakt mehr zu der Realität oder ist es wirklich so, daß Sie die Privaten von dieser Reduktion ausnehmen wollen, oder haben Sie so Angst vor Ihren Parteifreunden, die dort ihre Schillinge verdienen? Wir haben keine Angst vor diesen Strombaronen, aber Sie scheinen sie doch wieder einmal zu haben. Sie haben sich halt wieder einmal verbal für etwas stark gemacht, was Sie politisch offenbar nicht durchzusetzen in der Lage sind. Wenn ich mit Stenzel sprechen würde, das Erleben der Kraft der Steiermark muß wohl Ihr Placebo sein für gewisse Schwächen. Ich erinnere: Durchsetzungskraft Semmeringbasistunnel, EU-Förderungskulissen, zweite Tunnelröhre durch den Plabutsch – darüber haben wir heute auch schon wieder diskutiert – Ressel war draußen, hat es durchgesetzt, Sie haben es tagelang vorher gefordert. (Heiterkeit bei der ÖVP.) Ist auch klar, meine Damen und Herren. Man kann wunderbar argumentieren, auch im Zusammenhang mit dem Roadpricing. Wenn man selbst gegen das Roadpricing für die Lkws war, und dann fordert man es plötzlich, so wird man halt etwas unglaublich, vor allem dann, wenn man nicht sehr fern von dieser Branche arbeitet. (Beifall bei der SPÖ.) Meine Damen und Herren! Nachdem diese Schrecksekunde mit der Postkarte einmal bewältigt wurde, kam die nächste Überlegung. Frau Landeshauptmann schrieb die Bürgermeister an und angeblich auch einige private EVUs, sie mögen doch Kalkulationsunterlagen vorlegen, um zum Ende des Jahres irgendwann die Reduktion um 15 Prozent verordnen zu können. Ich frage mich nur etwas, Frau Landeshauptmann, und vielleicht können Sie sich dann das mit dem Kollegen Paierl abreden: Ist das ein politischer Eingriff oder nicht? Ich würde meinen doch. Paierl lehnt es ab. Ich sage es nur, denn das ist ein Widerspruch. Wenn Sie diese Forderung mit dem Sieben-Punkte-Programm – die ESTAG, so glaube ich, war vor einem Jahr in etwa – damals ernst genommen hätten, wieso haben Sie sich erst jetzt kundig gemacht, daß Sie etwas umsetzen können und sich erst jetzt mit dieser Frage beschäftigt. Warum, Frau Landeshauptmann, wenn Sie sagen, 15 Prozent ist viel zu wenig, ich will viel mehr, fordern Sie und schreiben Sie so brav und sitzsa 15 Prozent, so wie wir das vorgegeben haben? Das ist zwar ein netter Zug von Ihnen, aber er wirkt halt nicht sehr eigenständig. Ich hoffe, Sie haben damit Erfolg. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren, zur Frage des Wohnens hat der Herr Landeshauptmann – glaube ich – die Argumentation in so reichem Maße dargelegt, daß wir dann nur mehr einen Beschlußantrag, einen Entschließungsantrag vorbringen werden, und in der Frage der Strompreissenkung erübrigt sich meines Erachtens ein Entschließungsantrag. Wir gehen gerne bei irgendeinem mit, aber unsere Forderung wurde befolgt. Frau Landeshauptmann ist tätig geworden mit diesem Schreiben, der Landesrat Ressel ist schon vorher tätig geworden, hat sogar schon eine Antwort der ESTAG da. Aber wenn Sie sich noch selbst beauftragen wollen, sind wir gerne dabei, kein Problem, die Regierung wird dann halt ihre Tätigkeiten fortsetzen, aber das Wichtigste, und darauf kommt es in Wirklichkeit – (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Wann ist die Regie-

runge schon tätig gewesen in dieser Sache?“) Die Frau Landeshauptmann ist ein Teil der Regierung, du hast recht. Sie steht nicht für die gesamte Regierung, sie hat es allein gemacht. Aber du bist heute schon gefährlich oft zitiert worden als einer, der nicht ganz mit ihr einer Meinung ist. Lieber Herbert, ich habe schon Sorgen um deine Zukunft, obwohl sie nicht so stark ist. (Abg. Bleckmann: „Wann ist der Landesfinanzreferent tätig geworden?“) Meine Damen und Herren! Er hat schon relativ früh geschrien. Heute hat der Herr Landeshauptmann, wenn Sie zugehört haben, bei der Anfragebeantwortung bereits die Antwort vorgelesen. Und die ist gelegen sicher schon drei Wochen zurück in etwa. Ich weiß es nicht auswendig, aber Sie können aber nachher den Herrn Landeshauptmann noch einmal fragen, er hat es am Papier. Das Entscheidende, meine Damen und Herren, das eigentlich Entscheidende ist, daß wir mit unserer Forderung und hoffentlich wir gemeinsam unserer Forderung zum Durchbruch verhelfen, daß wir den privaten Haushalten helfen, daß wir den Kleingewerbebetrieben helfen und daß wir somit jenen helfen, denen der Markt von selber nicht hilft. Und daß wir Politik alle miteinander hoffentlich in diesem Sinn richtig verstehen, weil Politik muß eingreifen, und Politik kann sich nicht in den Lehnstuhl einer fatalistischen Anpreisung des freien Marktes zurücklehnen. (Beifall bei der SPÖ.)

Und wir von der Sozialdemokratie werden nicht müde sein, soziale Forderungen, dort wo sie notwendig sind, zu erheben und auch durchzusetzen. Und Sie werden nicht anders können, als mit uns mitzugehen, ob es um das Wohnen geht, um die Stromkosten geht und was es auch immer noch sonst geben wird. Dort, wo es verantwortbar ist, dort, wo es gerecht ist, werden wir das tun. Und wir werden überall dort anscheinend auf eine ÖVP treffen, die von einer Schrecksekunde getroffen ist, die irritiert ist von verschiedenen Meinungen in ihrer Partei. Ich hoffe, Sie kommen zu einer einheitlichen, ich hoffe, Sie können Ihre Auseinandersetzungen mit dem Herrn Landesrat Paierl und mit dem Herrn Landesrat Hirschmann klären. Ich hoffe, Sie werden tatsächlich positiv zur Lösung dieser Angelegenheit beitragen. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 17.50 Uhr.)

**Präsident:** Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dr. Lopatka das Wort.

**Abg. Dr. Lopatka (17.50 Uhr):** Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Präsident!

In einem stimme ich mit Klubobmann Flecker überein, Politik muß eingreifen, Politik muß vor allem eingreifen, wenn so etwas passiert, wie es zum Beispiel bei den Grazer Stadtwerken der Fall ist, daß hier einfach eklatante Ungleichheiten sind, wenn man nur die Umgebungsgemeinden herimmitt. Was kann ein Bürger dafür, daß er in Graz wohnt und nicht das Glück hat, in Unterpremstätten zu sein, um nur ein Beispiel zu nennen, und im Jahr um 4200 Schilling mehr bei einem kleinen Einfamilienhaus allein für den Gaspreis bezahlen muß. Was kann ein Bürger dafür? Hier hätte die Politik schon längst eingreifen können. Sie haben recht, was kann ein Bürger dafür, wenn in Loeben im Jahr 600 Millionen Liter Wasser einfach versickern, der Bundesrechnungshof den Auftrag er-

teilt, hier Aufklärung zu schaffen und die Stadtgemeinde Leoben nicht im Stande ist, Aufklärung zu bringen, sondern bloß für 60 Millionen Liter Wasser nachträglich nachweisen kann, daß diese 60 Millionen Liter in diesem Jahr gratis an eigene Einrichtungen abgegeben worden sind. 600 Millionen Liter Wasser, Sie wissen, was ein Kubikmeter Wasser kostet, ein Millionenbetrag, wo dann der Rechnungshof richtig festgestellt hat, nach Ansicht des Rechnungshofes hätte die Erhöhung bei den Wassergebühren unterbleiben können. Dort, wo Sie eingreifen könnten, haben Sie über Jahre nichts gemacht. Das ist vor allem im SPÖ-Bereich in Ihren Stadtwerken. Lassen Sie sich das gesagt sein. (Beifall bei der ÖVP. – Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Großartig!“) Dort, wo es um das Plakatieren geht, dort funktioniert es wunderbar und großartig, denn das ist viel einfacher. Und der Gerhard Hirschmann, sage ich Ihnen, hat sich ausschließlich mit der Umfrage von Siegi Schrittwieser auseinandergesetzt. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Ihre Spiele kennen wir!“) Und diese Umfrage kennen wir. Ich zitiere Ihre Umfrage. Wissen Sie, von wem sie durchgeführt worden ist? Vom GMK, Untertitel „Werbeagentur“, eine Umfrage von einer Werbeagentur GMK. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Die Umfrage kenne wir!“) Nur wegen der Sachlichkeit! (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Ist ja entsetzlich, furchbar!“) Nicht entsetzlich, ich trage nur zur Wahrheitsfindung bei. Und die Wahrheit ist uns ja wichtig, Herr Landeshauptmannstellvertreter. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Ihnen schon!“) Man muß sie sagen, auch wenn sie weh tut, haben Sie plakatiert. Aber das ist schon lange her. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Unglaublich!“) Nicht schlecht, die Unterstützung aus dem Hintergrund. Es ist wirklich unglaublich! (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Daß Sie über Wahrheit reden ist ja unglaublich!“) Jetzt lese ich Ihnen den Sinn und die Qualität dieser Fragestellung vor. Wissen Sie, wie die Frage gelautet hat? Soll die Strompreissenkung den steirischen Energieversorgern vorgeschrieben werden? Soll es zu einer Strompreissenkung kommen? Na net! Gerhard Hirschmann hat gefragt, ob es Freibier geben soll? Die Mehrheit, dieser Umfrage hat genau das ergeben, was die Umfrage der Werbeagentur GMK ergeben hat. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Ihr seid für das Freibier, das wissen wir eh!“) Genau so ist es! Wer will das nicht. Das ist die Ernsthaftigkeit, mit der Sie das Thema angehen, denn ich sage Ihnen eines, um das ganz deutlich zu sagen. Ich habe in unseren Bemühungen versucht, Sachlichkeit in die Diskussion zu bringen und fundierte Informationsarbeit zu leisten, weil ich aufgefordert worden bin. Wissen Sie von wem? Vom Bürgermeister Hofrat Dr. Matthias Konrad, Leoben, vom Bürgermeister Friedrich Kaufmann, Knittelfeld, vom Bürgermeister Peter Schlacher, Judenburg, vom Bürgermeister Dir. Walter Kranner, Mürzzuschlag, vom Bürgermeister Ing. Hubert Zingler, Deutschlandsberg, vom Bürgermeister Klaus Prieschl, Kapfenberg, vom Bürgermeister Bernd Rosenberger, Bruck an der Mur, vom Bürgermeister Franz Buchegger, Köflach, vom Bürgermeister Ernst

Meixner, Voitsberg, vom Bürgermeister Direktor August Wagner, Trofaiach und vom Bürgermeister Direktor Karl Hofmeister, Kindberg. Die haben mich aufgefordert, einen Beitrag zur Informationspolitik zu leisten, und dem bin ich nachgekommen in Ihren Gemeinden. Denn das ist für mich wichtig. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Die waren alle bei mir!“ – Beifall bei der ÖVP.) Denn das haben sie mir geschrieben, mit sehr gemischten Gefühlen, Herr Landeshauptmannstellvertreter.

„Mit sehr gemischten Gefühlen haben wir in unseren Stadtgemeinden die Senkung der Stromtarife und sonstigen Gemeindegebühren aufgenommen.“ Und wissen Sie, was sie mir noch schreiben? „Wenn wir Bürgermeister in der gleichen Form antworten würden, müßten wir verlangen, daß das Land Steiermark ebenfalls alle Gebühren und Tarife für seine Dienstleistungen senken muß, da auch dort die Kosten der Bürger zu hoch sind.“ Und Sie wissen, was Stingl am nächsten Tag in einem Interview mit der „Kleinen Zeitung“ gesagt hat, nachdem sie erstmals bekanntgegeben haben, was die Strompreise betrifft. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Ich bin tief beeindruckt, ich habe mit allen selbst geredet!“) Das merke ich. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Sie brauchen mich nicht aufzuklären!“) Ich kläre nicht Sie auf, ich spreche zu meinen Kollegen, weil ich immer die anschau, mit denen ich rede. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Sie wollen sich nur rechtfertigen, weil Sie diese miesen Zettel herumgeschickt haben!“) Nein, das ist auch unrichtig. Ich habe deswegen diesen Brief bekommen, weil es ein offener Brief war, den die Bürgermeister geschickt haben. Sonst hätte ich ihn ohnehin nicht bekommen. Aber wenn ich einen offenen Brief bekomme, muß ich darauf antworten. Ich bin der Freiheitlichen Partei wirklich dankbar für diese Anfrage in Sachen Strompreis und Betriebskosten. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Wir haben Aufnahmesperre, den Flecker haben wir auch schon abgelehnt!“) Ich bin nur dafür dankbar. Darf ich der Freiheitlichen Partei eines sehr deutlich sagen, was die steirische Landesregierung betrifft: Es ist nämlich ein erklärtes Ziel der Landesregierung, in Verhandlungen mit den Stromversorgungsunternehmen für alle Steirerinnen und Steirer eine Strompreissenkung durchzusetzen. (Beifall bei der ÖVP.) Das ist unser erklärtes Ziel. Ich bitte Sie, das zur Kenntnis zu nehmen. Das Ziel der Landesregierung. Sind Sie einverstanden? Sehen Sie, ich bin auch gespannt auf die Durchsetzung. Das ist nämlich ein Zitat aus der Regierungserklärung von Jörg Haider in Kärnten. Er hat auch nicht mehr gesagt. Wissen Sie, was Jörg Haider in Kärnten in der Regierungserklärung gesagt hat? (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Sie kommt und ist schon beschlossen!“) „Es ist ein erklärtes Ziel, mehr auch nicht, der neuen Landesregierung.“ (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Schon beschlossen!“) Passen Sie auf, was Sie sagen. 20. Mai, diese Regierungserklärung ist ja neu. Es ist ein erklärtes Ziel der neuen Landesregierung, in Verhandlungen mit dem Verbund für alle Kärntnerinnen und Kärntner eine Strompreissenkung durchzusetzen. Jörg Haider sagt genau das, was Frau Landeshauptmann macht. (Präsident Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Er ist schon fertig mit dem Verhandeln. Die Frau Landeshaupt-

mann ist noch immer bei den Postwurfsendungen!) Wissen Sie, was Haider noch sagt, und in dem Fall ist er ehrlich: Die durch die Liberalisierung des Strommarktes geschaffene Situation macht es möglich, durch Senkung der Strompreise das monatliche Einkommen der Bürger zu stärken. Genau das sagt er. In dem Fall macht Jörg Haider das, was die Frau Landeshauptmann 1997 schon den Herren der ESTAG gesagt hat. (Abg. Mag. Bleckmann: „Jetzt haben wir 1999, und bis heute ist nichts passiert, nicht einmal ein Beistrich!“) Wissen Sie, was Haider alles von Frau Landeshauptmann abgeschrieben hat in seiner Régierungserklärung? (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Das ist eine Beleidigung, wenn Sie behaupten, daß unser Bundesobmann von der Frau Landeshauptmann abschreibt!“) Ich habe Studenten gebeten, einen Vergleich zu machen. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Sie sagen, daß der Dr. Haider ein Abschreiber ist!“) Vielleicht hat er nicht abgeschrieben, sondern hat nur die gleichen Ideen. Vielleicht hat er eins zu eins die Ideen der Frau Landeshauptmann übernommen, die er übrigens sehr schätzt, Herr Landesrat Schmid. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Entschuldigung. Ich lasse nicht zu, daß Dr. Haider ein Abschreiber ist!“) Okay. Er hat die gleichen Ideen und die gleichen Meinungen wie die Frau Landeshauptmann, die sie schon in ihrer Régierungserklärung vor Jahren gehabt hat. Vergleichen Sie einzelne Textpassagen. Im übrigen stimme ich mit Dr. Haider überein, was seine Beurteilung der Frau Landeshauptmann betrifft. Lesen Sie das bitte im „News“ nach. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „News‘ lese ich nicht!“) Ich bin für alle guten Ideen von Gerhard Hirschmann (Abg. Ing. Peinhaupt: „Bist du dafür, Kärnten und Steiermark zusammenzulegen?“), weil Gerhard Hirschmann einer der wenigen ist, der Politik ernst nimmt und daher solche Umfragen entlarvt, die die Werbeagentur GMK – Marktforschung, Marketingberatung, Werbeagentur – für die SPÖ macht, in so einer grundlegenden Frage, ob die Leute billigere Strompreise wollen. Dann kann ich auch nur sagen, billigere Bierpreise. Ich komme jetzt auf das zurück, was Sache ist. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Das wäre gut, wenn es sachlich wird!“) Sache ist, was kann die Politik dazu beitragen, daß den kleinen Leuten geholfen wird. Herr Landeshauptmannstellvertreter, Frau Landeshauptmann Klasnic kann niemand vorwerfen, daß sie zu den kleinen Leuten keinen Zugang hätte. Sie weiß genau, worum es den kleinen Leuten geht, nämlich darum, daß sie in ihrer gesamten Kostenstruktur von uns die Unterstützung bekommen. Und das ist mehr als nur die Strompreise. Nur Sie hören das nicht gerne, weil die Stadtwerke zum Beispiel bei den Gaspreisen, zum Beispiel beim Wasser, auch etwas machen müßten. Und dieser Diskussion wollten Sie entgehen, denn es ist sehr einfach zu sagen, STEWEAG mache es. Dann melden sich alle Bürgermeister zu Wort – ich könnte wieder aus Postwürfen zitieren – und sagen, wir können keinen Beitrag leisten. Wir können nur eins zu eins das weitergeben, was wir vom Lieferanten bekommen – Stichwort STEWEAG. So einfach machen wir es uns nicht. Wir diskutieren auch mit unseren Bürgermeistern und ersuchen sie, uns hier zu unterstützen, ständig. Wir nehmen das ernst, Herr Landeshauptmannstellvertreter. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Wie viele private

Versorger habt ihr eingeladen?“) Sie sind alle von der Frau Landeshauptmann eingeladen worden. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „40 an der Zahl!“) Diese werden nicht anders behandelt als die Stadtwerke. Da gibt es keinen Beistrich an Unterschied im Schreiben an die Stadtwerke und an die Privaten. Lassen Sie mich eines nur sagen: Sie hätten sehr gerne die Frau Landeshauptmann als Schutzbaron, Schutzpatron, der Privaten. Das ärgert Sie. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Schutzbaron!“) Schutzpatron, das war ein Versprecher. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Sie haben es gesagt, nicht ich!“) Das passiert mir eben als kleinen Abgeordneten. Gott sei Dank passiert es Ihnen nie als großen Landeshauptmannstellvertreter, denn Sie sind ja groß und stark. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Jawohl!“) Ich bemühe mich auch, als kleiner Rackerer, Herr großer und starker Landeshauptmannstellvertreter, meinen Beitrag für die kleinen Leute hier im Land zu leisten. Wissen Sie, was 1997 schon der Vorstandsdirektor, der Generaldirektor in dem Fall, der Electricité de France, Jack Cizain, in einem Interview mit der „Kleinen Zeitung“ am 24. Dezember gesagt hat? „Will die STEWEAG ihren Kundenstock halten oder sogar noch ausbauen, dann müssen die Strompreise fallen.“ Frau Landeshauptmann hat das in einem ihrer sieben Punkte von der STEWEAG gefordert. Jetzt komme ich zum Kern der Sache: Ernsthaft ist von den Verantwortlichen gearbeitet worden. Und dann gibt es einen Mann in diesem Land, der noch nicht den Überstieg geschafft hat, nämlich aus dem Büro des Herrn Landeshauptmannstellvertreter in die Vorstandsetage, der Herr Oswin Kois. Herr Oswin Kois hat das offenbar vergessen. Dort wird im engsten Bereich beraten, was man hier tun kann, tun muß, nämlich auch aus der Sicht des Unternehmens, weil die Liberalisierung kommt, unabhängig davon, was wir als Politik zusammenbringen, und Herr Oswin Kois pilgert dann zu seinem Schutzpatron in diesem Fall, nicht Baron, zum Herrn Landeshauptmannstellvertreter und teilt ihm das mit, was dort ausgearbeitet wird. Denn die Ausarbeitung eines neuen Tarifmodells ist im engsten Kreis bereits besprochen und zum jetzigen Zeitpunkt schon relativ weit gekommen. Er pilgert dort hin, und dann, bevor noch Plakate überhaupt entworfen werden können, Inserate geschaltet werden können, wird das ganz rasch bekanntgegeben, denn zu dem Zeitpunkt waren auch wir informiert, wie weit die STEWEAG ist – nur das ist der Unterschied im Stil in der Politik. Uns geht es um die Sache. Daher muß man die Betriebe in Ruhe arbeiten lassen. Ihnen geht es um Plakate und Inserate. Das ist der Unterschied. Seither haben wir jetzt in der Öffentlichkeit diese Diskussion, die wir, und das sage ich Ihnen, und das wird Ihnen weh tun, zu einem Abschluß bringen wollen und nicht bloß dahindiskutieren. Wir sind gegen das Schmähführen – das sage ich Ihnen. Wir wollen sie zu einem Abschluß bringen. Wir sind gegen das Schmähführen! Wir wollen die Diskussion zu einem Abschluß bringen, und nicht diskutieren bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag und bis zu den Landtagswahlen. Wir wollen, daß Farbe bekannt wird, gerade von den Grazer Stadtwerken. Wie rechtfertigten Sie sich, daß gerade die kleinen Leute, die kein Einfamilienhaus haben, die eine Wohnung

haben, in Graz derartig hohe Gastarife zu berappen haben? Wie rechtfertigen Sie das, daß in Graz im Bezirksvergleich – und die Landgemeinden haben hier oft große Probleme in der Versorgung – der Wassertarif in der Steiermark am höchsten ist? Warum sind Sie hier sprachlos? (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Fragen Sie den Vorstandssprecher Ott, er gehört zur ÖVP!“) Wie rechtfertigen Sie es, daß in Köflach für einen Kubikmeter Wasser 21,90 Schilling zu bezahlen ist? (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Fragen Sie ihn selbst, er ist dort zuständig!“) Dort haben Sie die direkte Eingriffsmöglichkeit. Ich sage Ihnen etwas, die Politik hat die Verantwortung bei den Stadtwerken. Die Politik ist gefordert. Herr Landeshauptmannstellvertreter, sonst hat ja der Schrittwieser einen ordentlichen Blödsinn da ausgeschickt. Schrittwieser läßt sich sogar von der Meinungsforschung bestätigen, daß die Politik zuständig ist. Schrittwieser: „Dies ist ein eindeutiger Beweis dafür, daß die Menschen sehr wohl für ein Eingreifen der Politik sind, wenn es um die Gestaltung von Tarifen geht.“ Schrittwieser kontra Schachner-Blazizek! (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Ich habe doch gesagt, Sie sollen Ihren Sprecher des Vorstandes Ott fragen!“) Schauen Sie, jetzt sage ich Ihnen etwas, Gott sei Dank ist Nagl in Graz gekommen. Gott sei Dank ist Stadtrat Nagl in Graz gekommen. Gott sei Dank! (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Gott sei Dank!“) Denn er durchleuchtet erstmals die Stadtwerke. Und was sich da jetzt schon auf tut in den ersten Monaten, das wird erst furchtbar. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Furchbar!“) Noch nicht! Er ist erst seit kurzem im Amt. So wie Haider, schauen Sie, was hat den der schon gesenkt. Da müssen wir warten, die müssen wir arbeiten lassen. Laßt Nagl arbeiten. Laßt Haider arbeiten, schauen wir, was er zusammenbringt. Daher sage ich Ihnen, wir nehmen diese Diskussion sehr, sehr ernst. Wir lassen sie aber nicht einschränken auf eine reine Stromdiskussion, und die noch eingeschränkt nur auf die STEWEAG. Wenn, dann treten wir mit der Frau Landeshauptmann an der Spitze generell dafür ein, daß die Politik auf allen Ebenen die Gunst der Stunde nützt, die die Liberalisierung mit sich bringt und hier Strompreissenkungen, Tarifsenkungen in den anderen Bereichen dahin gehend erreicht, daß auch die Haushalte entsprechend berücksichtigt werden.

Und weil Sie sich so aufregen über diesen Postwurf. Ich sage Ihnen eines: Dieser Postwurf ist von vorne bis hinten eine Sachinformation. Es ist nichts falsch, es sind nicht einmal Forderungen darin aufgestellt, wie Sie sie gestellt haben. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Ich habe mich nicht aufgeregt!“) Sie haben sich mehrfach ordentlich aufgeregt, Herr Landeshauptmannstellvertreter. Über das Schmierblatt, oder wie Sie gesagt haben, über unseren Postwurf, haben Sie sich mehrfach aufgeregt. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Aufregen tu ich mich nicht leicht, höchstens künstlich!“) Umso besser, dann bin ich beruhigt. Ich war nämlich schon aufgeregt, weil Sie sich aufgeregt haben. Das werde ich mir auch merken, daß Ihre Aufregungen nur künstlich sind. Ich habe Sie immer ernst genommen und habe mich geschreckt, wenn ich

Sie aufgeregt habe. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Herr LandesparteiSekretär!“) Ich heiße auch „Geschäftsführer“ wie der Kollege Schrittwieser. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Ich bleibe bei der alten Form!“) Ja, ist mir eh lieber. Danke! (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Ich bin schon sehr lange in diesem Haus, da regt mich überhaupt nichts mehr auf. Sie haben den Weg bestritten. Wenn Sie glauben, Sie müssen ihn gehen, dann gehen Sie ihn. Ob er geschmackvoll ist, das wird die Bevölkerung entscheiden!“) Schauen Sie, diesen Weg haben Sie eröffnet. Sie waren dabei, als das Band durchschnitten worden ist bei der Strompreisdiskussion. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Aber ich habe niemanden persönlich verunglimpft!“) Wir haben auch niemanden persönlich verunglimpft. (Abg. Dr. Flecker: „Wir fordern das, und ihr macht eine Sudlkampagne daraus!“) Also wenn das eine Sudlkampagne ist, dann bitte ich Sie, mir nur irgendwas aus dem Postwurf vorzulesen. (Abg. Dr. Flecker: „Ihr lenkt ja nur ab mit euren Geschichten!“) Darf ich noch meinen Entschließungsantrag einbringen, ich bin zehn Minuten unterbrochen worden. (Präsident Dr. Strenitz: „Ich werde eine Minute einrechnen!“) Aber ich bin zehn Minuten unterbrochen worden, das ist ungerecht, Herr Präsident! Das ist nicht gerecht, aber gut!

Als Beitrag zur Sachdiskussion – ich fasse mich kurz –, das was in unserer Aussendung steht, bezieht sich ausschließlich auf Rechnungshofberichte und auf entsprechende Tarife, die in den Stadtgemeinden beschlossen worden sind, und auf die überzogene Tarifstruktur in der Landeshauptstadt Graz, für die wir nicht die Verantwortung haben. Daher bringen wir folgenden Antrag zur Senkung der Betriebskosten für alle steirischen Haushalte ein:

Angesichts der fortgeschrittenen Zeit, die mir zu steht, kann ich nur mehr den Antrag einbringen und nicht mehr die Begründung. Ich kann nur mehr einbringen den Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, erstens alle Maßnahmen zu setzen, die zu einer raschen spürbaren Strompreissenkung durch die steirischen Stromversorger für die Endverbraucher und steirischen Haushalte führen, zweitens mit Nachdruck an den Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten heranzutreten, damit dieser als zuständiges Organ für die Festsetzung der Tarifpreise für die Lieferung von elektrischer Energie sofort jene Maßnahmen trifft, die eine spürbare Strompreissenkung durch die STEWEAG und die Grazer Stadtwerke AG. in die Wege leiten, drittens eine Studie in Auftrag zu geben, die den Vergleich der Betriebskosten in den Gemeinden zum Inhalt hat und Grundlage für zu erfolgende Betriebskostensenkungen sein soll.

Ich bitte Sie, diesem Entschließungsantrag Ihre Zustimmung zu geben und diese Diskussion in der Breite zu führen, in der sie notwendig ist, und die kann sich nicht einzig und allein auf die Stromkosten beschränken. (Beifall bei der ÖVP. – 18.12 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Als nächster hat der Herr Landesrat Schmid das Wort.

**Landesrat Dipl.-Ing. Schmid** (18.12 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Regierungskollegen! Hohes Haus!

Ich werde mich jetzt nicht an der Diskussion, wer welches Plakat wann als erster unter welchen Forderungen hier aufgestellt hat, beteiligen. Es ist – glaube ich – doch die Thematik eine zu ernste, hier sich auf jene Details, die ich gerne dann als Pfingstochsengehebe bezeichne. Man muß sich schön aufputzen, wenn es zur Wahl geht, und wenn es dann um Substantielles geht, ist, glaube ich, den Landwirten unter euch bekannt, was man hier dann auch zu erwarten hat. Ich habe auch kein Problem damit, daß bezüglich der Kostensenkung im Wohnbau ein Vaterschaftsprozeß anscheinend ausbricht. Bei irgendeiner DAN-Analyse wird man blaues Blut finden, das bin ich mir sehr sicher. Ich habe auch kein Problem damit, wenn wir blaues Blut – freiheitliches Blut gemeint –, wenn freiheitliche Politik von anderen, unsere Politik von anderen als ihre Politik verkauft wird. Es ist eine gescheite Politik. Aber ich – bitte – verwehre mich dagegen, wenn irgend jemand für seine Politik in Anspruch nimmt, daß die Ideen von den Freiheitlichen stammen. Dafür bin ich nicht zu haben, und ich hoffe, es weiß jeder, was ich damit gemeint habe. (Abg. Dr. Lopatka: „Hat der Haider den Cluster auch erfunden!“) Herr Kollege Lopatka, ich habe mich inzwischen informieren lassen, was da im „News“ steht. Da hat der Dr. Haider gesagt, daß die Frau Landeshauptmann nett sei. Ich habe kein Problem damit. Er ist wenigstens nicht so weit gegangen wie der Klubobmann der SPÖ, der gesagt hat, die Frau Landeshauptmann sei lieb und nett, er ist etwas intimer geworden. Das wird er dann zu vertreten haben. Worüber wir heute reden, das ist eine politische Notwendigkeit, auf die wir schon lange hinweisen, und ich sage allen. Das ist jener Bereich, der uns im Wohnbau im Höchstmaß und zunehmend belastet. Wir haben es nämlich mit unserem Gesetz 1992 geschafft, und es ist einfach ein Faktum, daß wir die Wohnungspreise für jene Wohnungen halbiert haben. Das betrifft auch Einzelhäuser und vieles andere mehr. Wir konnten beobachten oder mußten leider beobachten, daß uns parallel dazu in vielen, aber nicht in allen Bereichen die Betriebskosten insgesamt davongelaufen sind. Und jetzt sage ich Ihnen eines: Für mich ist das heute eine historische Stunde einer Dringlichen Anfrage, weil wir hier die Chance haben, und wir werden alles im Protokoll nachlesen können, daß wir hier Realpolitik betreiben. Daß wir uns nicht in plakative Aussagen, ich bin für die Senkung der Gebühren (im Rahmen des Möglichen), ich werde mich dafür einsetzen (ich habe schon ein paar Briefe geschrieben), übrigens Herr Kollege Lopatka, der Streit mit der Kelag um die Strompreise stammt schon aus dem Jahre 1989. Nehmen Sie einmal diese Regierungserklärung vielleicht von Kärnten her, da werden Sie sie auch finden. Wir haben heute, ich betone es, die historische Chance, hier Nägel mit Köpfen zu machen, wirklich Nägel mit Köpfen zu machen. Wir haben Beschlüsse eingebracht, die dazu angebracht sind. Wenn wir ein Mittelmaß im Kanalbereich, der Landeshauptmannstellvertreter hat ja richtig darauf hingewiesen, daß wir halt Kanalprojekte, die wirtschaftlich nicht mehr sinnvoll sind, nicht durchführen dürfen. Dort geht es dahin, daß wir – Sie haben es selbst

erwähnt, völlig zu Recht erwähnt – eine derartige Spreizung der Preise der Müllabfuhr in dem Land haben. Graz, selbstverständlich. Zu Graz darf ich Ihnen eines zur Beruhigung noch dazusagen: Für die ganzen Mietwohnungen war Kollege Stoiser sehr lange zuständig, wenn wir schon über das Ganze streiten. Und daß die Stadt Graz 52 Schilling für ihre Mietwohnungen eingehoben hat, wenn der Kategorie-A-Zins bei 35 Schilling liegt, wenn die Mietwohnungen des Landes bei 30 Schilling liegen, war auch nicht mehr in Ordnung. Wir haben jetzt einen ersten Schritt gesetzt, aber machen wir das bitte durchgehend. Machen wir das wirklich durchgehend, daß wir uns einmal alle gemeinsam anschauen und einen Mittelwert ziehen und auf dieser Basis die Systeme aufbauen, beim Wasser, beim Kanal, beim Gas, wenn Sie so wollen, wobei Wasser, Kanal und Müll für die Gemeinden draußen natürlich eine viel höhere Bedeutung finden. Machen wir eines, auch auf das ist schon hingewiesen worden, daß wir mit jenen Verträgen, und ich habe die Verordnung schon vor mir liegen, die wir am Montag einbringen werden, und die Bereiche vor 1992, die uns bitte bis auf 92 Schilling pro Quadratmeter davonlaufen, während wir bei 35 und 30 Schilling liegen, dort entsprechende Maßnahmen setzen. Wir müssen also diese Spitzen nehmen. Wir müssen auch dort mit den Mieten runter. Wir haben ein faires System errechnet, aber es ist dazu erforderlich, um das Wohnbaugesetz auch tatsächlich zu erfüllen, daß wir die Zinsrückläufe wieder in das Wohnbaubudget zurückführen. Ich kann diese 300 Millionen permanent für andere Bereiche verwenden, und das hat Ing. Herbert Peinhaupt bereits völlig richtig dargelegt. In diesem Land gibt es Prioritäten, und das sind die Erlagscheine für jenen Teil der Bevölkerung, dem es wirklich nicht so gut geht. Das ist das Wesentliche. Es ist da nicht das Bild, das Plakat wesentlich. Und da lade ich Sie einmal alle ein. Ich habe wöchentlich einen oder mehrere Sprechstage. Wenn dann die Leute, wenn man sagt, wir sind bei der Bevölkerung, zu mir kommen, ihre Berechnungen vorlegen, wie sie mit 7800, 8200 Schilling sich das noch alles leisten sollen, dann haben wir eine Priorität, und alles andere ist hier nachrangig. Alles andere ist hier nachrangig, und dort müssen wir den Hebel ansetzen. Ich wünsche mir, daß die Gemeindefreferenten – wir haben sie beide heute befragt – diese Ernsthaftigkeit erkennen, und ich sage Ihnen eines: Sie werden, und Frau Landeshauptmann, wenn Sie zuhören, und Herr Landeshauptmannstellvertreter, wenn du zuhörst, im nächsten Jahr in einer großen politischen Auseinandersetzung, die ruhig in diesem Punkt auch zugespitzt sein darf, an dem gemessen, was Sie hier heute als positiv bezeichnet haben, wo Sie die Zustimmung gegeben haben, daß Maßnahmen gesetzt werden, weil das wird eines der zentralen Themen sein. Und daran werden Sie gemessen, wie Sie zu den Menschen in dem Land wirklich stehen. Ich bitte Sie daher jetzt aus meiner Position als zuständiges Regierungsmitglied für den Wohnbau, der sich sehr lange damit beschäftigt, und ich glaube, auch erfolgreich damit beschäftigt, nehmen Sie diese Anträge ernst, gehen Sie mit, und Sie haben in den Freiheitlichen einen Partner, der Sie in all diesen Belangen bestens unterstützen wird. Ich danke für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der FPÖ. – 18.20 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Als nächste auf der Rednerliste ist die Frau Abgeordnete Mag. Zitz. Sie hat das Wort.

**Abg. Mag. Zitz (18.20 Uhr):** Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Diese Dringliche Anfrage könnte man mit „Willkommen im Landtagswahlkampf“ am besten übertiteln. Das, was uns jetzt in den letzten eineinhalb Stunden geboten worden ist, ist ausgesprochen polemisch von seiten aller drei Parteien. Ich bin froh, daß im Zuschauerraum wenig Gäste anwesend sind und von den wenigen anwesenden Gästen wahrscheinlich noch einmal weniger anwesend sind, die wirklich beinhart von der Tarifpolitik, von der Gestaltung im Wohnbau, der Gestaltung in der Wasserfrage, der Gestaltung in der Kanalabgabenfrage und der Gestaltung in der Wasserfrage betroffen sind, wie sie uns die ÖVP, die SPÖ und die Freiheitlichen seit Jahrzehnten im Rahmen des Proporz in der Landesregierung präsentieren. Das ist der Punkt eins. Der Punkt zwei: Im Gegensatz zur ÖVP und SPÖ, die den Freiheitlichen für diese Dringliche Anfrage danken, denke ich mir, daß diese Dringliche Anfrage für mich ein Beweis dafür ist, daß man den Proporz in der Steiermark abschaffen muß, daß es diese drei Fraktionen nicht geschafft haben, ein Regierungsprogramm zustande zu bringen und, ein weiterer Punkt, daß ÖVP, SPÖ und Freiheitliche sich jetzt gegenseitig ihre PR-Strategien für die kommenden drei Wahlkämpfe - einen haben wir am Sonntag hinter uns gebracht - vorwerfen, aber gleichzeitig so tun, als ob sie keine Parteimitglieder hätten außerhalb dieses Raumes und als ob sie keine Parteimitglieder hätten, die nicht in relevanten politischen Positionen in den parteipolitisch zusammengesetzten Vorständen sitzen, als ob sie keine Parteimitglieder hätten, zum Beispiel Herr Landesrat Pörtl, Frau Landeshauptfrau Klasnic, in der Österreichischen Kommission für Siedlungswasserwirtschaft sitzt Pörtl selbst drinnen. Da kann er ganz konkret soziale und ökologisch gerechte Kanalabgabenpolitik fördern, in dem er Zentralkanalprojekten in der Steiermark eine ganz klare Absage erteilt. Ich gebe Ihnen jetzt dazu eine von uns zumindest einmal jährlich herausgegebene Hitliste der verschwenderischsten Projekte der letzten drei Jahre in der Steiermark zur Kenntnisnahme mit. Im November 1997, Tagung der Kommission für Siedlungswasserwirtschaft - ich habe die Daten ganz genau drinnen: Gemeinde Vordernberg Meter pro Hausanschluß 458, Kosten pro Hausanschluß 900.000 Schilling; ebenfalls am gleichen Tag Bruck/Weiental Meter pro Hausanschluß 227, Kosten pro Hausanschluß 560.000 Schilling - alles abgesegnet worden von ÖVP, SPÖ und den Freiheitlichen in der Kommission für Siedlungswasserwirtschaft - immer mit grüner Gegenstimme. Im Jahr 1998, Hitliste - ich gebe nur die ersten beiden bekannt - Projekt Frojach-Katsch, das ist in Puxberg, wo man unterhalb der Mur einen Kanal durchlegen wollte, Kosten pro Hausanschluß 800.000 Schilling, Vordernberg, das waren Almhäuser, Kosten pro Hausanschluß 659.000 Schilling; ebenfalls keine einzige Gegenstimme und keine Versuche, da irgendeine Debatte anzuzetteln von seiten ÖVP, SPÖ oder gar der Freiheitlichen.

Im Jahr 1999, März, ebenfalls die beiden Topprojekte - man sieht hier null Lernfähigkeit der drei großen Parteien, obwohl wir das Thema Kanalgebühren und Gerechtigkeit für die ländliche Region seit einigen Jahren als Grüne auf die politische Tagesordnung gebracht haben - Topprojekt jetzt im negativen Sinn - Weng/Gstatterboden 833.000 Schilling Kanalerrichtungskosten pro Hausanschluß; Graz-Rudersdorfer Au 805.500 Schilling. Diese Liste beweist, daß Sie jede Menge an Möglichkeiten hätten, auf Grund Ihrer Mitgliedschaften in diversen Kommissionen, zum Beispiel im Siedlungswasserbau, dagegen aufzutreten, weil diese hohen Erstellungskosten von Zentralkanalprojekten mit extrem langen Strängen bedeutet natürlich, daß die Kanalgebühren beziehungsweise die Rückzahlungen für die betroffenen Personen ausgesprochen hoch sind. Das wäre auch alternative Wirtschaftspolitik, indem man nicht Großkonzerne fördert, wie die TERRAG-ASDAG, Granit und Co., die in der Kanalbranche sehr gut verankert sind, die gleichzeitig enge Verbindungen haben zu einer Bankenlobby, die sich wieder mit der ÖVP - Stichwort Raiffeisen - sehr, sehr gut versteht. Der dritte Punkt ist natürlich, daß in dem Moment, in dem Leute Interessen an gemeinschaftlichen Lösungen haben, an genossenschaftlichen Lösungen, diese Lösungen - eigeninitiativ entwickelt - von einer Abwasserbürokratie behindert werden, die selbstverständlich durch von zwei oder von mehreren Parteien getragenen Gesetzen in der Steiermark und auf Bundesebene abgesegnet werden.

Das heißt konkret, daß unsere Politik als Grüne darin besteht, jetzt einmal am Beispiel der ÖVP, das aufzuzeigen. Reinhold Lopatka ist ja hergegangen und hat in seiner Aussendung zwar nicht hingeschrieben, wer namentlich für dieses Fünf-Punkte-Kritikprogramm steht, aber er hat als einziger den Bereich Kanalabgaben beziehungsweise Kanalentstehungskosten erwähnt. Man kann sagen, daß die ÖVP-Gemeinden die sind, die in der Oststeiermark Stimmen verlieren, weil diese Koproduktion zwischen schwarzen Gemeinden, einer speziellen ÖVP-nahen Tiefbaulobby und Banken, wie der Raiffeisen und anderen, dazu führt, daß man immer nur die gleichen Planungsfirmen bedient, daß immer nur die gleichen Firmen die Projekte durchführen, und die, die belastet sind, sind Leute im ländlichen Raum, die man dann wieder durch strategisch auch nicht immer geschickt plazierte Förderungen ein bisserl „aufpöppeln“ will.

Das wären ganz konkrete Möglichkeiten, wo die ÖVP nicht nur PR am Blatt machen könnte, sondern im rechtlichen Bereich und im Förderbereich da anders agieren könnte, als sie das in den letzten Jahren gemacht hat. Das würde aber heißen, daß man auf Ebene der Partnerschaften andere Koalitionen eingehen muß. Ganz konkret mit Leuten, die im Bereich alternativer Pflanzenkläranlagen Kompetenz haben, ganz konkret bei einer demokratischen Planungsgestaltung, wo man sich einmal traut zu fragen, Leute, welche Art von Abwasser- - ich würde gar nicht sagen -entsorgung, sondern -reinigung ist für euch die adäquate, und das heißt selbstverständlich ein Abschied, ein klarer Abschied von diesen Lobbyisten in Bereichen, die der schwarzen Partei relativ nahe stehen.

Ein Thema möchte ich noch einbringen, nachdem die Wohnraumfrage auch angesprochen wurde. Es gibt in der Steiermark eine soziale Plattform, Soziales Wohnungsforum Steiermark „SOWOST“, die sich seit 14 Jahren für wohnungslose und von Wohnungslosigkeit akut bedrohten Personen stark macht und sich bemüht – das ist ein Struktur, in der die Caritas auch drinnen ist –, Übergangswohnungen zur Verfügung zu stellen. Die Budgetmittel, die dafür notwendig werden, die werden einerseits von der Plattform und von der Caritas selbst plus zu einem großen Teil von den Bewohnern und Bewohnerinnen dieser Übergangswohnungen aufgebracht. Und das Interessante ist, daß ein nicht geringer Teil der finanziellen Belastungen für diese spezifisch ausgegrenzte Personengruppe und diese beiden gemeinwesenorientierten Träger sich daraus ergibt, daß es in Österreich eine Verpflichtung zur Vergütung von Mietverträgen gibt, und zwar egal, wer sich einen Mietvertrag ausstellen lassen möchte. Das heißt, daß die „SOWOST“ in der Steiermark ungefähr 40.000 Schilling pro Jahr nur für diese Vergütung von Mietverträgen ausgeben muß. Das ist sozial unzumutbar, das ist eine Belastung, die für uns nicht nachvollziehbar ist, und es wird daher von seiten der grünen Fraktion erfreulicherweise mit SPÖ-Unterstützung der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, damit diese eine Befreiung von der Vergütung der Mietverträge für nicht kommerzielle Wohnraumbereitsteller und deren KlientInnen in die Wege leitet.

Dies sind zwei ganz konkrete Anliegen, einerseits endlich die Abwasserreinigung so zu gestalten, daß sie sozialverträglich ist, daß sie volks- und betriebswirtschaftlich auf einen nachvollziehbaren Boden gestellt wird. Da passiert einiges vorsichtig formuliert im eher rechtsfreien Raum, weiters daß die Abwasserreinigung einer demokratischen Entwicklung unterworfen wird, wo die Betroffenen endlich die Möglichkeit haben, bei dem Projekt mitzureden, und zwar mit den Partnern und Partnerinnen, die sie sich selber aussuchen, und nicht mit den üblichen Lobbyfirmen, die halt seit Jahrzehnten auf die eine oder andere Gemeinde und somit selbstverständlich meistens auf die ÖVP abonniert sind. Und unser zweiter Antrag geht in die Richtung, ganz konkret in der Steiermark eine gemeinnützige Initiative zu unterstützen, daß sie nicht ihre geringen Gelder dafür ausgeben muß, daß man aus sozial bedürftigen Personen im Jahr insgesamt diese etwa 40.000 Schilling rein für die Vergütung von Mietverträgen herauspreßt. Ich ersuche Sie um Annahme dieses Antrages. (Beifall bei den Grünen. – 18.30 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Der nächste Redner auf der Liste wäre der Herr Landesrat Paierl. Ich sehe ihn allerdings nicht. Ja! Der Marathonläufer sprintet. Bitte, Herr Landesrat!

**Landesrat Dipl.-Ing. Paierl (18.30 Uhr):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich danke für die Nachsicht, aber ich habe mir gedacht, Edith Zitz wird etwas länger brauchen, ehrlich gesagt.

Meine Damen und Herren, ich weiß schon, daß gerade in der Debatte heute für den an der Sache Interessierten sehr deutlich gemacht wird, daß natürlich hier Politik und Sache zum Teil sehr weit auseinander liegen. Ich beziehe mich einleitend auf die Feststellungen des Herrn Landeshauptmannstellvertreters zu seinem Politikverständnis, daß sich durchaus grundsätzlich nicht von meinem unterscheidet, daß Politik gestalten soll, daß man sich einmischen soll, daß man thematisieren, problematisieren soll, aber – und da gibt es was, was mir leid tut, weil ich in dieser Frage gerade mit Prof. Schachner immer eine gewisse Kultur auch der Auseinandersetzung und der sachlichen Diskussion hatte, ich glaube immer noch und immer wieder, daß auch bei diesen politischen Auseinandersetzungen Kompetenz, Seriosität und damit auch Glaubwürdigkeit sehr genau zu beachten ist. Dies steht nämlich am Spiel, wenn man – lassen Sie mich das auch sehr deutlich sagen – in dem jeweiligen Rollenspiel in der Politik zu oft verwechselt in ein und derselben Position oder gar Person, Regierungsverantwortung und oppositionelle Rolle. Wir haben gelernt in der Demokratie, daß natürlich eine oppositionelle Rolle, die nicht in der Verantwortung steht, sich da oder dort bei politischen Themen leichter tut, leichter tun muß. Ich glaube, auch da stimmen wir durchaus überein. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Kein Problem!“) Und deswegen meine ich, daß gerade in dieser Frage, diese Positionierung eine sehr, sehr sensible Geschichte ist. Und jetzt zur Sache: Minus 15 Prozent, und da bitte ein nachlesbares Bekenntnis, ohne daß man da dann auf diese Art von Vaterschaft – das habe ich schon gesagt – ich glaube, daß das auch da nicht angebracht ist, daß wir alle miteinander in der Politik, gerade auch die, die in Verantwortung stehen, eine Effizienzsteigerung, eine Kostensenkung ist nicht immer mit einer Effizienzsteigerung verbunden, sondern auch eine Verbesserung der Dienstleistungen des öffentlichen Sektors. Wollen ist klar, und jetzt kommt folgendes: Wir haben in Österreich wie in anderen europäischen Ländern auch einen gewollten Liberalisierungs- und Deregulierungsvorgang, das können Sie überall nachlesen. Der einzige, der vielleicht hier diese Kapitel überschlagen hat, ist der Kurtl Flecker, aber ich kenne auch, das ist halt eine Rolle, die er ein bißchen als ehemaliger Parteisekretär ausspielt (Abg. Schrittwieser: „Nichts gegen Parteisekretäre!“), damit beschäftige ich mich jetzt nicht. Das rede ich mir mit ihm so persönlich aus, das ist ja bekannt, daß es da Differenzen gibt, er hat eine andere Rolle. Aber zur Sache selbst, Deregulierung und Liberalisierung, wo ich – und bin oft dafür gescholten und kritisiert worden – eine schnellere Form der Öffnung, eine radikalere Form dieses Öffnungsprozesses gewollt habe, muß aber in Verantwortung stehend – vor einem zirka halben Jahr passiert –, als Mitglied der Regierung delegiert, auch vom Eigentümervertreter der ESTAG, STEWEAG, als des Landesbereiches der Energieversorgung beauftragt, dafür sorgen in den Verhandlungen in Österreich, daß strukturschonend Schritt für Schritt diese Öffnung passiert. Die einstimmige Stellungnahme der Steiermärkischen Landesregierung ist nachlesbar, brauche ich hier nicht groß auszubreiten, Schritt für Schritt, weil es sonst zuviel Schaden gibt in dieser Struktur. Und Herr Landes-

hauptmannstellvertreter, hier geht es nicht um die Frage der genossenschaftlichen, der städtischen oder der privaten, das ist die spezifische österreichische (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Steirische!“), noch dazu steirische Struktur, mir geht es hier um die Kompetenz und um die Sachfrage. Nachlesbar, nachweisbar, sofort per 1. Jänner 2000 von mir aus eine Totalöffnung, so wie es dies in England gibt, so wie es dies in Skandinavien gibt. Ich rede jetzt nicht von amerikanischen Fällen, sondern von europäischen Modellen. Raschere Öffnung, und Sie haben das Thema „Telekom“ hergenommen, ein wunderbares Thema. Einen klaren Regulator, der dafür sorgt, daß der Wettbewerb einigermaßen fair abläuft am Markt und keinerlei dirigistische Maßnahmen, was die Gestaltung der Tarife anlangt. Telekom ist ein Musterbeispiel dafür, wie schneller als sonst wo, wenn man sich politisch dazu versteht, es zu Preissenkungen, und zwar auch für den Endverbraucher, für den kleinen Mann kommt. Alles andere hat bisher nicht funktioniert. Und dann hier das Argument vorzubringen, und gerade aus Ihrem Munde ist das – Sie gestatten mir diese Bemerkung – fast ein Anflug, ich bin jetzt sehr vorsichtig, von Polemik. Wir haben ja keinen Markt. Hätten wir ihn zugelassen, würden wir ihn zulassen, dann hätten wir dieses Problem nicht, daß natürlich die, die zugelassene Kunden sind, die sich einen freien Lieferanten aussuchen können, jetzt dieses Spiel der Verhandlungen ausgenützt haben und sozusagen mit dem Hinweis, na ja, die Bayernwerke und die, die, die – die Ausländer – liefern billiger herein, deshalb muß du auch runtergehen, na, selbstverständlich. Ich habe da kein Problem für diesen einen Vorschlag, für diesen einen Ansatz, den Markt ganz zu deregulieren. Aber jetzt sage ich Ihnen folgendes, und das wissen Sie, und da meine ich, sollten wir es doch dabei belassen, daß in der Politik auch ein bißchen um die Ecke gedacht wird: Was verursachen diese Preissenkungen etwa in den Bereichen der rund 70 steirischen Betriebe, die hier tätig sind. Die Frage möchte ich beantwortet haben. Wie sieht es aus etwa mit der Dividende, die wir jetzt im heutigen Budget, das dem Landtag zugewiesen und auf Regierungsebene beschlossen wurde, mit 150 Millionen Schilling für 2000 festgelegt haben – eine Einnahme im Landesbudget in der Größenordnung von 150 Millionen Schilling für den Landeshaushalt. Ich frage, wie sieht es aus? Ist alles möglich? Ist sozusagen diese eierlegende Wollmilchsau in dem Bereich möglich? Ist es möglich, Strukturen so zu verändern, so sachte zu verändern, so human zu verändern, daß es zu keinen größeren Freisetzungen kommt? Ich frage das. Ich weiß es nicht. Ich möchte diese Antworten von den Verantwortlichen haben. Ich möchte auch die Frage beantwortet haben, was in jenen Kommunen passiert, wenn man die 3prozentige Benützungsabgabe aussetzt – sie muß ja nicht eingehoben werden, denn sie ist eine freiwillige, das ist eine Kann-Bestimmung, weil das bekanntermaßen, und das weiß keiner besser als der ehemalige Generaldirektor der Grazer Stadtwerke, er hat gelitten darunter, ich weiß das, er hat das immer wieder kritisiert, eine steuerschonende Dividendenzahlung an den Eigentümer ist – zahlen im übrigen nur die im öffentlichen Eigentum befindlichen kommunalen Betriebe, niemand anderer. Ich bin dafür, schaffen wir es

ab. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Die Privaten lukrieren alles ohne Steuern. Mit den Privaten werdet ihr keine Probleme bekommen!“)

Diese Benützungsabgabe, Herr Landeshauptmannstellvertreter, als steuerschonende Dividende ist eine Einnahme auf der Seite der Kommunen. Die Quersubventionierung überhöhter Strom-, Fernwärme- und Gaspreise ist sozusagen ein Ersatz für die Subventionierung durch die öffentlichen Hände. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Jetzt bin ich wieder einer Meinung mit dir. In einem liberalisierten Markt gibt es das nicht, es ist vorbei!“) Herr Landeshauptmannstellvertreter, ich weiß das. Sie brauchen mich nicht unterbrechen. Zu Ende gedacht, heißt das, es muß wer zahlen. Ich will nur auf das hinaus. Es muß diese Verantwortung, diese Mittel dann aufzubringen, weil es nicht geht, die Verkehrsbetriebe in ihren Tarifen zu erhöhen oder die Freizeitbetriebe in ihren Tarifen zu erhöhen. Das muß ich dann sagen. Wir machen jetzt die Börse. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Machen Sie, wenn sich die Geschichte beruhigt!“) Herr Landeshauptmannstellvertreter, ich habe Ihnen sehr genau zugehört, habe auch den anderen Debattenrednern zugehört, bleibe aber dabei, und dankenswerterweise hat mich Herr Klubobmann ja zitiert, daß der beste, der effizienteste, der gerechteste Preissenker, der schnellste Preissenker – bekanntermaßen Modell Telekom – auch im Energiebereich für den kleinen Mann eine raschere Öffnung ist. (Abg. Dr. Flecker: „Das geht nicht!“) Wieso geht das nicht? Da bekommst du dann eine Lektion von deinem Parteiobmann, das kann ich dir sagen. Da bekommst du eine Stunde Aufklärung für den Klubobmann der SPÖ durch den Parteiobmann. Ich glaube, das ist geklärt, daß diese Form der Öffnung dazu führt, daß es eben auch dort gerechte, niedrige Preise gibt und nicht nur die Großen von dieser Öffnung partizipieren. Ich mache Sie aufmerksam, genau dieses langsamere Öffnen, damit es zu keinen Komplikationen in den Strukturen kommt, und zwar nicht nur bei den Privaten, deren Schutzherrn wir nicht sind. Dieses Öffnen bringt auch diese Preisreduktionen. Jawohl, da sind wir einer Meinung. Ich komme zu einem Angebot, das ich mir wirklich überlegt habe, Herr Landeshauptmannstellvertreter, zu einem sehr ernstem Angebot. Ich habe mir das überlegt, weil ich auch hier Gefahr laufe, natürlich mißinterpretiert zu werden, auch politisch, parteipolitisch ausgenützt zu werden. Ich sage das ganz bewußt dazu, daß ich das nicht will. Ich meine es sehr, sehr ernst. Ich nehme mir das auch heraus, und Sie werden, vor allem durch Ihre Parteiaussendungen, zwischen der Frau Landeshauptmann, zwischen dem Klubobmann und zwischen dem Parteisekretär keinen Spalt hineintreiben. Wir sind uns in dieser Frage sehr einig und abgestimmt. Aber eines möchte ich Ihnen anbieten, persönlich als Herbert Paierl: Wenn es Ihnen mit Ihren Methoden gelingt, die ich ablehne, weil ich habe eine andere Methode, die Sie kennen, eine 15prozentige Strompreissenkung, die gerecht ist, das unterschreibe ich auch, da bekommen Sie sozusagen eine Unterschrift auf Ihr Plakat von mir, für alle Regionen, in allen Bereichen, in allen Tarifbereichen, wohl-gemerkt, nicht nur beim Haushaltstarif, sondern auch beim Gewerbetarif, der der höchste ist, der Klein-

gewerbetarif, der der höchste ist, Landwirtschaftstarif, der auch gesenkt werden muß, per 1. Jänner 2000, und nur das gilt, weil da haben Sie sozusagen eine Produkthaftung, und hier zitiere ich den Chefredakteurstellvertreter Griess aus einem Kommentar, das ist richtig, und nicht schwindeln und sagen, das könnten wir nachher tun, Schritt für Schritt für alle Gruppen und für alle Regionen, mit der Vorgangsweise zustandebringen, die Sie gewählt haben, dann wähle ich Sie. Aber nicht schwindeln. Das ist eine Art politische Produkthaftung, das ist ein anderer Stil von Politik. Sie haben heute davon gesprochen. Das muß man jetzt einfordern. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Wegen der einen Stimme soll ich mich darauf einlassen?“) Ich würde da nicht zu überheblich sein, denn zum Schluß kommt es auf die eine an. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 18.45 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Schrittwieser. Er hat das Wort.

**Abg. Schrittwieser (18.45 Uhr):** Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich möchte versuchen, nicht wie mein Kollege Lopatka, die Dinge so anzusprechen, wie sie sind, meine Damen und Herren. Es haben jetzt schon hohe Vertreter der ÖVP und der Freiheitlichen Partei, Herr Landesrat Paierl, Herr Lopatka, auch Herr Landesrat Schmid, über diesen Strompreis gesprochen. Was mich aber wundert, ist, und es ist die Ernsthaftigkeit anscheinend, mit der man an diese Strompreissenkung herangeht. Der Herr Landeshauptmann hat in seiner Beantwortung der Fragen einen Vorschlag gemacht, wo er gesagt hat, wir können diese sozial gestaffelte Strompreissenkung so vornehmen, daß wir zum Beispiel 350 Kilowattstunden umsonst abgeben und daher jene, die nicht so einen hohen Stromverbrauch haben, aber sich relativ schwer tun, ihre Lebenshaltungskosten zu finanzieren. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Die Stadtwerke Bruck an der Mur und Kapfenberg hindert niemand daran, es zu tun!“) Kollege Paierl, ich komme noch zu dir, ich habe mir soviel aufgeschrieben. Kollege Paierl, der Herr Landeshauptmann hat heute sehr deutlich hier einen Vorschlag gemacht, und die anderen Parteien, die sagen, das ist ihnen so wichtig und so ernst, sind überhaupt nicht auf diese Frage eingegangen. Da muß ich euch schon ersuchen, daß ihr darüber nachdenkt und eine Stellungnahme darüber abgibt, ob für euch dies ein möglicher Weg ist oder nicht. Weil nur zu kritisieren und zu sagen, das geht nicht, oder am Trittbrett mitzufahren, wird in dieser Frage nicht ausreichend sein. Und beim Kollegen Paierl ist es ja ganz einfach, da wissen wir es. Er ist ein Vertreter der Gewinnmaximierer, er ist ein Vertreter der Gewinnbosse. Er kennt das ganze Metier, und er ist auch ein Vertreter der privaten Stromlieferanten und -erzeuger. Und die Frau Landeshauptmann schützt da diese mit, weil sie sagen, da greifen wir nichts an, das ist unser Klientel, die sollen weiter uneingeschränkt ihre Gewinne, ohnedies daß sie diese Benützungsabgabe zahlen, einstreifen, da tun wir nichts. Aber jetzt schicken wir den Parteisekretär aus und sagen wir okay, jetzt gehen wir in die SPÖ-Städte und werden dort eine Besudelungskampagne starten,

meine Damen und Herren, die für mich auf das Schärfste zurückzuweisen ist. Alle diese Tarife, die in diesen Städten verlangt werden, sind Beschlüsse, wo die Österreichische Volkspartei überall ihre Zustimmung gegeben hat, wo sie gemeinsam diese festgelegt haben, und jetzt machen wir eine Aussendung und machen Vorhaltungen, die völlig daneben sind. Ich sage euch ein Beispiel, da wird auf einem Flugblatt in diesen SPÖ-Gemeinden darauf hingewiesen, daß beim Landeshauptmann Schachner – leider habt ihr keinen Parteivorsitzenden, der 15 Jahre Generaldirektor war, das ist nicht gelungen, aber 55 Prozent in 15 Jahren ist der Strompreis gestiegen. Furchtbar! Meine Damen und Herren, das war von 1974 bis 1989. Das macht ungefähr 3,5 Prozent im Schnitt aus. Und wenn ich mir das damals anschau, war die Inflation mehr wie doppelt so hoch. Das heißt, in dieser Situation und in dieser Darstellung ist es eine völlig falsche Darstellung, und ist nur eine Polemik gegen die SPÖ, die gesagt hat, wir wollen, wenn die Frau Landeshauptmann, die diesen Preis verordnen kann, nicht aktiv wird, diesen Strompreis senken. Und das, meine Damen und Herren, ist eine Politik, die wir ablehnen, wenn mit solchen polemischen Vorhaltungen man dann in die SPÖ-Gemeinden geht und glaubt, hier politisches Kleingeld zu holen. Ihr habt es gesehen am letzten Sonntag, das geht dort nicht. Dort ist man gewohnt, sachliche Politik, die Dinge auf den Tisch legen, auszudiskutieren und dann machen.

Das nächste, das beste, was oben steht, wie ich das gelesen habe, habe ich gesagt, das gibt es gar nicht, daß das wer machen kann. „Rechnungshof klagt an: 600 Millionen Liter Wasser verschwunden.“ Furchtbar! Da werden die Leitungen wahrscheinlich hin sein, daß es versickert. Dann muß man es herrichten. Das stimmt alles. Ich glaube, das wird man auch machen. Aber was ihr dann noch dazugeschrieben habt, weil ich nehme ja nicht an, daß die Leobner diese 600 Millionen Liter Wasser, wenn die Leitung nicht hin gewesen wäre, zusätzlich getrunken haben. Das werden sie nicht schaffen. Aber da drinnen steht: „Die Prüfer deckten auf, daß über die Jahre hinweg mehr als 20 Prozent Gesamtabgabemenge Wasser einfach verschwunden sind. 600 Millionen Liter allein in einem Jahr. So entgingen den Leobner Stadtwerken Einnahmen in Millionenhöhe.“ Meine Damen und Herren, ich habe noch nie gesehen, wenn ein Wasser versickert, daß wer dafür bezahlt, und wenn es nicht versickert, 600 Millionen werden sie nicht mehr getrunken haben. Also auch hier reine Polemik, und das zieht sich durch das ganze Flugblatt. Das ist genauso ernsthaft, wie die Frau Landeshauptmann aufgesprungen ist auf unsere Forderungen und die Benützungsabgabe. Und in einem Zwischenruf hat es der Herr Landeshauptmann gesagt. Die ist nicht mehr EU-konform. Die wird auch auf die Dauer nicht zu halten sein. Es wird viele Dinge künftig geben, die man umgestalten wird müssen, die man anders regeln wird müssen, weil sie nicht den dementsprechenden Vorschriften entsprechen oder EU-Konformität nicht vorhanden ist. Und ich sage euch noch etwas dazu. Über die Gemeinden macht euch bitte keine Sorgen. Ich möchte jetzt einen ÖVP-Abgeordneten hier oder auch FPÖ-Abgeordneten, der während der letzten Zeit dieser Strompreissenkung auch mit den Beschäftigten dieser Stadtwerke diskutiert hat. Gibt es jemanden?

Ich würde bitte, wenn er sich meldet. Dann können wir miteinander ein bißchen diskutieren. Ich habe mich der Mühe unterzogen. Ich bin bei den Stadtwerkebediensteten gewesen, weil dort auch Polemik gemacht wurde von der ÖVP mit diesen Rundschreiben und habe mich mit dieser Sache ernsthaft auseinandergesetzt. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Kannst du kurz erzählen, was du dort gesagt hast!“) Jawohl! Ich werde dir das erzählen. Ich werde schon dazu kommen. Ich habe mich dieser Mühe unterzogen. Ich sehe keinen zweiten, daß er das auch gemacht hat. Jawohl, sie haben Ängste gehabt, daß sie gesagt haben, wenn wir 15 Prozent Stromnachlaß hier geben müssen und nicht von der Liberalisierung des Strommarktes auch profitieren, ist das eine schwierige Situation. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Das hast du ihnen zugesagt!“) Aber, meine Damen und Herren, ich habe Ihnen auch gesagt, daß sich auch die Vorstände dieser Stadtwerke und kommunalen Betriebe etwas einfallen lassen müssen und sich – das ist in der Zwischenzeit ja passiert – zu einer Einkaufsgemeinschaft zusammenschließen, was sie dann natürlich mit denen, wo sie Energie zukaufen, diesen Nachlaß ausverhandeln müssen. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „So habt ihr es beim Konsum auch gemacht!“) Aber das beste ist, wenn ich hergehe und sage, es gibt überhaupt keine Möglichkeit, und der Landesrat Paierl, der bei 100 Millionen Nachlaß bei der Industrie geschwiegen hat, hat sofort bei den privaten Haushalten, wenn die ein paar Schilling bekommen sollten, gesagt, 1000 Arbeitsplätze sind sofort gefährdet. Meine Damen und Herren, ein Manager, dem nur einfällt, aber bei der STEWEAG hast du es uns ja vorgeführt, wie man Tausende Arbeitsplätze abbaut, die haben nicht sehr viel am Kasten, wenn sie nach einem Tag, wenn sie hören, der Strompreis soll gesenkt werden, gleich sagen, 1000 Arbeitsplätze sind gefährdet, meine Damen und Herren. Das ist eine Sache, wo wir wirklich darum ersuchen, meine Damen und Herren, daß wir diese so wichtige Sache – jetzt mag es sein, daß für den einen oder anderen das nicht eine entscheidende Frage ist, aber ich habe es schon mehrfach gesagt und sage es heute wieder, es gibt eine Reihe von Menschen in Hunderttausenden, die oft nicht mehr in der Lage sind, ihren Lebensunterhalt, ihre wichtigsten Ausgaben für das tägliche Leben bestreiten zu können. Und wenn man das weiß, meine Damen und Herren, dann ist man – und ich gebe auch zu, vielleicht haben wir eine Zeit lang oder zu lange diesen Tatbestand zu wenig beachtet. Aber wenn wir wissen, daß der Zustand unerträglich wird, dann – meine Damen und Herren – ist es legitim. Und meine Damen und Herren von der ÖVP, es tut mir leid, daß es euch nicht vor uns eingefallen ist. Aber ich hätte mir dann erwartet, wenn man ein so ernsthaftes Thema angeht, daß man nicht mit solchen Polemiken, wie ich sie hier zitiert habe, reagiert, sondern daß man auch hergeht und sagt, ich mache auch Vorschläge, wie wir zur Senkung des Strompreises kommen. Die habe ich bis heute vermißt, und daher betrachte ich das als eine nicht ernsthafte Behandlung des ernstesten Themas, und ich lade Sie ein, künftig ernsthafter mit uns sich auseinanderzusetzen, dann werden wir, und es wird von uns erwartet in der Politik, hier eine Kostenbelastung zumindest verringern, daß es künftig leichter ist, hier diese Kosten aufzubringen, denn es gibt noch immer

viele Menschen, die am Existenzminimum leben. Das ist auch nichts Erfreuliches, und man muß sie bei der Preisgestaltung beachten. (Beifall bei der SPÖ. – 18.56 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Nunmehr erteile ich der Frau Klubobfrau Magda Bleckmann das Wort.

**Abg. Mag. Bleckmann (18.56 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Es freut mich, daß sich SPÖ und ÖVP bei uns bedankt haben, daß wir die Dringliche Anfrage eingebracht haben. Als Klubobmann Flecker sich bedankt hat, hat er selbst auch schon lachen müssen. Für uns ist es wichtig, daß wir uns nicht ins Gespräch bringen, sondern daß das, was Sie alles versprechen, plakatieren und verkünden, auch in die Tat umgesetzt wird und all die Versprechen, die Sie machen, auch eingehalten werden können. Deshalb ist diese Dringliche für uns so wichtig. Ich freue mich, daß wir hier doch den einen oder anderen Erfolg haben werden. Ich frage Sie schon, warum setzt sich die SPÖ denn erst jetzt mit diesem Thema auseinander? Es wurde uns schon sehr viel doziert, und daß die Liberalisierung ansteht, das wissen wir auch schon seit langem. Warum kommt die ÖVP erst jetzt drauf, daß das Dinge sind, die wir für die Bürger verbessern müssen, und beim Strompreis etwas gemacht werden muß. Die Dinge sind wohl auch schon alle sehr lange bekannt. Wenn dann Kollege Lopatka sagt, es freut ihn, daß Jörg Haider das in Kärnten macht, dann freut es mich auch. Aber ich frage, wenn das angeblich die Frau Landeshauptmann schon 1997 verkündet hat, warum ist bis 1999 nichts passiert? Warum ist dann erst jetzt ein Brief geschrieben worden, wie in Kärnten das Thema aktuell geworden ist? Es ist sehr heiß diskutiert worden, und wir haben Ihnen die Möglichkeit dazu gegeben, hier Ihre Schaumschlägerei zu betreiben. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Das ist eine Unterstellung!“) Denn das ist es, was Sie heute gemacht haben. Wenn ich mir anschau, wie ernst Sie das Thema wirklich nehmen, dann hat man es ja gesehen, wie sich Landeshauptfrau und Landeshauptmannstellvertreter unterhalten haben. Zuerst – wer es beobachtet hat – haben die beiden ihre Anfragen ausgetauscht und gegenseitig geschaut, was der andere sagen wird. Dann hat man sich bei der Beantwortung zwischendrin ein bißchen eine drübergegeben, weil der Wahlkampf ausgebrochen ist. Nachdem das vorbei war, haben sich die beiden dann bestens unterhalten, nett geplaudert, gelächelt, und ach, es ist alles so lustig, und das Thema ist so nett. Ich weiß zwar nicht, worüber sie sich unterhalten haben, auf jeden Fall haben sie nicht mehr zugehört. Das ist die Art und Weise, wie sie miteinander reden. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Daß wir trotzdem höflich miteinander umgehen, das ist wohl eine Selbstverständlichkeit. Wenn Sie so etwas unterstellen, das nicht richtig ist, muß man es richtigstellen. Wir sind höflich miteinander umgegangen!“) Für mich geht es darum, wenn Sie meinen, daß Höflichkeiten ausgetauscht werden, wie ernst man dieses Thema nimmt. Wie ernst man es nimmt, wenn jemand am Pult steht und seine Meinung kundtut. Wenn sich auf der Regie-

rungsbank alle miteinander unterhalten – und das bitte mit lautem Lachen und Haha und Hihi –, dann verstehe ich das nicht. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Daran kann ich mich nicht erinnern!“) Oh, Sie können sich nicht mehr erinnern. Ich habe Sie beobachtet. Mir war nämlich wirklich wichtig, wie Sie sich hier verhalten, ob jetzt bei Ihnen Ernst dahinter ist oder nicht. Wie ich mir das angeschaut habe, wie Sie reagiert haben, vor allem Sie, Herr Landeshauptmannstellvertreter, so mußte ich einfach feststellen, daß für mich da nicht so viel dahintersteckt. Ich habe es so gesehen. Sie meinen das wahrscheinlich anders. Wenn man sich bei diesem Thema lustig macht und lacht, auch wie der Kollege Lopatka das gemacht hat, dann nimmt man in meinen Augen dieses Thema nicht sehr ernst. Für mich jedenfalls ist dieses Thema zu ernst. Wir haben mit vielen Leuten Gespräche geführt und wissen, daß es hier Leute gibt, die sich mit 9000 Schilling Pension den Strom, die Kanalabgaben beziehungsweise die Kanalanschlußgebühren nicht mehr leisten können. Und genau diesen gilt es zu helfen. Das, was Sie heute gemacht haben, war nur Schaumschlägerei, denn von Ihrer Seite her hat es keinen einzigen konkreten Vorschlag gegeben, etwas zu tun. (Abg. Purr: „So wie von Ihnen!“) Wir haben unseren Beschlußantrag dazu eingebracht. Wir werden sehen, wo jeder von euch und von Ihnen zustimmen wird und wo nicht. Das wird für uns sehr spannend werden, ob Sie nur versprochen haben oder ob wir doch Mehrheiten finden werden, wenn es darum geht, für die Bürger einiges durchzusetzen und Reduzierungen durchzuführen. Das sind alles Dinge, die wir schon so lange eingebracht haben. Wenn wir vom Kanal sprechen, so halte ich fest, daß der Herr Landeshauptmannstellvertreter uns nichts Neues erzählt hat. Wir bringen das seit drei Jahren in alle Verhandlungen ein. Aber was findet statt? Die Verhandlungen möglichst nicht stattfinden lassen, möglichst alles verschieben, möglichst nicht darüber reden, sondern nur die EU-Anpassung machen. Das, was eigentlich wichtig wäre, das passiert nicht. Und das fünf Jahre lang. (Beifall bei der FPÖ.)

Unser Kollege Chibidziura, der heute nicht mehr hier sitzt, hat sich schon dafür eingesetzt, daß es die dezentralen Kläranlagen gibt. Das ist genau das, von dem Sie gesprochen haben, Herr Landeshauptmannstellvertreter, daß es hier so lange Kanäle gibt und daß das Idiotie ist. Dafür hat er sich immer wieder eingesetzt und ist immer wieder von euren Bürgermeistern behindert worden, daß es dezentrale Anlagen gibt, was für die Bürger billiger gewesen wäre.

Das ist immer wieder verhindert worden, weil Lobbies dahinterstehen, die von eurer Seite unterstützt werden. Da, wo es möglich ist, helft ihr nicht. (Abg. Majcen: „Besser muß es sein, das ist wichtig!“) So ist es, wie es wirklich stattfindet. Die Möglichkeiten wären alle da gewesen, all das zu verändern. Ihr hättet mit uns immer die Mehrheiten gehabt, nur der Wille war leider nicht vorhanden, zu verändern. Jetzt hat man erkannt, daß das ein großes Thema ist, mit dem man Wahlen gewinnen kann. Deshalb wird es plakatiert und an Werbewände geworfen. Es ist eine gute Abschreibübung – Gratulation dazu. Nochmals: Wenn Sie es wirklich gewollt hätten, hätten Sie die Strompreisreduzierung schon seit sehr langer Zeit machen können, denn es liegt auch bei den anderen Be-

reichen, die wir auch einfordern, im Kompetenzbereich der Gemeindereferenten, wirklich etwas zu tun. Wir fordern all diese Versprechen, die Sie auch verkündet haben, ein, damit nicht „außer Spesen nichts gewesen“ ist. Ihnen wäre am liebsten gewesen, daß wir über diese Dinge überhaupt nicht abstimmen, so wie Sie das ja letztes Mal schon verhindert haben, daß wir über die Strompreisreduzierung abgestimmt haben. Es wäre auch schön gewesen, wenn man schon sagt, es ist so wichtig, etwas für die Bürger zu tun, zum Beispiel auch durch diese ganzen Plakatserien, die jetzt gestartet wurden, dann auch den Bürgern zugute kommen zu lassen. Das wäre eine schöne Aktion gewesen. Aber das ist natürlich nicht wichtig. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Aber eure Plakate sind gratis!“) Wir haben dazu kein Plakat gemacht, weil wir diese Gelder nicht dafür ausgeben, sondern uns schon bemühen, für unsere Bürger etwas zu machen. Es ist okay. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Dazu nicht, weil ihr zu spät seid!“) Wir sind nicht zu spät. In Kärnten haben wir gezeigt, wie es geht. Dort stellen wir den Landeshauptmann und haben die Möglichkeit, etwas zu tun, und tun es auch. Wo es unsere Kompetenz ist, tun wir es – innerhalb von drei Monaten. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Weil ihr zu spät seid, könnt ihr nicht die anderen beschuldigen!“) Nein, keine Sorge. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Die wichtigsten Themen habt ihr verschlafen, und jetzt seid ihr beleidigt!“) Deshalb bringen wir die Anträge ein, damit wir heute Nägel mit Köpfen machen können. Wer heute die ganze Zeit beleidigt war, das wären Sie. Sie waren gekränkt, weil es über Sie eine Aussendung gegeben hat. Nein, das ist keine Kränkung. Ich habe gehört, das ist künstliche Aufregung. Sind Sie schon wieder künstlich erregt, Herr Landeshauptmannstellvertreter? (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Wegen Ihnen bin ich überhaupt nicht erregt! Ihr ward zu spät dran!“) Ich habe kein Problem, wer zu spät dran ist oder auch nicht. Ich bin froh, wenn es gemacht wird. Uns geht es darum, daß für die Bürger etwas gemacht wird, weshalb wir den Antrag einbringen. Wir werden Sie auch daran messen, ob es zu 15 oder 30 Prozent kommen wird. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Wir euch aber auch!“) Wir werden Sie immer wieder daran erinnern, vielleicht auch dann, wenn Sie es nicht mehr hören wollen, daß Sie das einmal gefordert haben, weil es dann halt doch nicht gelingt. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Ihr seid so spät dran!“) Dabei ist uns egal, ob das von Ihnen, von den Grünen oder von jemand anderem kommt. Hauptsache es wird durchgeführt. Das ist nämlich das Wichtigste. Deshalb werden wir auch dem Beschlußantrag von Ihnen zustimmen – es ist zwar unsere Idee gewesen, aber ist nur konsequent. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Kollege Schmid hat etwas anderes beantragt, das was wir beantragt haben, hat er noch nicht beantragt!“) Wir stimmen Ihrem Beschlußantrag zu, weil es ist wichtig, daß es gemacht wird und daß wir auch Gelder dafür bekommen. Denn das ist das Wichtige. Hauptsache, wir werden alle an unseren Leistungen gemessen. Haken wir den Strom ab, denn so wie es klingt, haben wir den Punkt Strom

schon erledigt. Es wollen alle, wo kann es dann nur noch scheitern? Wenn es scheitert, was ich nicht glaube, weil wir alle gemeinsam diesen Antrag beschließen, kann es nur daran liegen, daß sich entweder die Politik dann nicht durchsetzt oder irgendwas anderes Schreckliches passiert. Deshalb, Strom können wir im Land abhaken. Wie sich dann Ihre Kommunen von ÖVP und SPÖ verhalten, werden wir dann sehen, wenn es darum geht, wirklich Nägel mit Köpfen zu machen. Wir haben schon den einen oder anderen Widerstand vernommen. Wir werden sehen, ob Sie sich hier durchsetzen können, ob Sie das durchtragen können. Denn wie es um die Bürgermeistergehälter ging, hat es ruckzuck funktioniert. Wenn es dann um die Strompreisreduzierung für die Bürger geht, dauert es etwas länger. Der nächste Schritt sind die Gebührensenkungen für die Bürger. Da bin ich gespannt, ob Sie mit unserem Antrag mitgehen werden, denn es haben wirklich horrende Erhöhungen stattgefunden. Das haben auch Sie in all Ihrer Verantwortung gemacht. Wenn sich dann der Kollege Lopatka verabschiedet und sagt, für das Wasser kann er nichts, das hat alles der Stingl gemacht und überhaupt für die ganzen Geschichten in der Stadt, das ist halt alles passiert, dann kann er sich auch nicht so einfach aus dieser Verantwortung stehlen, denn die ÖVP sitzt in der Stadtregierung. Lange auch in einer Koalition mit der SPÖ, also insofern kann man sich hier nicht verabschieden und sagen, das geht mich alles nichts an. Gerade Graz ist in bezug auf die Gebühren großer Vorreiter. Und auch da wird es Zeit, für die Bürger Entlastungen herbeizuführen. Wir sagen, daß für uns die Bürger am wichtigsten sind, und eben nicht, daß man noch mehr Geld ins Gemeindegeld hineinbringen kann. Deshalb bringen wir auch unseren Antrag ein, denn uns geht es auch darum, daß aufgezeigt wird, als wir die Senkung der Wohnnebenkosten verlangt haben, daß sich keiner mit dem Ohrwaschl gerührt hat, als wir den Wohnnebenkostenhärteausgleichsfonds verlangt haben, mit dem genau denen, von denen die SPÖ immer spricht, geholfen werden könnte, die sich die Wohnnebenkosten nicht mehr leisten können. Da gibt es wirklich schlimme Fälle. Dieser Fonds, hat es geheißt, war nicht mehr notwendig, war nicht mehr erwünscht, und wir haben uns damit zufrieden geben müssen. Jetzt auf einmal ist das alles möglich. Es ist schön, wenn es möglich ist, und wir freuen uns darüber. Sie haben wirklich die Chance, für die Bürger die Maßnahmen zu setzen, von denen Sie immer sprechen. Denn während Sie plakätieren, viel reden, viel verhandeln und viel miteinander plaudern, handeln die Freiheitlichen. Wir haben im Wohnbaubereich schon sehr viel gemacht. Das haben wir auch gemeinsam gemacht – nur die Ideen kamen schon auch hier von uns. Wir haben es nur nicht an die große Glocke gehängt. Verkauft haben es auch andere, auch kein Problem. Uns ist wichtig, daß wir handeln und daß was im Land passiert. Und daß wir auch all die Dinge, die wir dann hoffentlich auch gemeinsam machen werden, durchsetzen. Wir stellen einen zweiten Unselbständigen Entschließungsantrag, betreffend „Wohnbaumittel für Wohnbau“ zur Abfederung von Härtefällen, denn es geht darum, daß wir wirklich denen helfen, die es auch benötigen, die vorn und hinten auf Grund der Belastungen, die sie haben, nicht mehr zusammenkommen, auf Grund der gerin-

gen Pension oder des geringen Einkommens und der vielen Kinder, die sie haben, nicht mehr den Kanal, den Müll, den Strom bezahlen können. Deshalb stellen wir den Antrag:

Die Landesregierung wird aufgefordert, in Anbetracht der Tatsache, daß es im Bereich der Wohnnebenkosten häufig zu Härtefällen kommt, umgehend jene 300 Millionen Schilling, welche bei Beschlußfassung der Budgets 1998/99 dem Wohnbauressort entzogen wurden, wieder an dieses zurückfließen zu lassen, um diese Mittel künftig wieder ausschließlich dem Wohnbaubereich zugute kommen zu lassen, damit wir mit Mitteln all diese Bereiche und die Wohnnebenkosten senken können.

Und nachdem ich gehört habe, daß hier schon die eine oder andere Fraktion zustimmen wird, freue ich mich schon sehr darauf, daß wir auch wirklich effektiv den Bürgern helfen können. Ich habe auch überhaupt kein Problem, wenn wir mit dem ÖVP-Antrag mitgehen werden und auch diesen unterstützen. Hauptsache, etwas passiert. Das ist zwar ein bißchen spät, da die Studie auch schon teilweise vorliegt, und wir die Angelegenheit mit dem Strom sicher konkreter beantragt haben, aber Hauptsache, es passiert. Wir sind uns nicht zu schön, daß wir hier mitgehen, damit Taten gesetzt werden, denn Taten statt Worte, das ist unsere Devise. (Beifall bei der FPÖ. – 19.11 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Nunmehr ist der Herr Abgeordnete und Klubobmann Schützenhöfer am Wort, nach ihm als vorläufig letzter dieser Diskussionsrunde der Herr Abgeordnete Grabner.

**Abg. Schützenhöfer (19.12 Uhr):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Bei allen Unterschieden, die hier zutage getreten sind, gibt es offenbar Übereinstimmung, daß es im Zuge der Liberalisierung des Strommarktes eine spürbare Senkung des Stromtarifes geben muß. Wir alle sagen, das ist drinnen, das muß drinnen sein, und wir haben es heute endgültig außer Streit gestellt. Ich möchte mich jetzt auf die Frage, die stundenlang dieses Haus beschäftigt hat, wer denn sozusagen den Ball abgeschossen hat, nicht näher einlassen. Ein Datum aber ist unverrückbar. Und da können Sie die Dinge drehen und wenden, wie Sie wollen. Am 19. November 1997, keinen Tag früher und keinen Tag später, hat die Frau Landeshauptmann in einem Sieben-Punkte-Programm nichts anderes gesagt, als daß sie im Zuge der ESTAG-Privatisierung eine Strompreissenkung für die Haushalte zur Bedingung macht, und es ist gut, daß nun mehr als eineinhalb Jahre später die SPÖ und andere Parteien mittun, sie plakätieren aber später, und sie plakätieren erst jetzt. Es ist in Wahrheit ein alter Hut, und sie springen auf den fahrenden Zug auf. Aber jedenfalls: Sie wollen es auch, und wir wollen es alle. (Beifall bei der ÖVP.)

Zweiter Punkt: Meine Damen und Herren, auch das möchte ich sagen. Seien wir uns doch darum einig, daß es um eine nachhaltige Entlastung der Konsumenten geht. Aber versuchen wir doch letztlich uns gegenseitig davor zu bewahren, daß wir bis zur Lächerlichkeit lizitieren. 15 Prozent, 40 Prozent, 50 Prozent. Ich warte – 30 Prozent – meine Damen und Herren, noch auf den Nulltarif. Und wissen Sie, genau dieser Punkt

ist es, und ich habe dem Schrittwieser gut zugehört, und er hat in manchen Dingen, was die sozial Schwächeren anlangt, recht, aber genau dieser Punkt ist es, der der Sache die Ernsthaftigkeit, die Glaubwürdigkeit nimmt. Einigen wir uns doch darauf, ordentlich und verantwortungsvoll zu senken und gemeinsam nicht locker zu lassen. Aber hören wir auf, so zu lizitieren, daß wir dem Wähler in Wahrheit nicht mehr ins Auge schauen können.

Und, dritter Punkt, meine Damen und Herren! Ich sage es noch einmal, entscheidend ist die Senkung der Betriebskosten insgesamt. Müllabfuhr, Gas, Wasser, Strompreise sind vor allem in den Städten unerträglich hoch geworden, die Betriebskosten also nachhaltig zu senken, bleibt und ist die Politik von Landeshauptmann Waltraud Klasnic, die eben darauf ausgerichtet ist, nicht durch großspurige Ankündigungen aufzufallen, sondern den Familien und damit den sozial Schwächeren im Lande wirksam zu helfen. Es braucht nicht klargestellt werden, wer in diesem Lande wirklich für die kleinen Leute sich einsetzt, denn das ist ohnehin unverrückbar. Aber offensichtlich versuchen Sie deshalb links und rechts zu überholen, damit Sie davon ablenken können. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich möchte die SPÖ auffordern, jetzt sozusagen von der Überschriftenpolitik in die inhaltliche Debatte einzutreten und nicht stundenlang, Herr Landeshauptmannstellvertreter, ich sage es Ihnen in Ruhe und Gelassenheit, aber mit Deutlichkeit, ich habe mich ein bißchen gewundert, daß Sie sich von Wortmeldung zu Wortmeldung da über Postkarten aufregen können. Haben Sie die Postkarten, deren Absender wir offensichtlich alle nicht kennen, auch gesehen, in bezug etwa auf die Frau Landeshauptmann, mit menschenverachtenden Inhalten. Ich hoffe, wir sind uns einig, daß wir diesen Stil alle zurückweisen, meine Damen und Herren. (Abg. Vollmann: „Wir haben Sie nicht in die Briefkasten geworfen!“) Ist in Ordnung. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Ihr habt das eh der Staatsanwaltschaft übergeben. Wir haben die Postkarten nicht verschickt. Das ist nicht unser Stil. Das ist eine Unterstellung!“) Die Staatsanwaltschaft ist, wie ich erwartet habe, zu keinem Ergebnis gekommen. Ich hoffe, daß wir uns in diesem Hause einig sind, daß wir diese Dinge mit aller Entschiedenheit zurückweisen. Auf das wollte ich hinweisen, weil das heute aufgeworfen wurde. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Ich habe das für eine ganz miese Geschichte gehalten!“) Das, was Sie hier vergleichen wollen, ist unvergleichbar. Ich sage daher noch einmal: Sie haben ein breites Feld zur Senkung der Betriebskosten durchzusetzen, denn in den Städten, insbesondere in den großen Städten, sind alle diese Abgaben zu hoch. (Abg. Kröpfl: „Nehmen Sie das Wort alle ernst und sagen Sie es auch Ihrem Landesrat Hirschmann, der in der Obersteiermark Bürgermeister denunziert!“) Sie haben heute mehrfach vom Benützungsgesetz gesprochen. Ich habe mich gewundert, daß die SPÖ, nach der großspurigen Ankündigung ihres Klubobmannes, eine halbe Seite in einer mit Ihnen durchaus befreundeten Tageszeitung, geschaltet hat (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Wer ist die befreundete Tageszeitung, die müssen Sie mir zeigen!“), wo es geheißen hat: „Land

empfiehlt Gemeinden Verzicht auf Stromabgabe.“ Ich bringe jetzt einen Entschließungsantrag der Abgeordneten Schützenhöfer, Dr. Lopatka, Purr und Riebenbauer, betreffend Benützungsgesetz, ein. Es wird der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen: Die Landesregierung wird aufgefordert, erstens zu prüfen, in welchem Ausmaß die Gemeinden von der Abgabeneinhebungs-Ermächtigung nach dem Gesetz vom 19. Dezember 1953 über die Einhebung einer Abgabe für die Benützung von öffentlichen Gemeindegrund und des darüber befindlichen Luft-raumes (Benützungsgesetz), LGBl. Nr. 5/1954, in der Fassung LGBl. Nr. 188/1969, Gebrauch machen und ob diese Abgabe tatsächlich zu einer Verteuerung der von den gemeindeeigenen Versorgungsunternehmen angebotenen Leistungen und damit zu einer Erhöhung der Betriebskosten für die Haushalte führt, und zweitens dem Landtag gleichzeitig mit dem Prüfungsergebnis Vorschläge zu einer entsprechenden Novellierung oder Aufhebung dieses Gesetzes mit dem Ziel einer Betriebskostensenkung vorzulegen. Ich ersuche Sie um Zustimmung. (Beifall bei der ÖVP. – 19.20 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Nunmehr hat der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Grabner das Wort.

**Abg. Dipl.-Ing. Grabner (19.20 Uhr):** Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich neige dazu, mich auf die Verlesung unseres Entschließungsantrages zu beschränken, denn die Debatte hat einen etwas eigentümlichen Verlauf genommen. Jeder lädt jeden ein, mit seinen Entschließungsanträgen mitzugehen. Ich kann es mir aber nicht verkneifen, bei dieser Gelegenheit den anderen irgend etwas nachzusagen, was dann dem anderen natürlich den Zugang zu diesen Vorschlägen eher erschwert als erleichtert. Wenn ich jemanden einlade, mit mir einer Meinung zu sein, dann ist es wenig dienlich, ihn vorher zu beschimpfen. Ich möchte in dieses Horn nicht stoßen, aber zur Klarstellung zwei Dinge vorweg – rein als begriffliche Klarstellung – sagen. Lizitieren tut allemal jener, der nach dem Erstgenannten einer Ziffer noch zwei, drei oder vier Zahlen nennt – nur zum sprachlichen Gebrauch. Derjenige, der zuerst sagt, so viel könnte ich mir vorstellen, und das ist bei jedem Kartenspiel so, ist nicht der Lizitier – soweit nur zu diesem. Wenn Kollege Lopatka meint, was kann denn ein Bürger dafür, wenn er dort mehr zahlt als hier, dann sage ich, genau das ist es, was wir auszumerzen haben, indem wir nicht Klassen schaffen, und zwar die einen, die mehr bezahlen müssen, weil sie in Wohnungen wohnen dürfen, die noch billiger sind, und die anderen, die noch nach den ungünstigen früheren Wohnbauförderungsmethoden gefördert worden sind, müssen in teureren Wohnungen wohnen. Machen wir das ein für allemal in einem Modell für alle möglich, daß sie so billig wohnen, wie es nach dem neuen Förderungssystem für einige wenige der Fall ist. Dieser Ansatz ist zwar richtig, aber er ist mir bei weitem zu wenig. Wenn wir wissen, daß wir etwa 460.000 Wohneinheiten in der Steiermark bewohnen, wenn wir wissen, daß an die 200.000 Wohnungen im Miet- oder Eigentumsrecht sind, also für die bezahlt wird, wenn wir wissen, daß nur 80.000 Wohnungen

den Genossenschaften gehören, also geförderte Wohnungen sind, dann wissen wir auch, daß nur etwa 15.000 seit dem Jahr 1993 errichtet worden sind, daß wir also einen sehr, sehr geringen Prozentsatz derer, die in der Steiermark wohnhaft sind, mit unserem neuen kostengünstigen System erreichen. Wir haben allen Anlaß, für alle anderen aktiv zu werden – und das ist unsere Kostensenkungsinitiative schon seit dem Jahr 1996. Wir haben im Jahr 1996 unsere wohnpolitischen Papiere Ihnen allen zugesandt und haben von damals weg eine Reihe von Anträgen gestellt. Ich habe mir eine Liste zusammenstellen lassen, die sieben Seiten umfaßt, wie oft Anträge von uns von der Mehrheit abgelehnt worden sind – soweit nur zur Frau Klubobmann Bleckmann, die einlädt, man hätte ja schon Mehrheiten bilden können. Wir haben es versucht, aber wir sind in unseren Vorschlägen viele Jahre lange immer wieder auf der Strecke geblieben. (Abg. Mag. Bleckmann: „Wann haben Sie einen Antrag eingebracht?“) Frau Kollegin, 10. Juni 1997, ich rede vom Wohnbau, aber natürlich auch von diesen Gebühren. Lesen Sie bitte nach. Hier steht 12. April 1996 – Ausdehnung der Wohnbeihilfe auf die nicht beeinflussbaren Betriebskosten. Selbstverständlich haben wir uns mit dem beschäftigt. Selbstverständlich haben wir uns damit beschäftigt, daß für diese alle nicht die Kreditfalle zuschnappt. Selbstverständlich. Lesen Sie nach, was Sie sagen. (Abg. Mag. Bleckmann: „Lesen Sie nach!“) Seit dem Jahr 1992 sind wir auf dem Kostensenkungssektor initiativ, haben einen Wust von Vorschlägen gemacht, die mindestens ein dutzendmal von Ihnen allen abgelehnt worden sind. Erfreulicherweise sind Sie dann einige Male jeweils nach einer Schrecksekunde von ein bis zwei Jahren mit dem einen oder anderen Vorschlag mitgegangen, wie zuletzt mit jenem Vorschlag, daß wir doch für alle die Wohnbeihilfe brauchen. Erfreulicherweise ist das dann doch gekommen. Ich lade dazu ein, daß wir uns ernsthaft gegenseitig überlegen, wie wir gemeinsam dieses alles anpacken und auch umsetzen können, von dem wir immer schon gesagt haben, das gehört umgesetzt. Wir haben deshalb auch einen Entschließungsantrag zum Wohnbereich eingebracht, der Zinssenkungsmaßnahmen im Wohnungsbereich umfaßt, der lautet:

Der Steiermärkische Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, im Wohnungsbereich zinssenkende Maßnahmen zu setzen oder zu veranlassen, wo sie das selbst nicht kann, wodurch die Wohnbaugenossenschaften angehalten werden, nur die niedrigstmöglichen Zinsen zu verrechnen, um so den Wohnungsaufwand zu senken, und bei ausbezahlten geförderten Wohnungen die Mieten nicht unverändert hoch bleiben, diese auf den Kategoriemietzins zu senken und jedenfalls ab diesem Zeitpunkt auf die Einhebung des Erhaltungs- und Verbesserungsbeitrages zu verzichten. Das sind unserer Meinung nach konkrete Möglichkeiten, vielen in der Steiermark unter den Wohnkosten Stöhnenden zu helfen. Ich lade Sie ein, diesem, unseren Entschließungsantrag beizutreten und ersuche den Herrn Präsidenten, auch den eben eingebrachten Entschließungsantrag der ÖVP gesondert nach Punkten abstimmen zu lassen, weil wir hier doch auch einige Punkte finden, denen wir beitreten können. Danke schön! (Beifall bei der SPÖ. – 19.24 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Meine Damen und Herren, ich habe keine weitere Wortmeldung mehr. Wir kommen somit zu den Abstimmungen, wobei ich darauf hinweisen darf, daß von einigen Fraktionen bei einigen Anträgen der Wunsch geäußert wurde, innerhalb des Antrages punktuell abzustimmen. (Abg. Schützenhöfer: „Herr Präsident! Darf ich auch noch bitten, daß über den Punkt fünf der Anträge des Entschließungsantrages des LIF, betreffend nachhaltige Senkung der Lebenshaltungskosten, die drei Punkte separat abgestimmt werden!“) Jawohl! Mich hat im übrigen gerade Klubobmann Flecker darauf aufmerksam gemacht, daß mit dem Wunsch der sozialistischen Fraktion, bei den ÖVP-Anträgen punktuell abzustimmen, der erste Antrag gemeint war, nämlich die Senkung der Betriebskosten für alle steirischen Haushalte, und nicht der als sechster in der Reihenfolge eingebrachte ÖVP-Antrag. Also ich werde es bei den einzelnen Anträgen vortragen und bitte Sie nun um entsprechende Aufmerksamkeit.

Wir kommen zunächst erstens zum Unselbständigen Entschließungsantrag der freiheitlichen Fraktion dieses Hauses. Er umfaßt insgesamt neun Punkte, und wir werden sie jeweils getrennt zur Abstimmung bringen.

Bitte, Punkt eins dieses Antrages, Reduzierung des Strompreises. Wer diesem Punkt eins zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme des ersten Punktes des Antrages fest.

Punkt zwei, Reduzierung und Vereinheitlichung der Bemessungsgrundlage der Kanalabgaben. Bei Zustimmung bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des zweiten Punktes fest.

Punkt drei, Einführung einer absoluten Obergrenze bei Kanalabgaben. Bei Zustimmung bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme des dritten Punktes fest.

Punkt vier, Befreiung von landwirtschaftlichen Betrieben bis zu einer Hektarbelastung von 1,4 Großvieheinheiten vom Kanalanschlußzwang. Wer diesem Punkt zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme des vierten Punktes fest.

Punkt fünf, Einführung einer Obergrenze bei den Müllgebühren. Bei Zustimmung bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme des fünften Punktes fest.

Punkt sechs, Einführung einer absoluten Obergrenze bei den Wassergebühren. Bei Zustimmung bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme des sechsten Punktes fest.

Punkt sieben, Schaffung eines Wohnnebenkostenhärteausgleichsfonds. Bei Zustimmung bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des siebenten Punktes fest.

Punkt acht, Reduzierung der Gehälter für Bürgermeister und Vorstandsmitglieder auf jene Höhe, die vor Beschlußfassung vom 1. Juli 1997 gegeben war. Bei Zustimmung bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die Ablehnung des achten Punktes fest.

Punkt neun, Abhängigmachung der Vergabe von Bedarfzuweisungen von der Höhe der in den Gemeinden eingehobenen Gebühren. Bei Zustimmung bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die Ablehnung des neunten Punktes fest.

Wir kommen zum zweiten Antrag der freiheitlichen Fraktion. Er begehrt den Rückfluß von insgesamt 300 Millionen Schillingen in den Bereich der Wohnbauförderung beziehungsweise des Wohnbauressorts. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Wir kommen drittens zum Entschließungsantrag der Abgeordneten Mag. Zitz und Dr. Wabl, betreffend die Vergebührung von Mietverträgen. Es sollen nicht-kommerzielle Wohnraumbeisteller und -beistellerinnen von dieser Gebühr befreit werden. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Antrag der ÖVP, betreffend Senkung der Betriebskosten für alle steirischen Haushalte. Wie hier wird die punktuelle Abstimmung der drei Punkte begehrt:

Erstens: Setzung von Maßnahmen, die zu einer raschen spürbaren Strompreissenkung durch die steirischen Stromversorger führen soll. Wer diesem Punkt zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des ersten Punktes fest.

Zweitens: Man möge mit Nachdruck an den Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten herantreten, damit dieser als zuständiges Organ und so weiter sofort jene Maßnahmen trifft, die eine spürbare Strompreissenkung durch die STEWEAG und die Grazer Stadtwerke AG. in die Wege leitet. Bei Zustimmung bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die Ablehnung des zweiten Punktes fest.

Drittens: Es möge eine Studie in Auftrag gegeben werden, die den Vergleich der Betriebskosten in den Gemeinden zum Inhalt hat und solcher die Grundlage für die zu erfolgenden Betriebskostensenkungen werden soll. Bei Zustimmung bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des dritten Punktes fest.

Fünftens, das ist ein Entschließungsantrag der liberalen Fraktion, betreffend die nachhaltige Senkung der Lebenshaltungskosten. Hier wurde vom Kollegen Schützenhöfer namens seiner Fraktion die punktuelle Abstimmung beantragt.

Wir kommen zu Punkt eins, es mögen durch strukturelle Maßnahmen und so weiter, Antikartellgesetz zur Schlagung von Kartellen, Liberalisierung des Gewer-

bes und so weiter der Wettbewerb verbessert werden. Wer diesem Punkt zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die Ablehnung des ersten Punktes fest.

Punkt zwei: Es möge davon Abstand genommen werden, Stromversorgungsunternehmen direkt oder indirekt zu zwingen, betriebswirtschaftlich problematische Strompreissenkungen vorzunehmen und so weiter. Wer diesem Punkt zwei zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Dieser Punkt hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Drittens möge dafür Sorge getragen werden, daß in vom Land beherrschten Unternehmen, wie zum Beispiel der STEWEAG, beabsichtigte betriebswirtschaftlich gerechtfertigte Unternehmensentscheidungen und so weiter, das muß ich vorlesen, wie zum Beispiel die Senkung der Stromkosten für private Haushalte nicht durch parteiproporzmäßig besetzte Vorstände in einer Weise, die das Unternehmen schädigt, einer der beiden Vorstandsproporzparteien zugespült werden. Ich habe es nicht auf einem Blick erfaßt, darum mußte ich es vorlesen. Wer diesem Punkt zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme dieses Punktes fest.

Wir kommen zum sechsten Entschließungsantrag, eingebracht von den Abgeordneten Schützenhöfer, Dr. Lopatka, Purr, Riebenbauer, betreffend Benützungsabgabe-Gesetz. Er umfaßt zwei Punkte, jedoch wurde keine punktuelle Abstimmung beantragt. Bei Zustimmung bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Siebenter und letzter Entschließungsantrag der sozialdemokratischen Fraktion, betreffend zinsenkende Maßnahmen im Wohnungsbereich. Wer diesem Antrag zustimmt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich darf die einstimmige Annahme des Antrages feststellen.

Wir haben somit die Dringliche Anfrage geschäftsordnungsmäßig erledigt, kehren nunmehr zur Tagesordnung zurück. Wir sind bei Punkt

**14. Bericht des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schulen und Kindergärten über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 358/4, zum Beschluß Nr. 875 des Steiermärkischen Landtages vom 20. Oktober 1998 über den Antrag der Abgeordneten Kröpfl, Mag. Erlitz, Beutl, Pußwald und Dipl.-Ing. Getzinger, betreffend die Einführung des Pflichtfaches „Politische Bildung“ ab der 9. Schulstufe in allen Schularten.**

Berichtersteller ist der Herr Abgeordnete Kröpfl. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Kröpfl (19.36 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident!

Ich berichte über den Antrag mit der Einl.-Zahl 358/4. In der 42. Sitzung des Steiermärkischen Landtages vom 20. Oktober 1998 wurde die steiermärkische Landesregierung aufgefordert, erstens an die Bundesregierung mit dem Ersuchen heranzu-

treten, in Anlehnung an das Modell der Berufsinformation und Berufsorientierung in der Pflichtschule und in der Unterstufe der AHS ein Modell für „Politische Bildung“ in der Oberstufe mit einer bestimmten festzulegenden Stundenzahl und einem festgelegten Themenkatalog zu erarbeiten; zweitens an den Landesschulrat mit dem Ersuchen heranzutreten, in der Aus- und Weiterbildung von Lehrern und Lehrerinnen verstärkt die Aspekte der Politischen Bildung zu beleuchten, und drittens eine Förderung und Prämierung von Projekten zu politischen Themen, die von Schülern und Schülerinnen und Lehrern und Lehrerinnen aller Schularten erarbeitet werden, vorzulegen. Zu diesem Antrag gibt es eine Stellungnahme der hiesigen Rechtsabteilung. Ich fasse kurz zusammen: Die Politische Bildung als Unterrichtsprinzip ist ein Lehrauftrag für alle Unterrichtsgegenstände und darüber hinaus als Wahlpflichtgegenstand zur Vertiefung und Erweiterung der vom Schüler und von der Schülerin besuchten Pflichtgegenstände laut AHS-Lehrplan unter dem Titel „Geschichte und Sozialkunde, Politische Bildung und Rechtskunde“ oder als unverbindliche Übung „Politische Bildung“ zu führen, sofern die erforderlichen Werteinheiten zur Verfügung stehen. Auch wurde vom Landesschulrat für Steiermark ein Lernzielkatalog zur Politischen Bildung sowie ein Katalog über ein Schülerquiz, die Politische Bildung betreffend, der hiesigen Rechtsabteilung übermittelt, welche als Beilagen A und B der gegenständlichen Regierungsvorlage beigelegt werden. Abschließend ist festzuhalten, daß neben den vom Landesschulrat für Steiermark und vom Bundesministerium für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten durchgeführten Projekten zur Politischen Bildung im Bereich der allgemeinbildenden Pflichtschulen durch die der Rechtsabteilung 13 zugeordneten Förderungspost „Förderungen didaktischer Maßnahmen“ im Rahmen der sehr beschränkt vorhandenen budgetären Möglichkeiten Projekte zu politischen Themen gefördert werden können. Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge ihres Beschlusses vom 10. Mai 1999 den Antrag, der Landtag wolle beschließen: Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Beschluß Nr. 875 des Steiermärkischen Landtages vom 20. Oktober 1998 über den Antrag der Abgeordneten Kröpfl, Mag. Erlitz, Beutl, Pußwald und Dipl.-Ing. Getzinger, betreffend die Einführung des Pflichtfaches „Politische Bildung“ ab der 9. Schulstufe in allen Schularten, wird zur Kenntnis genommen. (19.39 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Ich danke für die Berichterstattung. Erste Rednerin ist die Frau Abgeordnete Beutl.

**Abg. Beutl (19.39 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen!

Seit Jahren versuchen wir, auf die Notwendigkeit eines eigenen Pflichtfaches „Politische Bildung“ hinzuweisen und darauf zu drängen, daß ein solches eingeführt wird. Es ist noch nicht sehr lange her, als wir in diesem Haus auch über diese Thematik diskutiert haben. Die Vorlage, eine sehr ausführliche Vorlage, die wir heute zur Beschlußfassung und Kenntnis-

nahme am Tisch haben, zeigt sehr viele Möglichkeiten auf, wie Politische Bildung auf verschiedenste Weise im Unterricht umgesetzt werden kann. Leider haben wir das pflichtige Fach, den pflichtigen Gegenstand, noch immer nicht erreicht, aber wir werden daran weiter arbeiten.

Ich möchte heute ein wenig ausführen, was meiner Meinung nach auch als Begründung für einen solchen Pflichtgegenstand spricht, und zwar möchte ich auf eine Untersuchung eingehen, die über mehrere Jahre hinweg von einem Politikwissenschaftler durchgeführt wurde, nämlich von Dr. Peter Ulram, der das Thema Jugend und Politik in den neunziger Jahren aufgearbeitet hat und eigentlich sehr interessante Daten, die uns zum Nachdenken bringen sollten, zusammenfaßt. Das Ergebnis dieser Untersuchung sagt aus, daß das politische Interesse der österreichischen Jugendlichen eher gedämpft ist. Etwas mehr als ein Fünftel zeigt sich stark interessiert, ein Drittel bekundet eher wenig Interesse, und gut vier von zehn zeigen überhaupt kein Interesse an der Politik. Es ist nach wie vor so, daß es geschlechtsspezifische Differenzen gibt: Burschen sind doppelt so stark interessiert an politischen Themen als Mädchen, aber auch bildungsspezifische Unterschiede: So sind etwa nur 6 Prozent der Hauptschüler und der Schüler aus berufsbildenden mittleren Schulen an Politik interessiert, bei Studenten ist es zehnmal höher. Es gibt einen harten Kern von derzeit 8 Prozent der Jugendlichen, die in völliger Distanz zum politischen System stehen und denen es absolut gleichgültig ist, ob sie in einer Demokratie leben oder nicht. Immerhin drei von zehn vertreten die Ansicht, daß es ziemlich sinnlos ist, zur Wahl zu gehen, weil man sowieso nichts ändern könnte. Diese Einstellung nimmt im Zeitverlauf zu. Wenn wir uns nicht nur die Wahl am Sonntag anschauen, was diese Einstellung und Haltung betrifft, so müssen wir feststellen, daß sie leider auch sehr stark bei Erwachsenen zu finden ist. Ein Drittel der Jugendlichen kümmert sich überhaupt nicht mehr um Politik, sondern ausschließlich um das eigene Wohlergehen. Immerhin 51 Prozent der Jugendlichen erklären ihr distanzierendes Verhältnis zur Politik mit dem Hinweis, das ist wie ein Kasperltheater, und das kann man ohnehin nicht ernst nehmen. Bei den Kontakten, die Jugendliche zur Politik haben, wird festgestellt, daß ein Fünftel der Jugendlichen aussagt, sie hätten auf die eine oder andere Weise bereits mit der Politik beziehungsweise mit politischen Parteien Kontakt gehabt. Seit den achtziger Jahren hat sich das sehr geändert. Es gibt nicht mehr diese traditionellen parteipolitischen Aktivitäten, die sie bevorzugen, sondern eher die unkonventionelle Teilnahme. Auch Gespräche mit Politikern werden verstärkt angenommen. Die Erfahrungen mit den Kontakten, die sie aus der Politik ziehen, sind eher unbefriedigend. Mehr als die Hälfte bezeichnet sie als unbefriedigend.

Interessant auch die Aussagen zum künftigen politischen Engagement – ich glaube, das ist etwas, was besonders wichtig ist: Von zirka einem Zehntel der Jugendlichen wird ein solches ins Auge gefaßt, wobei AHS-Schüler und Studenten eher dazu neigen als berufstätige Jugendliche. Nun eine ganz wichtige Aussage: Die allgemeine positive Einstellung zu sozialem, gemeinschaftsbezogenem Engagement ist

sozusagen der Hauptgrund und spielt die Rolle, wenn es darum geht, Jugendliche anzusprechen, bei politischen Themen sich zu engagieren. Wer sich auch sozial nicht betätigen will, will auch von künftigen politischen Engagement nichts wissen. Und das ist, so glaube ich, eine ganz wichtige Aussage, die wir ernst nehmen und auf die wir eingehen müssen. Die Beteiligung der Jugendlichen wird vor allem bei Umweltschutzorganisationen, Sportvereinen, Jugendklubs, zum Teil auch in Schulen, Universität und Betrieben gewünscht, aber auch in sozialen karitativen Organisationen, kulturellen Vereinen et cetera. Am wenigsten wünschen sie sich eine Beteiligung bei politischen Parteien und bei Kirchen.

Das heißt, kurz zusammengefaßt, bei den österreichischen Jugendlichen der neunziger Jahre handelt es sich um eine politisch ungebundene Generation. Gerade deshalb scheint es besonders wichtig, im Rahmen der Politischen Bildung mit all den Möglichkeiten, die wir in der Schule haben, die Bereitschaft zu verantwortungsbewußtem Handeln zu wecken, mitzuhelfen, daß die jungen Menschen die Fähigkeit gewinnen, politische, kulturelle und wirtschaftliche Zusammenhänge zu erkennen und sich ein kritisches Urteil zu bilden. Vor allem aber geht es darum, Jugendliche zu motivieren, sich aktiv für die Erhaltung einer demokratischen Ordnung der Menschenrechte einzusetzen und an der Zukunftsgestaltung unserer Gesellschaft mitzuwirken. Es soll nicht so sein, daß ein Bild wahr wird, wie es vor wenigen Tagen im Standard gezeichnet wurde: Als Kopf des Tages wird hier der künftige EU-Bürger beschrieben beziehungsweise wird ausgesagt, daß wir auf dem besten Wege seien, solche Bürger zu werden, und zwar geht es als Kopf des Tages um den sogenannten Nichtwähler: „Der gewöhnliche Nichtwähler“, heißt es hier, „hat, egal, ob er nun eher progressiv oder konservativ eingestellt ist, zweifelsohne ein Problem mit Parteien, die sein Unbehagen nicht artikulieren, mit Politikern, die regieren statt reagieren, er ist ein politischer Mensch, der sich durch Negation und Distanzierung definiert. Er protestiert, indem er seine Stimme verweigert – die erhebt er allenfalls im privaten Kreis. Und eine besondere Spezies der Nichtwähler setzt sich aus den Typen zusammen, die dieses Stadium bereits hinter sich gelassen haben. Sie wollen mit der Politik an und für sich nichts mehr zu tun haben. Sie haben längst resigniert, die Welt dreht sich weiter, einerlei, ob sie nun an Wahlen teilnehmen oder nicht. Politik ist für sie im ursprünglichen Sinn des Wortes längst kein Thema mehr.“ Eine schreckliche Vorstellung, daß wir auf dem Weg zu einem solchen Bürger sind, und deshalb noch einmal die dringliche Aufforderung und die dringliche Bitte, daß wir an dieser Thematik, an dieser Forderung nicht locker lassen, nämlich tatsächlich über kurz oder lang ein solches Pflichtfach Politische Bildung zu erreichen und daß wir verstärkt Lehrer motivieren, aber nicht nur Lehrer, sondern alle, die in irgendeiner Weise mit Jugendarbeit zu tun haben, junge Menschen auf dem Weg zur politischen Bildung zu begleiten und ihnen klarzumachen, daß sie gebraucht werden für die zukünftige Gestaltung unseres Landes. Ich danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 19.47 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Bevor ich dem nächsten Redner – ja, der Herr Abgeordnete Kröpfl zieht zurück –, dann muß ich aber die Damen und Herren dringend bitten, erstens selbst auf den Plätzen Platz zu nehmen und zweitens die Kollegen aus dem Büfett zu holen, da wir im Augenblick mit Sicherheit nicht beschlußfähig sind.

Ja, es müssen 24 Abgeordnete im Saal sein, und die sind es im Augenblick mit Sicherheit nicht.

Nach meiner Zählung fehlt noch immer eine Dame oder ein Herr. 24 müssen es sein.

Ich bitte, die Herren zu zählen, ich komme auf 23.

So, meine Damen und Herren, wir sind beschlußfähig. Knapp, aber doch. Die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Ich bitte trotz allem, die Damen und Herren auf den Plätzen zu bleiben. Wir kommen wieder zu einer Abstimmung, nämlich zur Frage, die Punkte 15, 16 und 17 gemeinsam zu diskutieren, aber getrennt abzustimmen. Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest, wir werden also solcherart fortfahren.

**15. Bericht des Sozial-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 950/1, Beilage Nr. 124, Gesetz, mit dem das Behindertengesetz geändert wird.**

Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Gross. Ich erteile ihr das Wort.

**Abg. Gross (19.50 Uhr):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Wir haben die vorliegende Regierungsvorlage in einer Unterausschußsitzung diskutiert. Die Vorlage beinhaltet Abänderungen im Bereich des Behindertengesetzes. Neben legislativen Klar- und Sicherstellungen sieht die Regierungsvorlage eine Regelung vor, wenn Behinderte im heilpädagogischen Kindergarten Pensionsbezieher sind und daher Bundespflegegeldbezieher. Diese Bundespflegegeldbezieher sollen mit dieser Vorlage gleichgestellt werden. Ich ersuche um Beschlußfassung. (19.50 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Danke für die Berichterstattung.

**16. Bericht des Sozial-Ausschusses über den Antrag, Einl.-Zahl 853/1, der Abgeordneten Wicher und Tschernko, betreffend Einrichtung einer Pflegestation für Körperbehinderte in Altenheimen.**

Berichterstatterstellvertreter ist der Herr Abgeordnete Tschernko. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Tschernko (19.50 Uhr):** Immer wieder tritt der Fall auf, daß körperbehinderte junge Menschen mangels einer anderen Unterbringungsmöglichkeit nur in einem Altenheim Aufnahme finden. Dieser Umstand bedeutet jedoch für die betroffenen Menschen

eine zusätzliche und unzumutbare Belastung. Das Ziel muß bleiben, Menschen in die Lage zu versetzen, nach einer etwaigen Rehabilitation in ihr häusliches Umfeld zurückkehren, ein selbstbestimmtes Leben führen und bei Pflegebedarf auch dort verbleiben zu können.

Sollte sich dies als absolut unmöglich herausstellen und im zuständigen Bezirk kein spezielles Behindertenwohn- beziehungsweise -pflegeheim existieren, müßte die Möglichkeit geschaffen werden, im Altenheim bei Bedarf wenigstens eine eigene Station einzurichten, die den speziellen Bedürfnissen körperbehinderter Menschen entspricht.

Es wird daher der Antrag gestellt: Der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, dafür zu sorgen, daß bei Bedarf – nach Ausschöpfung aller anderen Möglichkeiten – in Altenheimen wenigstens eine eigene Station eingerichtet wird, die den speziellen Bedürfnissen körperbehinderter Menschen entgegenkommt. Ich ersuche um Annahme. (19.52 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Wir haben noch einen Bericht, den Tagesordnungspunkt 17.

**17. Bericht des Ausschusses für Jugend, Familie und Frauenfragen über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 97/14, zum Beschluß Nr. 226, des Steiermärkischen Landtages vom 4. Februar 1997 über den Antrag der Abgeordneten Wicher, Beutl, Dr. Karisch, Pußwald und Gross, betreffend behindertengerechte Ausstattung von Fraueninterventionsstellen.**

Berichterstatterstellvertreterin ist die Frau Abgeordnete Gross. Ich erteile ihr das Wort.

**Abg. Gross (19.52 Uhr):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Da die Errichtung von Interventionsstellen nicht in den Kompetenzbereich des Landes fällt, wurde daher eine Anfrage bezüglich des Anliegens der behindertengerechten Ausstattung an das Büro der Bundesministerin für Frauenangelegenheiten gerichtet, die nunmehr kam. Zusammenfassend wird berichtet, daß die Interventionsstellen zur effizienten Umsetzung des Gesetzes, zum Schutz vor Gewalt in der Familie eingerichtet werden. In Zusammenhang mit der Bekämpfung von der Gewalt in der Gesellschaft, insbesondere der Gewalt gegen Frauen und Kinder, hat das Innenministerium zusätzlich den sogenannten Präventionsbeirat installiert. Dieser wurde per Verordnung eingesetzt und hatte in weiterer Folge eigene Förderrichtlinien zu erstellen. Diese Förderrichtlinien haben auch Einfluß auf die Ausstattung der Interventionsstellen. Dem Beirat obliegt es, den Innenminister in einschlägigen Fragestellungen zu beraten beziehungsweise einzelne Projekte zur Förderung vorzuschlagen. Finanziert wird er je zur Hälfte aus Mitteln des Bundesministeriums für Frauenangelegenheiten und Verbraucherschutz und des Bundesministeriums für Inneres. Nach Installierung dieses Beirates wurde daher das Anliegen „dem Wunsch auf behindertengerechte Ausstattung Rechnung zu tragen“ durch das

Büro der Bundesministerin für Frauenangelegenheiten an den Beirat herangetragen und sagte dieser zu, dem Wunsche Rechnung zu tragen.

Das Büro der Bundesministerin für Frauenangelegenheiten teilte mit, daß bei der Fraueninterventionsstelle in Graz eine behindertengerechte Ausstattung gegeben ist.

Namens des Ausschusses für Jugend, Familie und Frauenfragen stelle ich daher den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Beschluß Nr. 226 des Steiermärkischen Landtages vom 4. Februar 1997 über den Antrag der Abgeordneten Wicher, Beutl, Dr. Karisch, Pußwald und Gross, betreffend behindertengerechte Ausstattung von Fraueninterventionsstellen, wird zur Kenntnis genommen. (19.54 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Ich danke der Frau Berichterstatterin und ich erteile ihr das Wort als erste Rednerin in der Wechselrede.

**Abg. Gross (19.54 Uhr):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Wir haben im steirischen Bedarfs- und Entwicklungsplan für pflegebedürftige Menschen im Behindertenbereich grundsätzlich festgehalten, daß die vorgeschlagenen Programme als Grundlagen für die steirische Behindertenplanung zu verstehen sind. Wir haben bei der nun beinahe fertiggestellten Behindertenplanung die rollierende Planung vorgesehen. Darin verstehen wir die Integration des 15a-Planes in einen Gesamtplan für Behinderte, der partnerschaftlich umgesetzt werden soll. Das derzeit gültige Behindertengesetz besteht seit 1964. Es regelt in damals moderner und zukunftsweisender Form die Förderung der Integration von Menschen mit Behinderung in der Gesellschaft. Dank seiner guten Struktur ist es heute noch in Kraft. Es hat allerdings Mängel. So ist etwa Wohnen als eigenständige Dienstleistung nicht mit Hilfe von Budgetmitteln finanzierbar. Um die steirische Behindertenhilfe in moderner, zeitgerechter und vor allem bedürfnisorientierter Form zu gestalten, wurde nunmehr die Behindertenplanung gestartet. Wir haben gemeinsam festgehalten, daß in den Planungsprozeß alle wesentlichen Entscheidungsträger, nämlich Betroffene, Politik und Beamtenschaft, eingebunden wurden, um den gesamten Plan gleichsam in Etappen abzuarbeiten. Vorrangig wurden die beiden Module „Wohnen und Beschäftigung“ für Menschen mit Behinderung erarbeitet. Nach der überaus intensiven Diskussion des Soll-Bildes der zukünftigen Dienstleistungen im Behindertenwesen verstanden sich die Mitglieder der Projektgruppe dahin gehend, daß die wichtigsten Neuerungen mittels Pilotprojekten einer ersten praktischen Erprobung zuzuführen sind. Über allen Dienstleistungen sollte eine neue Philosophie stehen: die Anerkennung des individuellen Hilfsbedarfes der Menschen mit Behinderung. Ein für die Feststellung und Zuerkennung dieses individuellen Hilfsbedarfes geeignetes komplexes System wird noch heuer ausgearbeitet. Wenn es eingeführt wird und wenn es sich bewährt, darf schon jetzt davon ausgegangen werden, daß dies das wesentlichste Ergebnis der Planungsarbeiten ist. Arbeit und Beschäftigung

bedeutet für Menschen mit Behinderung gleich viel wie für Nichtbehinderte auch. Nur sie haben es einerseits ungleich schwerer und werden andererseits allzu oft als unliebsame Konkurrenten am ersten Arbeitsmarkt betrachtet. Nach dem Erstellen des Dienstleistungsrasters zeigte sich, daß in beiden Modulen neue Dienstleistungen für das steirische Behindertenwesen zu evaluieren waren. Um hier zügig vorzugehen, wurden durch Frau Landesrätin Dr. Anna Rieder die Trägerorganisationen eingeladen, Konzepte beziehungsweise auch Pilotprojekte vorzulegen. Aus den eingelangten 23 Projekten wurden sechs Pilotprojekte einer sofortigen Umsetzung zugeführt. Es geht um Projekte von Alpha Nova im Bereich der Wohnassistenz, der Caritas im Bereich familienentlastender und mobiler Hilfsdienst für Familien, der Lebenshilfe, die mobile Betreuung von Kindern und Jugendlichen in der Familie macht, und des BFZ. Das BFZ gestaltet einen integrativen Betrieb „Landschaftspflege“, macht Hermes- und Reinigungsdienste. Es wurde auch Mosaik beteiligt. Mosaik hat ein Arbeitsbüro, und dieses will Menschen mit Behinderung ab dem 20. Lebensjahr, die in Behinderteneinrichtungen wohnen, bei der Arbeitsplatzvermittlung helfen, vor allem durch die Suche von Nischenarbeitsplätzen, und „Jugend am Werk“, die mobile Arbeitsbegleitung, Integration und Qualifizierung durchführen werden. Notwendige Fördermittel bei der Umsetzung aller ausgewählten Pilotprojekte für 1999 zirka 5,3 Millionen Schilling und für 2000 zirka 9,25 Millionen Schilling. Ein Wort noch zum Sozialbericht, den wir gemeinsam im Steiermärkischen Sozialhilfegesetz 1997 im Paragraphen 3 a verankert haben. Ich komme gerade drauf, daß über den Sozialbericht noch gar nicht berichtet wurde. Entschuldigung, ich werde mich dann nochmals zu Wort melden. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ. – 20.00 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Nächste Rednerin ist die Frau Abgeordnete Pußwald.

**Abg. Pußwald (20.00 Uhr):** Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Nachdem die Kollegin Annemarie Wicher heute erkrankt ist und nicht da sein kann, bin ich gebeten worden, ein paar Gedanken zu ihrem Antrag „Pflegestation für körperbehinderte Personen in Altenheimen“ zu interpretieren. Annemarie Wicher geht es nicht darum, daß die alten Menschen und die körperbehinderten Menschen nicht zusammenarbeiten und zusammenleben sollten, sondern es geht ihr in erster Linie darum, daß ein junger, schwer behinderter Mensch, der nicht in häuslicher Pflege sein kann und auch nicht in einem entsprechenden Rehabilitationszentrum untergebracht werden kann, in seinem Wohn- und Lebensbereich entsprechende Förderung und Ansprache bekommt. Wir alle wissen, wenn wir ein Altenpflegeheim besuchen, daß dort sehr viele demente und teilnahmslose Menschen leben. Junge Menschen mit schwersten Behinderungen, ohnedies meist traumatisiert an den Folgen von Unfällen, finden dort nicht die Ansprache und nicht den Kontakt, den sie eigentlich haben müßten. Der Gedanke und der Wunsch Annemarie Wichers ist einfach: wenn es notwendig ist, in den jeweiligen Bezirksaltenheimen

nicht isolierte, aber für diese jungen, schwer verunglückten Menschen Bereiche bereitzustellen, so daß sie eine entsprechende Förderung, eine entsprechende Ansprache, Kontakte, Möglichkeiten der Rehabilitation bekommen. Ich möchte dazu einen erlebten Fall schildern: Eine Mutter ist mit ihrer sehr begabten Tochter an einem Samstag abend nach einem Musikschulbesuch auf eine vereiste Stelle einer Landesstraße in unserem Bezirk gekommen. Das Auto schlitterte, das junge Mädchen wurde aus dem Auto geworfen und hatte eine Querschnittslähmung. Auch das Sprachzentrum wurde total zerstört. Man braucht sich nur ein bißchen hineinfügen, wie es der Mutter ergangen ist, denn sie war an diesem Unfall direkt beteiligt. Sie hat mir einmal in einem Kontaktgespräch mitgeteilt, daß sie immer das schlechte Gewissen und immer diese Verkehrssituation vor Augen hat. Dieses Mädchen mußte dann tatsächlich aus der häuslichen Pflege nach Krankenhausaufenthalt und nach dem Rehabilitationsprogramm ins Landesaltenpflegeheim Knittelfeld gebracht werden. Ich habe die Mutter – sie ist Lehrerin – immer wieder einmal getroffen, wie sie sich am Nachmittag mit ihrer Tochter im Bereich der Stadt im Rollstuhl bewegt hat, einfach ausgefahren ist in eine andere Umgebung, um ihrer Tochter ein anderes Leben weiterzugeben. Leider war das Schicksal so unbarmherzig und die Verletzungen letztlich so schwer, daß das Mädchen nach etwa eineinhalb Jahren verstorben ist. Das war genau der Punkt, daß dieses junge Mädchen im Altenheim mit den anderen Bewohnern einfach keinen Kontakt haben konnte, weil sich das nicht zusammengefügt hat, weil das einfach nicht zusammenpaßt. Darum ginge es in diesem Antrag! Wir bitten sehr, daß die Antragsbeantwortung noch einmal dahin gehend überlegt wird, entsprechende Möglichkeiten für junge, schwerst verunglückte Menschen, egal ob es Sport-, Freizeit- oder Berufsunfälle sind, zu schaffen. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 20.05 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Um das Wort hat die Frau Landesrätin Dr. Rieder gebeten. Ich erteile es ihr.

**Landesrätin Dr. Rieder (20.05 Uhr):** Herr Präsident!

Frau Abgeordnete Pußwald, ich spreche Sie gleich direkt an, weil Sie diesen Fall geschildert haben, wo eine offenbar körperbehinderte junge Frau in einem Bezirksaltenheim oder in einer Einrichtung des Verbandes untergebracht worden ist. Ich möchte dazu sagen, das kann nur die Ausnahme sein, weil wir eigentlich flächendeckend in der ganzen Steiermark für Behinderte spezielle Wohneinrichtungen haben und in diesem Bereich noch vermehrt tätig werden, nach finanziellen Möglichkeiten, und das eigentlich Ausnahmefälle sind. Man muß schauen, daß man so junge, körperbehinderte oder geistig behinderte Leute in solche Einrichtungen bringt, die für sie vorgesehen sind. (Abg. Pußwald: „Die Mutter wollte in der Nähe ihrer Tochter sein. Wenn man in der Oststeiermark wohnt und die Tochter in Graz ist, ist das nicht möglich!“) Meinen Sie, das ist der Grund, warum diese junge Frau in der Nähe der Mutter verblieben ist, obwohl die Einrichtung nicht speziell für Behinderte vorgesehen ist. Ist ein trauriger Fall, aber es ist die Ausnahme. Man muß dann schauen, der Betreiber des

Heimes ist eigentlich auch dazu eingeladen, nachzudenken, wie die in seinem Haus betreuten Leute eine entsprechende Betreuung haben, und da gehört der psychische Bereich genau so dazu wie der körperliche. Danke schön! (Beifall bei der SPÖ. – 20.06 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Schinnerl. Ich erteile es ihm.

**Abg. Schinnerl** (20.06 Uhr): Geschätzter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich werde mich ganz kurz halten bei allen drei Tagesordnungspunkten.

Zuerst einmal zur Einl.-Zahl 950/1. Der Änderung des Behindertengesetzes werden wir unsere Zustimmung geben.

Beim nächsten Punkt, bei der Einl.-Zahl 853/1, das ist der ÖVP-Antrag, betreffend Errichtung einer Pflegestation für körperbehinderte Menschen. Diesen Antrag werden wir nicht unterstützen, weil aus der Stellungnahme der Landesregierung eindeutig hervorgeht, daß es für Behinderte anders geeignete oder besser geeignete Einrichtungen gibt. Und es hat die Frau Abgeordnete Gross ja gerade früher schon berichtet über den Behindertenplan, daß der bereits aufliegt und daß es bereits Pilotprojekte gibt. Und ich glaube, daß in diesem Behindertenplan vorgesorgt ist und daß es besser ist, daß die Behinderten in dafür geeignete Einrichtungen untergebracht werden und daß es sich erübrigt, daß man die Behinderten in Altenheimen unterbringt.

Und zum anderen Punkt, betreffend behindertengerechte Ausstattung von Fraueninterventionsstellen, da ist auch schon ausführlich berichtet worden, und diesem Antrag werden wir auch unsere Zustimmung geben. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der FPÖ. – 20.08 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Als nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Mag. Zitz. Ich erteile es ihr.

**Abg. Mag. Zitz** (20.08 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Frau Landeshauptfrau! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Tagesordnungspunkt „Novellierung des Behindertengesetzes“ beziehungsweise Unterbringungsmodalitäten bei behinderten Personen führt mich natürlich ebenfalls zum von der Frau Kollegin Gross angesprochenen Thema „Behindertenplan“, der inzwischen ja Sozialplan heißt, 1994 von der Landesregierung beschlossen wurde, im April 1994. Im Juni 1994 im Sozial-Ausschuß zu Parteienverhandlungen zurückgestellt wurde, im April 1996 von der Landesregierung nochmals beschlossen wurde als Vorlage zu einem Behindertenplan und im Mai 1999 als „Sozialplan. Dienstleistungen für Menschen mit Behinderungen im Bundesland Steiermark“ nun fertiggestellt wurde. Die Ziele des steirischen Behindertenwesens werden in diesem Sozialplan – heißt er ja jetzt – als möglichst selbstbestimmtes Leben, Normalisierung der Lebensbedingungen, existentielle Absicherung, altersentsprechender Zugang zu den verschiedenen

Lebensbereichen, um Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Der Plan beinhaltet – wie die Kollegin Gross ausgeführt hat – sechs Modellprojekte. Hinweisen möchte ich aber darauf, daß eine ganze Liste an Maßnahmen, die genau diese Ziele behinderten Leuten näherbringen müßten, in der Steiermark nicht umgesetzt werden könnten, weil sie entweder illegal sind vom geltenden Recht her oder weil die Finanzierung nicht gegeben ist, konkret eine klare Zuerkennung von Leistungen, integrativer Hort, Nachmittagsbetreuung, familienentlastende Dienste, selbständiges Wohnen oder Wohnassistenz, Hilfen zur Lebensgestaltung, Mobilitätstraining, triale Ausbildung für Sinnesbehinderte und so weiter und so fort. Das führt uns dazu als grüne Fraktion mit Unterstützung der Freiheitlichen, Kollege Schinnerl, einen Antrag zu stellen.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, eine Regierungsvorlage über ein neues Behindertengesetz noch in diesem Jahr im Landtag einzubringen, das alle im Behindertenplan/Sozialplan angeführten Leistungen (insbesondere betreutes Wohnen, Arbeitsassistenz sowie familienentlastende Dienste) vorsieht.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Dieser Antrag ist der Sukkors aus dem Behindertenplan, entspricht dem, was sich Behindertenorganisationen und Behinderte selber, man kann fast sagen, seit Jahrzehnten vom Land Steiermark vom Sozialressort wünschen. Ich ersuche Sie um Annahme dieses Antrages. (Beifall bei den Grünen. – 20.11 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung. Darf ich die Herren Abgeordneten bitten, daß sie zumindest in ihren Bänken Platz nehmen, wenn wir abstimmen. Danke!

Es sind genügend Abgeordnete anwesend, die die Abstimmung durchführen können.

Wir stimmen ab über den Tagesordnungspunkt 15, Bericht des Sozial-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 950/1, mit dem das Behindertengesetz geändert wird. Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke.

Das ist die einstimmige Annahme des Antrages.

Wir stimmen ab über den Bericht des Sozial-Ausschusses und den Antrag des Herrn Berichterstatters, Einl.-Zahl 851/1, betreffend Einrichtung einer Pflegestation für Körperbehinderte in Altenheimen. Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Darf ich die Abgeordneten bitten, die dafür sind, die Hand zu erheben. Es ist nämlich das Zählen bei dieser Dichte schwer. Danke.

Dieser Antrag ist mehrheitlich angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Tagesordnungspunkt 17 und den Antrag der Frau Berichterstatterin, Einl.-Zahl 97/14, betreffend die behindertengerechte Ausstattung von Fraueninterventionsstellen. Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Und wir haben noch über einen Beschlufantrag der Abgeordneten Mag. Zitz, Dr. Wabl, Keshmiri und Schinnerl abzustimmen, betreffend Behindertenplan, Sozialplan. Wer dem die Zustimmung gibt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Das ist die Minderheit.

Der Antrag ist abgelehnt. Danke.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

**18. Bericht des Sozial-Ausschusses, Einl.-Zahl 805/7, über den Antrag, Einl.-Zahl 805/1, der Abgeordneten Mag. Zitz und Dr. Wabl, betreffend den Sozialbericht der Landesregierung.**

Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Gross. Ich erteile ihr das Wort.

**Abg. Gross** (20.14 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Zum Antrag, Einl.-Zahl 805/1, zum Sozialbericht der Steiermärkischen Landesregierung haben Unterausschußverhandlungen unter Teilnahme von Frau Landesrätin Dr. Rieder, der Abgeordneten Gross, Dr. Lopatka, Schinnerl, Mag. Zitz, Keshmiri, Vollmann, Wicher, Mag. Hartinger, Bachmaier-Geltewa und Tschernko sowie Vertreterinnen der Fachabteilung für das Sozialwesen und der Landtagsdirektion stattgefunden.

Im Steiermärkischen Sozialhilfegesetz 1997 ist im Paragraphen 3 a die Erstellung eines Steiermärkischen Sozialberichtes und die Vorlage eines solchen an den Landtag verankert. In den Unterausschußverhandlungen zum Antrag mit der Einl.-Zahl 805/1 wurde nunmehr eine Punktation zu jedenfalls im Sozialbericht zu erfassenden Daten erarbeitet. Zum Bereich der Arbeitsmarktdaten wurde von den Teilnehmern und Teilnehmerinnen vereinbart, diese gesamt und umfassend im Arbeitsförderungsbericht aufzunehmen. Innerhalb von zwei Jahren ab Vorlage des ersten Sozialberichtes soll eine Evaluierung der Inhalte des Berichtes stattfinden.

Namens des Sozial-Ausschusses stelle ich daher den Antrag: Der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, den Sozialbericht in die nachstehenden Teilbereiche zu gliedern und jedenfalls die aufgelisteten Daten zu erfassen:

Erstens, Allgemeines: Einarbeitung bereits vorhandener Statistiken (zum Beispiel Landesstatistik, ÖSTAT, AK, AMS); Auflistung parlamentarischer Initiativen aller im Landtag vertretenen Parteien mit den Punkten Einbringung, Behandlung und Erledigung.

Zweitens, Arbeitsmarktdaten: Daten des Arbeitnehmerhärteausgleichsfonds; Auflistung der sozialökonomischen Betriebe.

Auflistung der frauen- und mädchenrelevanten Maßnahmen am Arbeitsmarkt.

Drittens, Frauen: Einrichtungen für Frauen in der Steiermark.

Viertens, Sozialhilfegesetz: Auflistung sozialer Einrichtungen; Auswirkungen des Sozialhilfegesetzes 1998 und eine Auflistung der ISGS; Einrichtungen für Obdachlose; Schuldnerberatung; Sozialberatung; Hilfe für pflegebedürftige Personen; Pflegequalität in den Landesheimen; Entwicklung der Zahl der Pflege-

fälle und bezirksweise Anzahl der Pflegeplätze; Entwicklung des Sozialbudgets der letzten fünf Jahre im Vergleich zum Jahresbudget; Auflistung der bereichsmäßigen Zuständigkeit sowie Beschwerde- und Kontrolleinrichtungen; Organigramme der Fachabteilung für Sozialwesen und der Rechtsabteilung 9; Evaluation gesetzlicher sozial- und beschäftigungspolitischer Maßnahmen; Entwicklung und Forschung im Alten- und Behindertenpflegebereich; Altenurlaubsaktion.

Fünftens, Behindertengesetz: Ausgabenentwicklung in der Behindertenhilfe.

Sechstens, Jugendwohlfahrt: Anzahl der Tagesmütter; wichtige Ergebnisse des Jugendwohlfahrtsplanes; Aufgabenentwicklung, Ausgabenentwicklung in der Jugendwohlfahrt; Einrichtungen der Jugendwohlfahrt.

Siebtens, Steiermärkisches Pflegegeldgesetz; Landespflegegeldgesetz: Entwicklung der Pflegefälle; Bundespflegegeldgesetz: Übernahme der steiermarkrelevanten Daten aus dem Sozialbericht des Bundes.

Achtens, Flüchtlingswesen: Darstellung der Sonderaktionen zur Bosnien- und Kosovohilfe; Auflistung der Ausländerberatungen in der Steiermark. Ich ersuche um Kenntnisnahme. (20.17 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Ich danke der Frau Berichterstatterin. Als erster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Schinnerl. Ich erteile es ihm.

**Abg. Schinnerl** (20.18 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Dieser Sozialbericht, der in nächster Zeit kommen wird, wurde schon des öfteren von uns Freiheitlichen gefordert. Wir haben damals den Antrag gestellt, daß jährlich ein Sozialbericht gemacht werden soll. Zu dem kam es aber leider nicht. Dann kam ein zweiter Antrag, zweijährlich zu berichten. Über diesen Antrag haben Parteienverhandlungen stattgefunden. Es wurden, wie schon berichtet wurde, diese ganzen Punkte gemeinsam erarbeitet. Ich glaube, daß wir hier eine gute Arbeit geleistet haben und daß wir sehr froh sind, daß der Sozialbericht, den die Frau Landesrätin für Ende des Jahres angekündigt hat, doch kommen wird. Sie hat uns irgendwo mit dem Zeigefinger gedroht, wenn wir noch mehr fordern und hineininterpretieren, dann sei sie nicht in der Lage (Landesrätin Dr. Rieder: „Ich drohe nicht!“), das bis Jahresende zu erstellen. Ich habe allerdings ein Problem bei den Kosten dieses Berichtes. Wir haben gehört, daß beim Umweltbericht 230.000 Schilling an Kosten entstanden sind und daß beim Sozialbericht nur für Unterlagen, die ein Salzburger Institut macht, 2,3 Millionen Schilling ausgegeben werden sollen. Frau Landesrätin, wir sind der Meinung, daß Ihre Fachabteilung, und wir haben uns dafür sehr intensiv eingesetzt, installiert werden konnte. Sie haben uns damals gesagt, Sie hätten keine Leute, wenn wir gesagt haben, wir wollen bessere Unterlagen und mehr Berichte. Sie haben gesagt, wir sollten schauen, daß wir eine eigene Abteilung bekommen und das entsprechende Personal dazu. Jetzt haben Sie die Abteilung und das Personal. Ich glaube, dies könnte in Ihrer eigenen Abteilung erledigt werden. Mir fehlt im zukünftigen Sozialbericht noch etwas, und ich bedaure das, und zwar wollen wir auch eine Vorschau von Ihnen in diesem Sozialbericht haben. Sie

haben gemeint, daß sei nicht Ihre Aufgabe, eine Vorschau den Abgeordneten zur Verfügung zu stellen. Ich bin jedoch anderer Meinung. Wir haben jetzt dann den Sozialbericht, der uns Aufgliederung und Daten liefern kann. Ich bin froh darüber, daß der Sozialbericht so umfangreich kommt. Ich glaube, Sie werden nicht umhin kommen, in diesem Bericht zu sagen, wie es in den nächsten Jahren weitergeht, welche Vorstellungen Sie auf Grund dieses Berichtes haben. Sie haben auch angekündigt, daß Sie einen Rückblick über die budgetäre Lage der letzten Jahre und auch eine Vorschau für die Zukunft machen. Ich möchte Sie daher nochmals, Frau Landesrätin, ersuchen, daß Sie uns als Referatsleiterin, als Zuständige für die Sozialpolitik in der Steiermark, nicht nur vorlegen, was alles passiert ist, sondern daß Sie auch die Sozialpolitik in den nächsten Jahren leiten und daß Sie über Ihre Vorstellungen uns Auskunft geben. Wir werden uns danach richten, ob es uns ausreicht oder ob wir noch weitere Vorschläge einbringen müssen. Im großen und ganzen bin ich sehr froh, daß dieser Bericht nun kommt. Ich glaube auch, daß die Ankündigungen von der Frau Landesrätin der Wahrheit, den Sozialbericht vorzulegen, entsprechen, und dieser Bericht wirklich bis zum Jahresende vorliegt. Ich danke für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der FPÖ. – 20.22 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Als nächste Rednerin hat sich die Frau Abgeordnete Gross in Fortsetzung der vorhergehenden Wortmeldung zu Wort gemeldet.

**Abg. Gross (20.22 Uhr):** Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Zum Sozialbericht, den wir gemeinsam im Steiermärkischen Sozialhilfegesetz 1997 im Paragraphen 3 a verankert haben, habe ich schon ausführlich als Berichterstatterin berichtet. Wir haben uns in vier Unterausschußverhandlungen im Sozial-Ausschuß zu einer Punctuation der zu erfassenden Daten geeinigt. Ich möchte allerdings nochmals wie bereits im Sozial-Ausschuß verstärken, daß wir festgehalten haben, daß innerhalb von zwei Jahren ab Vorlage des ersten Sozialberichtes eine Evaluierung der Inhalte des Berichtes stattfinden soll. Vielleicht sollten wir dann einige Themen verstärkt betrachten, vielleicht können wir aber auch einiges weglassen. Nachdem im Paragraphen 3 a festgehalten wird, daß die Landesregierung alle zwei Jahre einen solchen Bericht einbringen soll, haben wir genügend Zeit, diese Evaluierung auch sehr aktuell zu gestalten. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall bei der SPÖ. – 20.23 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Jene Damen und Herren, die den Antrag der Frau Berichterstatterin unterstützen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Danke. Das ist die einstimmige Annahme des Antrages.

Bei den Tagesordnungspunkten 19 und 20 ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, diese zwei Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abstimmen zu lassen.

Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

**19. Bericht des Ausschusses für Jugend, Familie und Frauenfragen über den Antrag, Einl.-Zahl 1001/1, der Abgeordneten Schützenhöfer, Bacher, Beutl, Dirnberger, Dipl.-Ing. Hasiba, Ing. Mag. Hochegger, Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch, Dr. Karisch, Ing. Kinsky, Ing. Löcker, Dr. Lopatka, Majcen, Alfred Prutsch, Purr, Pußwald, Riebenbauer, Rieser, Straßberger, Tasch, Tschernko und Wicher, betreffend Familienbeihilfe des Landes Steiermark.**

Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Pußwald. Ich erteile ihr das Wort.

**Abg. Pußwald (20.24 Uhr):** Der Ausschuß für Jugend, Familie und Frauenfragen hat in seiner Sitzung am 1. Juni 1999 über den Antrag, Einl.-Zahl 1001/1, der Abgeordneten Schützenhöfer, Bacher, Beutl, Dirnberger, Dipl.-Ing. Hasiba, Ing. Mag. Hochegger, Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch, Dr. Karisch, Ing. Kinsky, Ing. Löcker, Dr. Lopatka, Majcen, Alfred Prutsch, Purr, Pußwald, Riebenbauer, Rieser, Straßberger, Tasch, Tschernko und Wicher, betreffend Familienbeihilfe des Landes Steiermark, beraten.

Seit Einführung der Familienbeihilfe des Landes Steiermark wird diese Beihilfe für ein Jahr gewährt. Da es bei vielen Familien in der Zeit des Karenzgeldbezuges zu finanziellen Härten kommt, wäre es sinnvoll, die Familienbeihilfe statt zwölf Monate 18 Monate zu gewähren.

Um eine reale Wertsicherung der Beihilfe zu erreichen, wäre es weiters notwendig, das gewichtete Pro-Kopf-Einkommen auf 8110 Schilling (derzeitiges Existenzminimum) und die Beihilfenhöhe von derzeit 700 Schilling bis 1500 Schilling auf 1000 Schilling bis 2500 Schilling zu erhöhen.

Höhe der Beihilfe bisher:

bei gewichtetem Pro-Kopf-Einkommen von 6800 Schilling Beihilfenhöhe

5200 Schilling	1500 Schilling
5400 Schilling	1400 Schilling
5600 Schilling	1300 Schilling
5800 Schilling	1200 Schilling
6000 Schilling	1100 Schilling
6200 Schilling	1000 Schilling
6400 Schilling	900 Schilling
6600 Schilling	800 Schilling
6800 Schilling	700 Schilling

Höhe der Beihilfe neu:

bei gewichtetem Pro-Kopf-Einkommen von 8110 Schilling Beihilfenhöhe

bis 6510 Schilling	2500 Schilling
bis 6710 Schilling	2400 Schilling
bis 6910 Schilling	2200 Schilling
bis 7110 Schilling	2000 Schilling
bis 7310 Schilling	1800 Schilling
bis 7510 Schilling	1600 Schilling
bis 7710 Schilling	1400 Schilling
bis 7910 Schilling	1200 Schilling
bis 8110 Schilling	1000 Schilling

Für die Durchführung dieser Besserungsvorschläge wären jährlich Budgetmittel von rund 153,8 Millionen Schilling notwendig.

Der Ausschuß für Jugend, Familie und Frauenfragen stellt den Antrag: Der Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, die Richtlinien der Familienbeihilfe des Landes Steiermark zugunsten vieler Familien der Steiermark derart zu ändern, daß erstens die Einkommensgrenze von derzeit 6800 Schilling auf die Höhe des allgemeinen Grundbetrages des Existenzminimums, der für das Kalenderjahr 1999 8110 Schilling beträgt und jährlich unter Bedachtnahme auf die Entwicklung des Richtsatzes für die Ausgleichszulage zu valorisieren ist, angehoben wird, zweitens die derzeitige Beihilfenhöhe von 700 Schilling bis 1500 Schilling auf 1000 Schilling bis 2500 Schilling angehoben wird und drittens die Beihilfendauer von derzeit zwölf Monaten auf 18 Monate verlängert wird. Ich bitte um Beschlußfassung. (20.26 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Ich danke der Frau Berichterstatterin.

**20. Bericht des Sozial-Ausschusses über den Antrag, Einl.-Zahl 969/1, der Abgeordneten Schinnerl, Dietrich und Mag. Bleckmann, Porta, Mag. Hartinger, Ing. Schreiner, betreffend konkrete Forderungen zur Verbesserung der Steirischen Familienbeihilfe.**

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Schinnerl. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Schinnerl** (20.26 Uhr): Mündlicher Bericht Nr. 225. Der Sozial-Ausschuß hat in seiner Sitzung am 1. Juni 1999 über den Antrag, Einl.-Zahl 969/1, der Abgeordneten Schinnerl, Dietrich, Mag. Bleckmann, Porta, Mag. Hartinger und Ing. Schreiner, betreffend konkrete Forderungen zur Verbesserung der Steirischen Familienbeihilfe, beraten. Im Ausschuß für Jugend, Familie und Frauenfragen wurde in der heutigen Sitzung die Gewährung der Familienbeihilfe für 18 Monate, die Anhebung des gewichteten Pro-Kopf-Einkommens auf 8110 Schilling und die Erhöhung der Beihilfenhöhe von derzeit 700 bis 1500 Schilling auf 1000 bis 2500 Schilling beschlossen. Den Intentionen des Antrages mit der Einl.-Zahl 969/1 wurde dadurch bereits Rechnung getragen.

Der Sozial-Ausschuß stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Sozial-Ausschusses über den Antrag, Einl.-Zahl 969/1, der Abgeordneten Schinnerl, Dietrich und Mag. Bleckmann, Porta, Mag. Hartinger und Ing. Schreiner, betreffend konkrete Forderungen zur Verbesserung der Steirischen Familienbeihilfe, wird zur Kenntnis genommen. Ich bitte um Annahme. (20.27 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Pufwald. Ich erteile es ihr.

**Abg. Pufwald** (20.27 Uhr): Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Die Familienbeihilfe des Landes ist eine Beihilfe, die dann zum Tragen kommt, wenn wirklich die finanzielle und wirtschaftliche Situation einer Familie, einer Mutter so schwierig ist, daß sie kaum eine Existenz-

absicherung hat. In der letzten Periode und in den letzten Jahren hat diese Familienbeihilfe ein Jahr lang gegriffen. Das heißt also, die Zuwendungen des Landes, eigentlich relativ geringe Zuwendungen des Landes, konnten für ein Jahr den jeweiligen Werberinnen beziehungsweisewerbenden Familien zugesprochen werden. Das war ein wirkliches Abfangen und eine Chance der Beihilfe im wahrsten Sinne des Wortes, eine Unterstützung der Lebensgrundlage zu gewähren. Mit diesem Geld war nie eine Existenzgrundlage möglich. Auch in Zukunft wird dies nicht möglich sein. Wenn man weiß, wie es manchmal sein kann, sich wirtschaftlich von einem Monat zum andern zu schleppen und hofft, daß es keine familiären Katastrophen gibt, weil dann einfach das gesamte Finanzgefüge zusammenbricht, kann man ein bißchen nachvollziehen und sich denken, was diesen Müttern und diesen Familien damit auch als Unterstützung gegeben wurde. Immerhin sind über 16.000 Anträge positiv in den letzten vier Jahren bearbeitet worden, und eine Ausschüttung von über 166 Millionen Schilling wurden vom Land Steiermark an gerade diese bedürftigen Familien gegeben. Leider erfährt man auch immer wieder, daß in den Debatten, in den öffentlichen Debatten, oft von einer mangelnden sozialen Treffsicherheit geredet wird. Aber das genau ist in dem Antrag beziehungsweise in der Neuformulierung der Steirischen Familienbeihilfe versucht hintanzuhalten. Es gibt ganz klare Richtlinien dafür. Außerdem möchte ich noch darauf hinweisen, daß Österreich seit 1995 auch an einer europaweiten Studie mitmacht, in der eine Langzeitstudie an ein und derselben Familie durchgeführt wird. Etwa 5000 österreichische Haushalte werden jährlich befragt über ihre Existenzgrundlage beziehungsweise Wirtschaftlichkeit. Damit kann man schon eine recht gute Ausleuchtung der österreichischen Familiensituation im finanziellen Bereich erfassen, zumal auch die Rücklaufquote in dieser Studie durchaus beachtliche 70 Prozent erreicht. Das Pro-Kopf-Einkommen basiert genau auf dieser europäischen Richtlinie auch für die Steirische Familienbeihilfe, nämlich daß der erste Erwachsene mit dem Faktor eins belastet wird, jeder weitere Erwachsene mit 0,7 und die Kinder, je nach Alter der Kinder, von 0,3 bis 0,8. Und dieses Pro-Kopf-Einkommen ist sozusagen die Grundlage für die Ausschüttung beziehungsweise für die Bearbeitung der Steirischen Familienbeihilfe. Erfahrungsgemäß ist es natürlich so, daß das Einkommen gerade dieser erwerbsschwachen Familien mit den Sozialleistungen einigermaßen angehoben wird, und davon sind etwa ein Drittel der Haushalte betroffen. Das 1999 festgelegte Existenzminimum von 8110 Schilling ist Grundlage für die Berechnung der Steirischen Familienbeihilfe. Also Familien, die über ein Einkommen, das darüber geht, verfügen, sind nicht mehr als Empfänger an dieser sozialen, zusätzlichen Vergabe eingebunden. Ich möchte noch darauf hinweisen, daß es Gott sei Dank die Verlängerung von zwölf Monaten auf 18 Monaten gibt, denn mit 18 Monaten ist genau die Karenzzeit für die betreuende Mutter festgelegt. 18 Monate bei einem Kind bleiben zu können, mit Unterstützung des Landes maximal eben 2500 Schilling monatlich zu bekommen, bringt dem Kind in seiner Stabilität sehr, sehr viel, zumal ja dann auch die Kinderbetreuungseinrichtungen gerade für die Eineinhalbjährigen bis Drei-

jährigen noch notwendig sind, weiter zu erweitern und auszubauen. Jedenfalls danke ich auch dem Referat für die hervorragende Studie beziehungsweise für die hervorragende Information, die wir im Rahmen der Verhandlungen bekommen haben, wo man sehr genau sieht, wie die Entwicklung der Steirischen Familienbeihilfe in den letzten Jahren pro Bezirk aufgeschlüsselt dargelegt wurde. Ich denke, das ist auch eine sehr, sehr positive Angelegenheit, die nicht von allen Abteilungen in dieser Form geschieht. Daß es mit Frau Landeshauptmann Klasnic möglich geworden ist, auch die Finanzierung so in einer guten Weise abzusichern und daß diese Förderung mit 1. Jänner 2000 in Kraft treten kann, ist – glaube ich – besonders hervorzuheben. Jedenfalls danke ich allen Mitarbeiterinnen im Arbeitskreis beziehungsweise im Unterausschuß, daß wir problemlos mit dieser Familienbeihilfe zu Rande gekommen sind. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 20.34 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Schinnerl. Ich erteile es ihm.

**Abg. Schinnerl (20.34 Uhr):** Geschätzter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Es ist sicher ein schöner Tag heute, weil wir diese Steirische Familienbeihilfe beschließen können. Und wenn ich an die Wortmeldung der Frau Abgeordneten Pußwald denke, wie sie zuletzt gesagt hat, sie bedankt sich recht herzlich bei der Abteilung, dann hat sie wohl vergessen, daß sie sich in erster Linie bei den Freiheitlichen bedanken hätte sollen, denn die Freiheitlichen haben den Antrag eingebracht, und die ÖVP hat diesen Antrag wortgleich abgeschrieben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir sollen ja die Kirche im Dorf lassen, und wir sollen es so nennen, wie es auch gewesen ist. (Abg. Tasch: „Von dir lassen wir uns das nicht gefallen!“) Ich glaube, es ist euch allen bekannt, daß die FPÖ am 20. Jänner 1998 den Antrag eingebracht hat auf Erhöhung der Steirischen Familienbeihilfe, weil jahrelang keine Erhöhung stattgefunden hat. Neun Monate später wurde unser Antrag auf Erhöhung der Steirischen Familienbeihilfe von der ÖVP und von der SPÖ-Fraktion – ja, der Klubobmann Schützenhöfer hat so schön gesagt – abgeschmettert wurde. Dieser Antrag wurde abgeschmettert. Zum Kollegen Purr möchte ich auch etwas sagen: Ich war ein bißchen verwundert, daß er als Klubobmann im Ausschuß den Antrag gestellt hat, diesen Antrag abzuweisen. Ich habe mir damals schon gedacht, die Frau Landeshauptmann, die sich in ihren Radioreden immer für die Familie einsetzt, wird den Herrn Klubobmann Purr einmal zurecht weisen und sagen „so geht das nicht“. Sie kämpfe für die Familie – auch wenn es nur in Zeitungen steht oder über das Radio zu hören ist –, und die eigenen Abgeordneten machen dann Anträge, die eigentlich den steirischen Familien zugute kommen, zunichte. Die Frau Landeshauptmann sagt weiters, neun Monate braucht ein Kind. Das hat aber jetzt nochmals so lange gedauert. Zwillinge bekommt man auch in neun Monaten, und man braucht dafür auch keine 18 Monate. Oder wie ist das? (Beifall bei der FPÖ.)

Wie der Antrag abgelehnt wurde, habe ich gleich gesagt, wir werden einen weiteren Antrag stellen, weil es kann ja nicht sein, daß man für die steirischen Familien überhaupt nichts übrig hat. Mir ist eigentlich aufgefallen, daß seit dem Zeitpunkt, als die Frau Landeshauptmann für die Familien zuständig war, überhaupt nichts mehr passiert ist. Daher freut es mich ganz besonders, daß wir jetzt diese Steirische Familienbeihilfe beschließen können. Heute wurde schon öfters von Fotos hin- und herschicken gesprochen. Ich habe auch ein solch schönes Foto, welches ausgeschickt wurde, wo sich die Frau Landeshauptmann mit fremden Federn schmückt. Der erste Antrag kommt von den Freiheitlichen, ein zweiter wird von der ÖVP abgeschrieben, und dann wird Werbung für die Frau Landeshauptmann gemacht. Ist ja klar, denn vor der EU-Wahl war das nicht so schlecht. Das verstehe ich auch – ohne weiteres. (Abg. Gennaro: „Ihr habt einen Antrag gestellt, und wir zahlen!“) Jetzt komme ich zu dir, Kurtl. Ich darf mich bei dir recht herzlich bedanken, daß du dich dafür sehr positiv eingesetzt hast und du von vorne herein eigentlich dafür warst, daß diese Beihilfe nicht nur 18 Monate ausbezahlt werden soll, sondern 24 Monate – genauso wie unser Antrag lautete. Wir haben uns dann im Ausschuß auf 18 Monate geeinigt. Es gibt eine genaue Berechnungsgrundlage, daß diese Steirische Familienbeihilfe 153,8 Millionen Schilling kostet. Frau Landeshauptmann, Sie wissen, bis jetzt sind im Budget nur 43 Millionen Schilling dafür vorgesehen. Es wurden weitere 100 Millionen Schilling im Budget für das Jahr 2000 aufgenommen, genau genommen 143 Millionen Schilling sind jetzt im Budget 2000. Es fehlen von vorne herein schon, wo ich auf Grund der Berechnung genau weiß, 10,8 Millionen Schilling. Ich glaube, daß wir bei der Budgetdebatte noch die Gelegenheit haben werden, daß für diese fehlenden 10,8 Millionen Schilling Zusatzanträge gestellt werden. Im großen und ganzen ist es sehr wichtig, daß wir diese Steirische Familienbeihilfe jetzt beschließen werden.

Diese Familienbeihilfe wird tatsächlich wesentlich erhöht. Ich darf mich nochmals bei allen Fraktionen recht herzlich bedanken, daß sie doch unserem Vorschlag zustimmen, daß diese erhöhte Steirische Familienbeihilfe endlich den steirischen Familien zugute kommt. Frau Landeshauptmann, ich habe hier einen Zeitungsausschnitt. In diesem steht noch ein Erfordernis von 160 Millionen Schilling, letztlich sind es aber nur 143 Millionen Schilling geworden. Wir werden dies bei der Budgetdebatte aber auf Grund von Anträgen noch nachholen.

Zum Abschluß möchte ich vielleicht noch erwähnen, daß es noch einen Antrag geben würde, der den steirischen Familien zugute kommt. Es war auch ein Antrag von uns vom 20. Jänner 1998 auf Erhöhung der Pendlerbeihilfe. Als wir am 1. Juni Ausschußsitzungen gehabt haben, war noch eine Unterausschußsitzung für den 2. Juni für diese Pendlerbeihilfe anberaumt. 18 Monate, in dem Fall nicht 9 Monate, sondern 18 Monate, und da könnten wir schon ein zweites Kind auf die Welt setzen, ist eigentlich noch immer nichts passiert. Für diese Pendlerbeihilfen, und ich möchte wirklich appellieren, sollten wir ehestmöglich Parteienverhandlungen durchführen, daß eben diese Pendlerbeihilfe erhöht wird, weil ich kann nur sagen,

im Jahr 1994 haben wir noch ein Budget bei der Pendlerbeihilfe von 50 Millionen Schilling gehabt. Dann ist es runtergegangen auf 34 Millionen, auf 24 Millionen und jetzt sind wir bei 17 Millionen Schilling. Nochmals meine Bitte: Dies wäre auch ein Beitrag, den steirischen Familien zu helfen, weil wir ganz genau wissen, daß es mehr als 50 Prozent, fast 60 Prozent, Pendler in der Steiermark gibt. Das wäre auch ein Punkt, den man im Budget noch unterbringen könnte. Es würde sich hier um eine Summe von 5 bis 10 Millionen Schilling handeln. Ich danke für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der FPÖ. – 20.42 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Zum Wort gemeldet ist die Frau Landeshauptmann. Ich bitte darum.

**Landeshauptmann Klasnic (20.42 Uhr):** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich habe meiner Kollegin Beutl eine Wortmeldung abgenommen, sage das aber sehr gerne weiter, weil sie es schnell noch formuliert hat. In der Schweiz hat es am Sonntag eine Abstimmung gegeben, wo es der Mutter geschenkt ist, acht Wochen ohne Lohnfortzahlung zu Hause zu bleiben, von Karenzgeld überhaupt keine Rede. In diesem Sinne sage ich, daß ich froh und dankbar bin, nicht nur in Österreich, sondern auch in der Steiermark zu leben, weil wir ein Land sind, das nicht nur kinder-, sondern auch familienfreundlich ist. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich stehe nicht an, daß sämtliche dieser Rahmenbedingungen natürlich auch einen finanziellen Hintergrund haben. Sie werden es dann bei der Budgetdebatte merken, es hat sich jede der Fraktionen in der Regierung bewußt bemüht, Prioritäten zu setzen. Ich habe mich bemüht, innerhalb der eigenen Fraktion diese für das kommende Jahr notwendigen zusätzlichen 100 Millionen Schilling in dieser Form einzubringen. Es gilt, den kinderreichen Familien zu helfen, den Vollhausfrauen, den Alleinerziehern, den Studentinnen, den Schülerinnen, den sozial Schwachen. Ich bedanke mich, und eigentlich ist das der Hauptgrund, denn wenn ich von „Familien stärken“ rede, dann kann man das nicht allein, nicht allein in der Regierung, nicht allein als Landeshauptmann, sondern man braucht dazu auch die Unterstützung und die Hilfe des Landtages. Ich möchte ganz besonders unserer Familiensprecherin Hermi Pußwald danken, möchte dir aber auch danken für den Bericht, der gekommen ist, wo du mir gesagt hast, wie konstruktiv im Unterausschuß aufgearbeitet wurde. Herr Kollege Gennaro, ich weiß um Ihre Vorschläge. Ein wertvoller Beitrag, daß wir auch gerade diese Grenze eingezogen haben, weil damit den Müttern wirklich geholfen ist. Ich danke dafür. Herr Kollege Schinnerl, ich habe überhaupt kein Problem, daß ich mich auch für die Unterstützung der anderen Fraktionen, der beiden kleinen, aber besonders Ihrer Partei, bedanke, daß wir zu einem einstimmigen Beschluß in diesem Ausschuß gekommen sind. Es sind ja unsere Kinder, es ist unsere Zukunft, und es ist unser Anliegen. Wir können damit sichtbar zeigen, daß wir eigentlich nicht nur über etwas reden, sondern daß wir auch wirklich handeln. Ich darf zum Abschluß noch sagen, ich verspreche Ihnen, und davon bin ich überzeugt, daß es in diesem Haus, so wie es zur Familienbeihilfe eine breite und

eine einstimmige Aussage gegeben hat, ganz sicher auch noch zu einer guten Lösung in der Pendlerbeihilfe kommen wird. Wir bemühen uns darum. Es ist aber nicht immer ganz einfach. Wir sind in den Ausgaben an einer Grenze angelangt, wo man vorsichtig sein muß. Diese Grenze soll aber nicht dort eingezogen werden, wo es jene trifft, die schwach sind. Wir haben heute sehr viel darüber geredet. Wenn wir diese Verantwortung, die man in dieser Stunde auch spürt, nach draußen weitergeben können und den Menschen vermitteln, dann wird die Glaubwürdigkeit der Politik und unser aller Glaubwürdigkeit wieder wachsen. Herzlichen Dank für die Unterstützung und alles Gute den Kindern in der Steiermark! (Beifall bei der ÖVP. – 20.45 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Dem ist nichts hinzuzufügen, außer die Zustimmung zu den beiden Anträgen. Wer dem Bericht der Frau Berichterstatterin Pußwald, betreffend Familienbeihilfe des Landes Steiermark, zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke.

Das ist die einstimmige Annahme des Antrages.

Wer dem Bericht des Herrn Abgeordneten Schinnerl, betreffend konkrete Forderungen zur Verbesserung der Steirischen Familienbeihilfe, zustimmt, den bitte ich ebenfalls um ein Zeichen mit der Hand. Danke.

Das ist ebenfalls die einstimmige Annahme des Antrages.

**21. Bericht des Ausschusses für Verkehr und Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 1157/1, der Abgeordneten Korp und Dipl.-Ing. Grabner, betreffend Öffnung des Militärflughafens Zeltweg für zivile Zwecke.**

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Grabner. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Dipl.-Ing. Grabner (20.46 Uhr):** Mit diesem Antrag wird die Regierung aufgefordert, mit allem Nachdruck an die Bundesregierung mit dem Ersuchen heranzutreten, eine endgültige Öffnung des Militärflughafens Zeltweg für die zivile Luftfahrt zu erreichen. Ich bitte um Annahme. (20.46 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Ich danke dem Herrn Berichterstatter für seine präzisen Ausführungen. Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Korp. Ich erteile es ihm.

**Abg. Korp (20.46 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren des Landtages!

Zum wiederholten Male stehe ich zum gleichen Thema hier am Rednerpult, weil das für das Aichfeld, für den Westen der Obersteiermark, für die Obersteiermark insgesamt, eine Schlüsselfrage ist, ob wir diesen angesprochenen ausschließlichen Militärflughafen in Zeltweg für zivile Zwecke, im besonderen für die Wirtschaft der Region nutzen dürfen oder nicht. Ich erinnere bei dieser Gelegenheit daran in gebotener Kürze, daß wir vor mehr als zwei Jahren hier im Landtag einen mehrheitlichen Beschluß gefaßt haben, der die Landesregierung auffordert, an die zuständigen

Stellen des Bundes heranzutreten, um dieser Willensbildung der Volksvertretung des Steiermärkischen Landtages nachzukommen. Wir haben seither so gut wie keine Reaktionen vernommen. Nachdem diese Frage eine außerordentlich wichtige ist und sogar – ich würde sagen – eine existentielle für die Region, haben Kollege Grabner und ich uns entschlossen, einen neuerlichen Antrag einzubringen, um auf diese Tatsache zum wiederholten Mal und sehr bestimmt und nachhaltig aufmerksam zu machen. Es ist nämlich tatsächlich – jetzt sage ich noch einmal – eine Unglaublichkeit, eine so wichtige Verkehrsinfrastruktur wie einen Flughafen in einer Region vor der Haustüre zu haben und das nicht im Sinne der Region nutzen zu dürfen. Das ist das, was uns immer wieder aufstoßt, und das ist auch der Grund, warum wir das immer wieder artikulieren und das immer wieder an die Öffentlichkeit bringen, und nur das ist es. Ich denke doch, daß es die Verpflichtung von Mandataren einer Region ist, das was für die Region notwendig ist, auch immer wieder zu sagen. (Abg. Tasch: „Wißt ihr, daß ihr dagegen ward, wie er ausgebaut wurde?“) Ich verstehe so schlecht. (Abg. Tasch: „Ihr ward dagegen!“) Kurtl, bleib in deinem Ennstal, du kennst dich im Murtal so nicht aus. Überhaupt nicht, das merke ich allein an deiner Wortmeldung.

Ich wollte sagen, 380.000 Obersteirerinnen und Obersteirer brauchen eine moderne Verkehrsinfrastruktur, zu der ja auch natürlich ein bestehender vorhandener Flughafen gehört. Das ist die Botschaft, das müssen wir immer wieder sagen, auch wenn es schön langsam fad wird. Aber offensichtlich hält sich das Engagement derer, die dafür sorgen können, sehr in Grenzen, und die sind vor allem auf der rechten Seite des Hauses beheimatet, wenn ich allein an den Herrn Verteidigungsminister und seine Spitzenmilitärs denke. Und der Herr Verteidigungsminister muß ja offensichtlich sowieso das machen, was seine Spitzenmilitärs meinen und sagen, anders ist dieses Verhalten ja wohl nicht zu erklären. Ich darf noch einmal wiederholen, daß am selben Flughafen eine Fliegerwerft aus Steuermitteln von 1,3 Milliarden Schilling erst vor kurzer Zeit fertiggestellt, errichtet wurde, aus Steuermitteln von allen, wird ausschließlich für militärische Zwecke genutzt. Und in Zukunft soll ja das für NATO-Gegebenheiten genutzt werden, wenn es nach dem Willen Ihres Verteidigungsministers geht, der nach Paragraph 62 des Luftfahrtgesetzes für die Genehmigung zuständig ist. So schaut es aus. Das sind die Fakten, das ist die Wahrheit, die einfach nicht zu übersehen ist. (Abg. Bacher: „Was sagt denn der Bundeskanzler?“) Und jetzt sage ich noch etwas dazu, auch zum wiederholten Male.

Lieber Hans Bacher, jetzt sage ich dir einmal was: Würdet ihr von der rechten Seite des Hauses in dieser Frage auch nur annähernd das Engagement an den Tag legen, wie wir das getan haben, dann hätten wir das schon längst. Aber ihr schlaft ja. Das ist die Tatsache. Und wenn das Wort der Haubentaucher auf wen zutrifft von eurem Gerhard Hirschmann, dann seid ihr das. So schauen wir aus! (Abg. Bacher: „Die Ohren anlegen tut er!“) Und dann sage ich noch etwas, von wegen Ohren anlegen. Verkehrsinfrastruktur! Ich bin aufgetreten vor 500 Delegierten und habe es meinem Bundeskanzler gesagt. (Abg. Bacher: „Wir haben mitbeschlossen, nur der Bundeskanzler war dage-

gen!“) Du hast ja nicht einmal „Pieps“ gesagt. Habe ich ein Wort von dir gehört in dieser Frage? Nichts. Eine Nullmeldung von dir. Und jetzt sage ich dir noch etwas: Hans Bacher, du zuhören. Gehe her und rede dann, jetzt bin ich dran.

Lieber Hans Bacher, noch etwas zur Verkehrsinfrastruktur, weil wir das vorhin beschlossen haben. B 96, B 83, von Neumarkt, dein Bezirk, bis Judenburg, ein bißchen unser Bezirk, braucht man mit dem Pkw gleich lang wie von Judenburg nach Graz. Das zeigt uns, wie wir in der Obersteiermark in dieser Frage jahrzehntelang benachteiligt wurden. Das sind die Fakten, jahrzehntelang. Und wir wären alle miteinander bestens beraten, würden wir zusammenhalten, gemeinsam auftreten, um das, was zum Angreifen ist, auch durchzusetzen. So schaut das aus! (Beifall bei der SPÖ.)

Die Frau Landeshauptmann ist dankenswerterweise noch auf der Regierungsbank.

Der Herbert Peinhaupt und deine Fraktion hat eine parlamentarische Trickkiste ausgepackt, um dem zuständigen Verkehrslandesrat einen halbjährlichen Bericht herauszulocken, arbeiten wir bitte zusammen und arbeiten nicht mit solchen Schmähs. Das bringt ja nichts. (Abg. Bacher: „Das ist eine ernste Geschichte!“) Wem bringt den das was? Überhaupt niemandem. So schaut das aus. Ich weiß nicht, was du unter ernstesten Geschichten verstehst.

Frau Landeshauptmann! Sie wissen wie wir, wir haben viele, viele exportorientierte Betriebe, die ihre Kunden in der ganzen Welt haben. Es ist für die einfach ein Unterschied, ob sie sagen können, wir haben ein Flugfeld vor der Haustüre, für sie benützbar oder nicht. (Landeshauptmann Klasnic: „Es geht nicht nur ums Flugfeld, sondern auch um die Zollabfertigung. Es ist nicht nur der Verteidigungsminister zuständig, sondern auch der Finanzminister!“)

Weiß ich, ja natürlich! Ist mit Kosten verbunden. Ist bekannt! (Landeshauptmann Klasnic: „Ich bin eh dafür!“) Frau Landeshauptmann, ich freue mich darüber, daß Sie das so deutlich und ehrlich sagen, ich bin eh dafür, kein Problem. Schön! Wir wünschen uns das. Machen wir es miteinander, strengen wir uns gemeinsam an, und wenn Sie bei einer militärischen Veranstaltung vor kurzem gemeint haben, da müssen wir noch einmal eine Bedarfserhebung tätigen, ich weiß, Sie wissen auch wie wir, das Aichfeld ist eine der bestuntersuchten Regionen der ganzen Steiermark, was wollen wir denn da noch erheben. (Landeshauptmann Klasnic: „Diese Erhebung gibt es. Ich habe sie Ihnen schon geschickt!“) Gut! Frau Landeshauptmann! Ich schließe damit ab. Ich würde darum bitten, gehen wir es miteinander an, parteiübergreifend. Machen wir ernst in dieser Frage, wir brauchen es, die Obersteiermark braucht es, die Steiermark braucht es, die Region braucht es. Es ist eine unglaubliche Vorgabe, wenn wir das, was wir haben, nicht in unserem Sinne verwenden können. (Landeshauptmann Klasnic: „Sie wissen schon, was der Minister verlangt hat, die Wirtschaftlichkeit müssen wir nachweisen!“) Da brauchen wir ja gar nicht streiten, wir wollen ja eh das gleiche. Aber das ist halt im Parlamentarismus manchmal so, daß das auch dazugehört. Ich rechne mit unserer Gemeinsamkeit in dieser Frage und glaube, daß wir es dann auch darüberbringen. In diesem Sinne herzlichen Dank! (Beifall bei der SPÖ. – 20.56 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Rieser. Ich erteile es ihm.

**Abg. Rieser (20.56 Uhr):** Sehr geehrte Frau Landeshauptmann, Herr Präsident, Hoher Landtag!

Zum wiederholten Male haben wir die Möglichkeit, über die Öffnung des Militärflughafens in Zeltweg zu diskutieren. Ich gebe dem Herrn Kollegen Korp insofern recht, daß es eine Verpflichtung als Abgeordneter einer Region ist, zu diesem Thema auch Stellung zu beziehen. Ich möchte eines in diesem Zusammenhang sagen, und hier brauchen wir uns gegenseitig keine Schuld zuweisen, wir haben in allen Gremien, auch im Bundesrat, öfters gemeinsame Entschließungen in diesem Zusammenhang verabschiedet.

Zum Zweiten, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen: Es hat nicht immer in der letzten Zeit einen Verteidigungsminister der Volkspartei gegeben, sondern es hat auch Verteidigungsminister der Freiheitlichen Partei sowie auch Verteidigungsminister der Sozialdemokratischen Partei gegeben. Man muß auch zur Kenntnis nehmen, daß seit 1970, und hier kann ich nur die Sozialdemokraten einladen, auch kritisch darüber nachzudenken, die den Regierungschef in diesem Land haben. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist uns allgemein bekannt, daß das Bundesheer bereit ist, den Fliegerhorst Zeltweg für mehrere Großveranstaltungen für den zivilen Flugverkehr zu öffnen. Eine generelle Öffnung wurde auf Grund der Verfassung und des gesetzlichen Auftrages bis jetzt immer abgelehnt. Die Forderung der Region nach Öffnung des Flughafens wurde verlangt und wird ständig verlangt. Meine sehr verehrten Damen und Herren, eines darf ich in diesem Zusammenhang schon erwähnen: Ich glaube, daß man es auch sehr nüchtern diskutieren soll. Es hat vor einiger Zeit, und Ernst, du weißt es, daß von der Wirtschaftskammer Steiermark eine Befragung durchgeführt wurde. Betriebe aus dem obersteirischen Raum, welche mehr als 50 Beschäftigte haben, wurden eingeladen, dazu eine Stellungnahme abzugeben. In diesem Zusammenhang sage ich euch, ich kriege Kribbeln da drinnen, wenn ich weiß, daß 70 Prozent der Befragten keine Antwort gegeben haben. Ich sage es nur hier, denn ich bin für die Öffnung und bekenne mich auch für die Öffnung, aber ich möchte es hier auch gesagt haben. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Kollege Ernst Korp hat die Werft angesprochen. Wir haben in Zeltweg die modernste Fliegerwerft in Europa. Ich sage jetzt, was viele vielleicht nicht wissen: Es laufen Tendenzen, diese Werft zu privatisieren. Von seiten des Ministeriums wurden Firmen eingeladen, nämlich die Firma Saab und die Firma Lockheed, und beauftragt, ein Modell für die Ausgliederung des Stützpunktes Zeltweg zu erarbeiten. Vielleicht hat man im Zuge dieser Verhandlungen die Chance, auch diesen heutigen Landtagsbeschluß hineinzuverhandeln. Liebe Kolleginnen und Kollegen, dabei sollen die Unternehmen, die eingeladen wurden, aufzeigen, wie man den Luftstützpunkt (Werft) Zeltweg durch ein privates Unternehmen führt. Hoher Landtag! Ich frage mich, warum nicht dann auch die Öffnung für den zivilen Luftverkehr möglich ist. Das Argument der NATO habe ich des

öfteren in der letzten Zeit hinterfragt. Es wurde mir von allen Verantwortlichen im Verteidigungsministerium für mich begreiflich erklärt, daß das gegenwärtig nicht zur Diskussion steht. Ich möchte abschließend nochmals klar feststellen, daß seit Jahrzehnten dieses Thema „Öffnung Flughafen Zeltweg“ diskutiert wurde und daß die Österreichische Volkspartei ständig auch dafür gewesen ist. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 21.01 Uhr.

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Ing. Peinhaupt. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Ing. Peinhaupt (21.01 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Nachdem mir auch die sozialdemokratische Fraktion ihr Ohr schenkt, werde ich versuchen, die Ernsthaftigkeit in die Abhandlung dieses Themas hineinzubringen. Lieber Ernst, sei mir bitte nicht böse, wenn ich das sage, deine Art und Weise des Agierens, nicht nur hier von diesem Standpunkt aus, sondern auch dein Agieren in den Medien, ist etwas, was einer gemeinsamen Sache nicht dienlich ist (Beifall bei der FPÖ.) und eher dazu anhält, daß man dementsprechende Positionen einnimmt, um auch die Verantwortung, die von deiner Fraktion wahrzunehmen war und ist, einzufordern. Ich werde nicht müde werden, hier dementsprechend zu agieren und die Verantwortung einzuverlangen. Fangen wir einmal mit einer gewissen Chronologie an: Die Notwendigkeit des Flughafens im Aichfeld ist eine unumstrittene, und zwar aus dem einen Grund, daß diese krisengeschüttelte Region, und wer diese Krise aus dem Ärmel geschüttelt hat, wissen wir auch, schon einmal durchgefallen ist, nämlich bei der Ansiedlung des Chrysler-Werkes. Dort war auch die Obersteiermark ein Standort. Auf Grund der fehlenden Infrastruktur hat sich Chrysler eben nicht in der Obersteiermark angesiedelt. Statt dessen hat man jeden verlorenen Arbeitsplatz in der Verstaatlichten mit 2 Millionen Schilling gefördert – jeden verlorenen. (Abg. Schrittwieser: „Das ist ein alter Hut!“) Nein, das ist kein alter Hut. Ich komme dann gleich auf deine Sache zurück.

Zum Zweiten unterstreiche ich die Notwendigkeit daran, daß noch gar nicht so lange her lebhaftere Diskussionen geführt wurden, ob das Audi-Werk in Judenburg gebaut wird oder in Tschechien. Als kleine Entschädigung, und Judenburg hat, so glaube ich, auch einen sozialdemokratischen Bürgermeister, der die dementsprechenden Ressourcen nicht rechtzeitig zur Verfügung stellen konnte, haben uns damals die Sozialdemokraten zwar das Audi-Werk nach Tschechien exportiert, aber den McDonalds haben sie uns geliefert. Diesen haben wir seit damals in Judenburg – wir sind ja bald mit irgend etwas zufrieden. Ich möchte aber schon darauf eingehen, was sie politisch mit diesem Thema bereits aufgeführt haben. Karlheinz Vollmann hat am 26. November 1996 eine Anfragebeantwortung von freiheitlichen Abgeordneten des Nationalrates an den zuständigen Minister hier in diesem Hause zur Verlesung gebracht, wo alle Forderungen, die hier im Hohen Haus erhoben worden sind, in Frageform an den Minister gerichtet worden sind. Herr Minister hat gesagt, ich weiß ja von nichts. Peter,

du wirst es ja besser wissen, denn du warst ja im Bundesrat und hast als verlängerter Arm unserer Interessen gewirkt. Wie weit du gewirkt hast, haben wir dementsprechend gesehen. In dieser Anfragebeantwortung hat Herr Minister auch gesagt: „Bei einem dementsprechenden Willen, daß wir diesen Flughafen öffnen, könnte es in zwei Jahren bewerkstelligt werden.“ Jetzt haben wir zwei Jahre und acht Monate und wieder ist nichts geschehen. Ich verstehe hier die Sozialdemokraten schon, daß man immer wieder hergeht und das erneuert. Das gleiche ist aber bitte auch im Straßenbau. Seit 1991 renne ich herum, um diese leidtragene Bevölkerung meines Heimatdorfes von dieser Verkehrslawine zu befreien. Deshalb auch dieser Antrag mit dieser Sechs-Monats- beziehungsweise -Jahres-Frist, um diesen Sachverhalt evident zu halten. Und da agiert ihr dann auf einmal beleidigt und ganz böse, und ihr bringt alle drei Monate regelmäßig den Antrag ein, ohne daß ihr über eure Bundeskompetenz versucht, hier mitzuwirken. Und außerdem, meine Damen und Herren, wurde ja damals der Beschlußantrag gefaßt, daß die Landesregierung aufgefordert wird, alle Parteien, ich glaube mit Ausnahme Grüne, mit allem Nachdruck die Öffnung zu erwirken. Na, den Nachdruck habe ich mir angeschaut, zwei Jahre, acht Monate, nichts ist geschehen. Und heute geht man wieder her und macht offiziell in trauter Einigkeit eine Schadensbegrenzung. Da machen wir jetzt eine Befragung, damit wir ja keinen stören, um die bestehenden geht es gar nicht so. Um jene Zonen, die als Bauland ausgewiesen worden sind, auf Grund der hohen Dezibelbelastung nicht mehr als Bauland verwendet werden können, diese Ressourcen gehören als Industriegrund genützt. Und wir brauchen Betriebe in dieser Region, daß sie nicht stirbt. Und deshalb brauchen wir auch den Flughafen, damit die Betriebe herkommen. Und die Befragung der bestehenden interessiert mich nur zum Teil, das muß ich klipp und klar sagen. (Abg. Majcen: „Das ist Demokratie!“) Was Demokratie ist, lieber Franz Majcen, möchte ich dir schon sagen, wenn du mitbestimmst, daß die Landesregierung aufgefordert wird, das zu machen, und es nicht gemacht wird, ist das undemokratisch. Das ist es. Und wenn man dann hergeht und die Schadensbegrenzung dahin gehend macht, daß man sagt, jetzt muß man einen Bedarf prüfen, und dann wird die Landeshauptfrau vielleicht wieder irgendwann einen Brief schreiben und das und jenes machen, damit ist dieser Region nicht gedient. (Beifall bei der FPÖ.)

Ich unterstütze den Antrag vom Korp Ernst 100prozentig, nur muß ich eines dazu sagen, lieber wäre mir, wenn er hinzufügen würde, „und dem Landtag über den Stand der Verhandlungen halbjährlich zu berichten“. Dann kann ich nämlich die politische Verantwortung auch einfordern. (Abg. Vollmann: „Wir werden auch einfordern. Es kommt ein Wohnbauantrag, da werden wir auch einfordern!“) Heinz, ich muß dich auf eines darauf aufmerksam machen, und ich habe es heute schon einmal gesagt, ihr verlegt euch nur auf das Fordern und das Ankündigen, auf das Umsetzen, da wollt ihr nichts mehr wissen. (Abg. Vollmann: „Wir schon!“) Ich wünsche euch mit eurer Ankündigungspolitik viel Glück. Ihr werdet dieses Glück nur beim Wähler nicht finden. Ihr werdet es nicht finden. (Abg. Huber: „Tut der Sonntag so weh?“) Was für ein Sonntag? Nein, das ist der Tag des Herrn,

das stört mich weniger! Der Tag der SPÖ wird mit Sicherheit kommen, meine Damen und Herren! Und wenn man so lahm und so unkorrekt agiert bei einem so wichtigen Thema für eine Region, dann kommt der Tag bestimmt. (Beifall bei der FPÖ. – 21.10 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Nachdem keine weitere Wortmeldung mehr vorliegt – eine Berichtigung, aber gerne!

**Abg. Korp (21.10 Uhr):** Es hilft nichts. Nach dem Gehörten muß ich da noch etwas sagen im Wege einer Berichtigung. Herr Präsident, danke für das Verständnis, daß Sie mir das Wort erteilt haben.

Die SPÖ will von der Umsetzung nichts wissen. Ankündigungspolitik, sagst du. Du bist Landespartei sekretär der Freiheitlichen Partei Steiermark. Du bist in der Region so gut wie nicht vorhanden. Man sieht dich nirgendwo. Du trägst in der Region zu den positiven Aktionen nichts bei, du bist, obwohl du dich in den Vorstand des EU-Regionalmanagements hineinwählen hast lassen, dort nie mehr gesehen worden. Und dann stellst du dich da her und sagst das. Daher war es mir wichtig, auf diese Feststellungen auch meinerseits etwas zu sagen. Zur Feststellung des Herrn Kollegen Peter Rieser, NATO-Nutzung, keine Kenntnis, sagst du, das sind deine Erkenntnisse. Am 29. April warst du meines Wissens auch bei einer Veranstaltung mit dem Verteidigungsminister Fasslabend, wo er unter anderem erklärt hat, „Flughafenöffnung Zeltweg uninteressant“. Wir werden eine NATO-Nutzung forcieren, also im Wege einer Wartungszentrale für NATO-Flugzeuge. So wurde es mir übermittelt. Also von wegen keine Kenntnis, es gab, zumindest so wie mir das übertragen wurde, eine klare Absage des Herrn Verteidigungsministers. So ist mir das gesagt worden, und darum war es auch wichtig, das dazuzusagen. Aber Sie werden mich ja aufklären, was jetzt wahr ist oder nicht. Aber ich glaube, mir ist es wichtig gewesen, einige Dinge klarzustellen, andere als Ankündigungspolitik da herzustellen und eigenes Engagement in Grenzen zu halten, so nicht, Freunde, mit uns nicht. (Beifall bei der SPÖ. – 21.12 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Frau Kollegin Pußwald, Freiwillige beim Bundesheer.

**Abg. Pußwald (21.12 Uhr):** Ja, ich lege auch ein Bekenntnis ab. Ich glaube, ich war bei dieser Veranstaltung mit dem Herrn Bundesminister Fasslabend persönlich zugegen, er hat Stellung genommen zum Flughafen in Zeltweg, selbstverständlich. Auch in dieser Diskussion hat er klar gesagt, daß eine zivilrechtliche Öffnung mehrere Komponenten hat, die auch heute schon von Kollegen Peter Rieser angesprochen wurden. Weiters hat er ganz klar gesagt, daß ein NATO-Flughafen in Zeltweg überhaupt nicht in Frage kommt, weil die Maschinerie der NATO einfach von München aus bessere Voraussetzungen, bessere Startbedingungen, Voraussetzungen und anderes hat. Dieses möchte ich hier als Ohrenzeuge belegen. Die Aussage des Kollegen Korp ist eine Unterstellung, die nicht in Ordnung ist. (Beifall bei der ÖVP. – 21.13 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Nachdem keine weitere Unterstellung mehr angesagt ist, kommen wir zur Abstimmung über den Bericht des Herrn Berichterstatters zum Antrag 1157, betreffend Öffnung des Militärflughafens Zeitweg für zivile Zwecke. Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Das ist die einstimmige Annahme des Antrages.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

**22. Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Arbeitsplatz über den Antrag, Einl.-Zahl 928/1, der Abgeordneten Keshmiri und Dr. Brunner, betreffend Chancengleichheit von Frauen und Männern.**

Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Mag. Zitz. Ich erteile ihr das Wort.

**Abg. Mag. Zitz (21.14 Uhr):** Die Regierung hält in ihrer Stellungnahme zum Antrag des LIF, Einl.-Zahl 928/1, fest, daß durch die Arbeit des Vereines „Taten statt Worte“, die als österreichweite Initiative mit dem Ziel tätig wird, die Situation der Frauen in der Arbeitswelt zu verbessern, die im Antrag beschriebenen Projekte bereits behandelt werden. Die Initiierung eines eigenen Projektes erscheint daher nicht angebracht.

Der Ausschuß für Wirtschaft und Arbeitsplatz stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Arbeitsplatz, betreffend Chancengleichheit von Frauen und Männern, wird zur Kenntnis genommen. Ich ersuche um Annahme dieses Antrages. (21.15 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Bachmaier-Geltewa. Ich erteile es ihr.

**Abg. Dr. Bachmaier-Geltewa (21.15 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Zum Antrag des Liberalen Forums, betreffend Chancengleichheit von Frauen und Männern, möchte ich folgendes ausführen:

Am 8. Juni dieses Jahres fand bekanntlich in der Burg eine Frauenenquete statt, die von der Landesregierung gemeinsam mit den Landtagsklubs abgehalten wurde. Diese hoch interessante Veranstaltung wurde mit Ausnahme eines Podiumsdiskutanten ausschließlich von Frauen besucht, was ich persönlich sehr bedauere. Sogar Herr Landesrat Paiarl, der ständig vorgibt, für alles, was mit Wirtschaftsförderung und Arbeitsmarkt zu tun hat, kompetent zu sein, glänzte durch Abwesenheit. (Landesrat Dipl.-Ing. Paiarl: „Ich habe keine Einladung bekommen!“) Wenden Sie sich bitte an Frau Nationalratsabgeordnete Steibl, die die Einladungen versandt hat. (Abg. Ing. Mag. Hochegger: „Ich habe das gar nicht gewußt!“) Ich freue mich, wenn sich die Männer betroffen fühlen. Es tut mir wirklich sehr leid, daß von ihnen niemand anwesend war. Haben wir euch schon so eingeschüchtert, daß ihr euch nicht mehr zu kommen getraut? Sie werden es nicht glauben, liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist so, daß wir Frauen, wenn es darum geht, Chancengleichheit zu erreichen, auch auf die Unterstützung der Männer angewiesen sind.

Bei dieser Enquete wurde einmal mehr deutlich, wie ungerecht eigentlich die Situation der Frauen ist. Frauen leisten weltweit zwei Drittel der Arbeit, bekommen aber lediglich zehn Prozent des Einkommens und besitzen nur ein Prozent des Vermögens. Frauen haben genug Arbeit – Haushalt, Familienarbeit, Pflege naher Angehöriger, der Kinder und so weiter.

Ich gebe schon zu, daß es sehr spät ist und der Lärmpegel natürlich entsprechend gestiegen ist. Das Thema ist aber wirklich zu wichtig. Darum bitte ich, mir ein bißchen zuzuhören. (Präsident Dipl.-Ing. Vesko: „Ich schließe mich diesem Wunsch an!“) Wir Frauen haben aber nicht genug bezahlte Arbeit. Unbezahlte Arbeit, wie ich schon erwähnt habe, haben wir Frauen genug. Von den Möglichkeiten der besseren Verteilung der unbezahlten Arbeit will ich jetzt nicht sprechen, denn das würde den zeitlichen Rahmen meiner Wortmeldung sprengen, denn da müßte ich einen Vortrag über die partnerschaftliche Teilung der Haus- und Versorgungsarbeit halten. Wenn ich zu diesem Thema schlicht sage „halbe-halbe“, dann weiß hier im Saal sicherlich jeder, was ich damit meine. (Präsident Dipl.-Ing. Vesko: „Freibier für alle!“) Nun aber zur besseren beziehungsweise gerechteren Verteilung der bezahlten Arbeit: Es ist leider nach wie vor so, daß Frauen im Durchschnitt ein Drittel weniger verdienen als Männer. Dies nicht zuletzt auch deshalb, weil sie nicht so viele Möglichkeiten haben, qualifizierte und damit besser dotierte Jobs anzunehmen. Das liegt nicht daran, daß Frauen etwa dümmer wären als Männer, ganz im Gegenteil: Frauen haben nur leider oft nicht die Chance, sich besser ausbilden zu lassen beziehungsweise die Chance, ihr Können unter Beweis zu stellen. In diesem Zusammenhang ist die Erlassung von betrieblichen Frauenförderplänen ein ganz wesentlicher Aspekt. Paragraph 97 Arbeitsverfassungsgesetz sieht derartige Möglichkeiten vor, nur wird von diesen in Privatunternehmen leider sehr wenig Gebrauch gemacht. Hier müßte eigentlich die öffentliche Hand mit gutem Beispiel vorangehen. Bedauerlicherweise ist der für das Personal zuständige Landesrat Hirschmann in dieser Beziehung etwas lax. Sein Frauenförderplan für den Landesdienst wurde am 19. April 1999 quasi in letzter Minute in die Regierung eingebracht, nachdem unsere Fraktion die Erlassung eines solchen gemäß Paragraph 40 Gleichbehandlungsgesetz mittels eines sehr umfangreichen Antrages, mit dem wir Herrn Landesrat Hirschmann einen Großteil der Arbeit abgenommen haben, urgiert hat. Wie sieht es im Arbeitsleben für eine Frau aus? Schlecht bezahlte Arbeit, geringfügige Beschäftigungsverhältnisse, 190.000 derzeit in Österreich, davon drei Viertel Frauen, meist unregelmäßige Teilzeitarbeit bei einem Einkommen, von dem man nicht leben kann. Frauen gelten als unsichere Arbeitskräfte, weil sie möglicherweise durch Kinderpause oder durch Pflege kranker Familienmitglieder ausfallen. Frauen sind leider zu oft bereit, unter miesen Arbeitsbedingungen zu arbeiten, weil sie das Geld brauchen. Das wissen viele Arbeitgeber und nützen diese Situation weidlich aus. Geht es darum, daß in einem Betrieb eine höhere Position zu besetzen ist, findet man sehr schnell einen Mann, obwohl es immer wieder Frauen gibt, die für derartige Positionen in Frage kommen und auch geeignet sind. Dieses Problem, über welches wir schon oft hier im Haus gesprochen haben, können

Frauen allein nicht lösen. Den Antrag des Liberalen Forums auf Durchführung eines Projektes des Landes Steiermark gemeinsam mit der Wirtschaft halte ich für richtig und wichtig, weshalb er von meiner Fraktion im Ausschuß auch unterstützt wurde, von der ÖVP und den Freiheitlichen hingegen leider nicht. Es geht hier nicht nur darum, ein Problembewußtsein zu schaffen, sondern auch Lösungsansätze aufzuzeigen und konkrete Modelle zu entwickeln, wie der vorhandenen Chancengleichheit wirksam begegnet werden kann. Was allerdings Frau Landeshauptfrau Klasnic zu diesem Thema in ihrer Stellungnahme zu sagen hatte, kann keineswegs akzeptiert werden. Sie hat es sich zu einfach gemacht, wenn sie lediglich den Verein „Taten statt Worte“ erwähnt und die von diesem vorgenommene Kür des frauen- und familienfreundlichsten Betriebes als Lösung des Problems anbietet. Eine Aussendung eines Fragebogens als Projekt zu bezeichnen und zu glauben, daß dies zu einer Chancengleichheit von Frauen und Männern führt, ist wirklich etwas naiv. Wenn man sich, meine Damen und Herren, den Personenkreis näher ansieht, der dem Bundeskomitee von „Taten statt Worte“ angehört, ich nenne Bundesminister Bartenstein, Landesrat Hirschmann, Landeshauptfrau Klasnic, Ex-Landeshauptmann Zernatto, Generalsekretärin Rauch-Kallat und so weiter, und so weiter, dann stellt man nur unschwer fest, daß es sich durchwegs um ÖVP-Politiker handelt. Deshalb wundert es mich natürlich nicht, wenn diese Initiative von Frau Landeshauptfrau so angepriesen wird. Im übrigen ist bemerkenswert, daß in dem von der Vorsitzenden dieser Initiative, Frau Nationalratsabgeordneten Steibl, ausgesandten Folder „Frauen in Bewegung“ nur ÖVP-Politiker zu Wort kommen, im Beitrag über Gesundheit Landesrat Dörflinger aber nicht einmal erwähnt ist. (Beifall bei der SPÖ.)

Wenn die Steiermärkische Landesregierung einen Folder herausgibt, so meine ich schon, daß eigentlich Herr Gesundheitslandesrat derjenige wäre, der zum Thema „Gesundheit“ etwas sagen müßte. An dieser Stelle sei festgehalten, daß die Grazer Stadträtin Kaltenbeck bereits seit längerem Veranstaltungen unter dem Titel „Frauen in Bewegung“ macht.

Weiters gibt es einen vom Land Steiermark als Familienservice herausgegebenen Ämterwegweiser, in dem die Arbeitnehmergruppierung der ÖVP wie eine überparteiliche Serviceeinrichtung mit Steuergeld beworben wird. Frau Landeshauptfrau Klasnic grüßt im Vorwort.

Von dieser kleinen Exkursion wieder zurück zur Chancengleichheit von Frauen und Männern: Wenn Frau Landeshauptfrau Klasnic in ihrer Stellungnahme schon so besonders betont, wie wichtig allein mit der Aussendung der Fragebögen die damit verbundene Schaffung eines Problembewußtseins ist, dann frage ich mich folgendes: Wenn Frau Landeshauptfrau Klasnic die Anliegen der Frauen tatsächlich so am Herzen liegen und sie natürlich für die Gleichstellung der Frauen eintritt, dann verstehe ich nicht, warum sie selbst nicht Taten statt Worte setzt und sich noch immer Landeshauptmann und nicht Landeshauptfrau nennt. (Beifall bei der SPÖ.)

Da gibt es in ganz Österreich unter den neun Landeshauptleuten nur eine Frau, und die nennt sich „Landeshauptmann“. Wie sieht es da mit der Glaub-

würdigkeit dessen aus, was Sie in Richtung Frauenpolitik vertreten, Frau Landeshauptmann? Ich danke! (Beifall bei der SPÖ. - 21.26 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Als nächste zum Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Beutl.

**Abg. Beutl (21.26 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Einige Punkte, die die Frau Kollegin Bachmaier-Geltewa heute angesprochen hat, möchte ich zumindest von meiner Seite her beleuchten, und ich fange gleich beim letzten an. Frau Landeshauptmann ist eine Funktionsbezeichnung, und ich glaube, es ist auch dem Herrn Landeshauptmannstellvertreter lieber, wenn er „Landeshauptmannstellvertreter“ genannt wird und nicht „Landeshauptfraustellvertreter“.

Zum Folder, der Folder ist meines Wissens ein Folder gewesen, der sich ganz stark mit dem Thema Sport beschäftigt hat und zum Thema Sport haben wir einen zuständigen Landesrat Hirschmann. Ich glaube, daß es legitim ist, diese Personen dort zur Geltung zu bringen. (Abg. Dr. Reinprecht: „Können Sie mir sagen, was der EU-Abgeordnete Rack mit Sport zu tun hat?“) Der Personenkreis, der zu dieser Enquete eingeladen war, wurde eigentlich von einer Arbeitsgruppe ziemlich genau festgelegt, und es war dort auch bis zur allerletzten Besprechung nicht klar, ob überhaupt Regierungsmitglieder erwünscht sind, obwohl es dann von einer Podiumsteilnehmerin kritisiert wurde, daß keine Regierungsmitglieder da waren. Aber da muß man sagen, das war mehrheitlich auch der Wunsch der Arbeitsgruppe. (Abg. Gross: „Was hat der Kollege Rack gemacht? Was hat er mit Sport zu tun?“) Zum Thema Frauenförderprogramm kommt die Kritik, daß sich der Herr Landesrat Hirschmann so lange Zeit gelassen hat, es zu erarbeiten. Ich möchte dazu sagen, daß ich dann nicht verstehe, warum am 19. April, als es dann in der Regierung beschlossen wurde, die Vorbehalte dagegen auch vom Herrn Landesrat Dörflinger da waren, und meines Wissens hat es erst gestern in der Regierungssitzung die Zustimmung vom Landesrat Schmid gegeben. Also die Kritik, daß das Frauenförderprogramm so spät erst sozusagen in die Öffentlichkeit kommt oder weitergegeben wird, die ist auch dort anzusetzen. (Abg. Dr. Bachmaier-Geltewa: „Frau Kollegin, da ist es um die sozialrechtliche Absicherung gegangen, wenn Frauen in Karenz gehen!“) Na gut, aber auf der anderen Seite beklagen Sie, daß das Frauenförderprogramm noch immer nicht weitergegeben wurde, dann muß man aber dazu sagen, es hat Vorbehalte in der Regierung von allen drei Parteien gegeben. Also die Schuld dann ausschließlich der ÖVP zuzuweisen, finde ich nicht in Ordnung. Ich möchte dann trotzdem noch etwas zu dieser Regierungsvorlage sagen und zum Verein „Taten statt Worte“, der hier eigentlich in Wahrheit tatsächlich diesen drei Forderungen sehr wohl entspricht, die in diesem Antrag formuliert sind. Es heißt, ein Projekt, um Problembewußtsein zu schaffen und Lösungsansätze aufzuzeigen, ist gefordert und konkrete Modelle, die umgesetzt werden sollen. Bitte, seit dem Jahr 1990 läuft diese Initiative bereits, in der Zwischenzeit - ausgehend von der Steiermark - in fünf anderen Bundesländern, 600 Betriebe haben daran

teilgenommen. Und wenn ich mir anschau, welche Kategorien hier teilnehmen, dann sind es Kleinbetriebe, Mittelbetriebe, Großbetriebe, öffentliche Unternehmen, Non-Profit-Unternehmen. Das heißt, die ganze breite Palette nimmt teil. Es geht nicht nur um das Ausfüllen eines Fragebogens, sondern es geht sehr wohl auch darum, daß mit diesen Betrieben gemeinsam Frauenförderprogramme entwickelt werden und daß versucht wird, diese Bewußtseinsbildung in den Betrieben voranzutreiben und Verbesserungen für Frauen zu erreichen.

Also das so abzuqualifizieren, daß dieses Projekt nur deswegen abgelehnt wurde – und jetzt sage ich Ihnen etwas, es scheint nur Ihnen deswegen suspekt, weil die Betreiberin dieser Initiative eine ÖVP-Abgeordnete ist und weil im Vorstand dieses Vereines oder dieser Initiative ÖVP-Abgeordnete oder Regierungsmitglieder sitzen. Das ist der einzige Grund. Denn ich möchte noch auf etwas hinweisen, wir haben hier von der ÖVP vor einiger Zeit, ich glaube, es ist über ein Jahr her, ein Projekt, einen Vorschlag, einen Antrag eingebracht, wo wir aufgefordert haben, wir möchten Home-Service-Dienstleistungsprojekte umsetzen, um damit jenen Frauen, die bis jetzt in der grauen Zone sozusagen, auch der Schwarzarbeit, arbeiten, ein Anstellungsverhältnis zu ermöglichen, um ihnen zu ermöglichen, daß sie eine Pensionsabsicherung erwerben. Sie waren massiv dagegen und haben sich hier hergestellt und haben behauptet, das würde Frauen in eine Dienstbotengesellschaft treiben. Warum? Weil dieser Antrag von uns gekommen ist. Aber jetzt, bitte, setzt das AMS mit der Volkshilfe – und wir wissen, wo die Volkshilfe als Trägerorganisation angesiedelt ist – genau dieses Homeservice um, und der Herr Landeshauptfraustellvertreter preist das in einem Zeitungsartikel oder in einer Pressemitteilung an. Diesmal paßt es, aber wenn es von der ÖVP kommt, paßt es nicht. So schaut es aus! (Beifall bei der ÖVP. – 21.32 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Als nächste zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Zitz. Ich erteile es ihr.

**Abg. Mag. Zitz (21.32 Uhr):** Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Man sieht, die Regierungsbank ist leer, es ist kein einziges Regierungsmitglied da, und ich glaube, das ist mit ein Symbol dafür, wie die Steiermärkische Landesregierung mit Frauenpolitik konkret umgeht.

Der Regierungsvorlage, die uns präsentiert wurde als Reaktion auf den LIF-Antrag, werden wir selbstverständlich nicht zustimmen, auch wenn ich als Berichterstatterin die entscheidende Formel ableisten habe müssen. Und zwar deswegen nicht, weil das komplett am Thema vorbeigeht.

Die Regierungs- und Landtagsenquete zur Frauenförderung ist angesprochen worden. Das war eine Enquete, wo wir monatelang, stundenlang darüber diskutiert haben, welches Regierungsmitglied wann die Eröffnungsrede halten soll. Resultat war, daß Landesrat Paierl keine Minute aufgetaucht ist, Landeshauptfrau Klasnic keine Minute aufgetaucht ist, die Landesrätin Rieder immerhin einen Teil des Vormittags anwesend war, und das ist auch von den Frauenorganisationen und von den wenigen Personen,

die doch anwesend waren, sehr kritisch wahrgenommen worden. Man präsentiert das Ganze als einen Schritt des Landes in Richtung konstruktivem Umgehen mit frauenpolitischen Anliegen, und übriggeblieben sind dann einige Mandatarinnen, und kein einziges – abgesehen von Landesrätin Rieder – Regierungsmitglied von der ÖVP. Und ich glaube, daß das den ÖVP-Mandatarinnen genauso unangenehm gewesen ist wie mir zum Beispiel, weil ich mir sehr wohl gewünscht hätte, daß da die Möglichkeit zu einem direkten Austausch und einem Dialog besteht.

Noch ein Punkt bezüglich dieser Publikation des Frauen- und Familienreferates der ÖVP. Diese Publikation ist tatsächlich äußerst problematisch und hat uns dazu motiviert, das Ganze als einen Teil der ÖVP-EU-Wahlkampfstrategie zu sehen. Wir haben deswegen eine Anfrage gestellt, betreffend die EU-Wahlwerbung in einer Landespublikation von der Frauen- und Familienreferentin, wo wir unter anderem fragen, ob die ÖVP mit dem Frauen- und Familienreferat längerfristig gemeinsame Publikationen erstellt, was der Abgeordnete Rack in einer Frauensportpublikation zu suchen hat beziehungsweise ob das ein Mißbrauch eines Referates für den EU-Wahlkampf einer bestimmten politischen Partei wäre. Die Frau Abgeordnete Steibl hat sehr, sehr unangenehm darauf reagiert, aber sie wird diese Anfrage leider Gottes für die Landeshauptfrau persönlich bearbeiten und beantworten müssen. (Beifall bei der SPÖ. – 21.35 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Als nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Gross zur Volkshilfe.

**Abg. Gross (21.35 Uhr):** Ich weiß, ich war nicht eingeplant, hie und da bin ich sogar ungeplant da.

Zum Anwurf von Frau Abgeordneten Beutl möchte ich denn doch etwas sagen. Home-Service und Volkshilfe, da ersuche ich zuerst das Konzept zu lesen und dann das Wort zu ergreifen. (Abg. Schinnerl: „Ihr Frauen seid euch nie einig!“) Oh ja, wir sind uns schon einig, wenn die Voraussetzungen die gleichen sind. In dem Fall waren es nicht die gleichen. Ich ersuche ganz einfach, die Gedanken, die die Frau Nationalrat Ridi Steibl zum Bereich Home-Service aufgezeigt hat und die ÖVP dann hier in einem Antrag eingebracht hat und das Volkshilfeprojekt, das mit AMS-Unterstützung wirklich realisiert worden ist, zu vergleichen. Machen Sie sich selbst einen Reim daraus. Die Frauen, die bei uns angestellt sind, bekommen sogar das, was Kollege Schützenhöfer hier eingebracht hat, nämlich den Mindestlohn von 1000 Euro. Das war im ÖVP-Projekt nicht vorhanden. Deshalb habe ich mich damals dagegen ausgesprochen. (Beifall bei der SPÖ. – 21.36 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Brünner. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Dr. Brünner (21.37 Uhr):** Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Frau Kollegin Beutl, ich bitte dich anzuerkennen oder es uns auch zu überlassen, zu beurteilen, ob das, was wir mit unserem Antrag intendiert haben, und

das, was uns die Landesregierung in der Regierungsvorlage mitgeteilt hat, sich tatsächlich deckt. Unsere Beurteilung, weil wir unsere Intention sehr genau kennen, ist, daß sich das nicht deckt. Wenn man unsere Begründung zu unserem Antrag durchliest, dann müßte auch jeder Dritte zum Ergebnis kommen, daß wir etwas anderes intendiert haben, als der Verein „Taten statt Worte“ und der Wettbewerb „Frauen- und familienfreundlichster Betrieb“ zum Ausdruck bringen. Wir haben ein Projekt vorgeschlagen, das von der öffentlichen Hand, dem Land einerseits und Wirtschaftsunternehmen andererseits, getragen wird, und wo in diesem Projekt und mit diesem Projekt gemeinsam einiges ausprobiert wird, unter aktiver Mithilfe des Landes ausprobiert wird, was im Zusammenhang mit der Gleichberechtigung ein Problem bereitet beziehungsweise was Gleichberechtigung fördern könnte, wie zum Beispiel verschiedene Modelle für Teilzeitbeschäftigung, Aspekte der Karenz- und der Wiedereinstiegsmöglichkeiten, familiengerechte Infrastrukturen, betriebliche Fort- und Weiterbildung, Karriere- und Laufbahnunterstützung et cetera. Das ergibt sich ganz eindeutig aus der Begründung unseres Antrages. Wenn ich mir demgegenüber die Aktivitäten des Vereines „Taten statt Worte“ anschau beziehungsweise die Tätigkeit des Referates Frau, Familie, Gesellschaft, wie das in der Regierungsvorlage zum Ausdruck kommt, so findet sich in dieser Beantwortung nichts, was darauf hinweisen würde, daß es ein solches Projekt gibt. Der Wettbewerb ist überhaupt kein Ersatz für ein solches Projekt, und auch die Beratungstätigkeit dieser Fraueninitiative ist auch nicht ein Ersatz für das Projekt. Beratungs- und Informationsweitergabe ist das eine, aber gemeinsam zwischen Land und einem Betrieb ein Projekt zu definieren und umzusetzen und Erfahrungen zu gewinnen auf den Feldern, die in unserer Begründung drinnen sind, das ist etwas ganz anderes. Ich bitte, das wirklich auch zu sehen, und hier verfolgen wir überhaupt – was weiß ich – keine parteipolitischen Hickhack-Geschichten. Wir haben einen Antrag gestellt, und wir haben eine Vorstellung gehabt. Das, was die Landesregierung dazu sagt, ist etwas ganz anderes. Das ist okay, daß es das gibt. Wir sagen ja nicht, daß es diesen Wettbewerb nicht geben soll. Wir sagen nicht, daß es die Beratung nicht geben soll. (Abg. Beutl: „Man hätte es ausbauen können, dann wären wir auch zu diesem Ergebnis gekommen!“) Ich habe kein Problem damit, und wir haben nicht darauf gezielt, daß jetzt irgend jemand, eine bestimmte Stelle, dieses Projekt macht. Wenn die Antwort gelautet hätte, ja, es wird ein solches Projekt gemacht, und Träger des Projektes ist dieser Verein, oder Träger des Projektes ist das Referat Frau, Familie, Gesellschaft, dann wäre das für uns okay gewesen. (Abg. Beutl: „Aber das steht ja drinnen in der Vorlage!“) Aber dann verstehe ich euch nicht, warum ihr unserer Initiative nicht zustimmt. Faktum ist, und das ergibt sich aus der Beantwortung der Regierung ganz eindeutig, daß das derzeit weder vom Verein noch vom Frauenreferat getan wird. Und das, was getan wird, ist okay, das stellen wir ja nicht in Frage. Das wird aber nicht getan, was wir intendiert haben. Wenn ihr einer solchen Erweiterung zustimmt, warum habt ihr dann unserem Antrag nicht zugestimmt? In unserem Antrag steht ja nicht drinnen, wer es machen soll. Mir ist es egal, wer dieses Projekt

auf der Seite des Landes trägt. Uns ist es wichtig, daß es getan wird. Wenn in der Vorlage der Landesregierung drinnen gestanden wäre, das macht der Verein oder das macht das Frauenreferat, dann hätten wir gesagt, das paßt schon. (Abg. Beutl: „Wir wollen dem Abänderungsantrag zustimmen, der ist aber von euch nicht so eingebracht worden!“) Ich verstehe auch nicht, wieso man da einen Abänderungsantrag braucht. Unsere Intention war ein Projekt, so wie wir es in den Begründungen des Antrages definiert haben. Ich verstehe nicht, daß ihr nicht zustimmen könnt, und die Landesregierung, die aufgefordert werden würde, wenn wir eine Mehrheit zusammenbrächten, ein solches Projekt zu machen, könnte das dem Frauenreferat zuweisen. Das ist überhaupt kein Problem. Ich verstehe die Sache wirklich nicht, weil wenn man die beiden Dinge ganz genau durchliest, dann sieht man, daß unser Antrag etwas anderes intendiert hat, als derzeit das Frauenreferat macht, bei aller Wertschätzung für das, was das Frauenreferat tut. Eine solche Erweiterung wäre für uns kein Problem gewesen. Unser Antrag hat nicht zum Ausdruck gebracht, Frau Kollegin Beutl, daß das irgendeine dritte Stelle tun sollte oder daß das das Frauenreferat ja nicht tun sollte. Das steht in unserem Antrag überhaupt nicht drinnen. Ich denke mir, daß die Sache wichtig wäre. Ich weiß nicht, was wir hier jetzt noch tun können, daß wir eine Mehrheit für ein Projekt zustande bringen. Frau Kollegin Beutl: Ich habe das Problem damit, daß, ist eine Initiative von uns, die auf etwas zielt, was es derzeit noch nicht gibt, und was wir für wichtig erachten. Ich schließe aus deinen Zwischenrufen, daß auch du das als wichtig erachten würdest, daß eine solche Initiative von uns abgelehnt wird. Denn unser Antrag wird hier abgelehnt werden. Es wird der Ausschußantrag mit Mehrheit von euch und den Freiheitlichen beschlossen werden. Der Ausschußantrag, der lautet und was die Regierung schreibt, nämlich Ist-Zustand, wird zur Kenntnis genommen, und nicht eine Erweiterung. Ich kann es nicht anders lesen, Frau Kollegin Beutl. So ist es. Und das ist das Problem, das ich damit habe, weil ich wirklich nicht verstehe, warum das Familienreferat in dem Zusammenhang der Zankapfel ist. Ich sage nochmals: Mir ist es vollkommen egal, welche Stelle auf der Seite des Landes das macht. Hauptsache ist, daß es gemacht wird, und derzeit wird es noch gemacht. Unsere Initiative wird im Klartext abgelehnt werden, wenn, so wie im Ausschuß, ÖVP und Freiheitliche mit Mehrheit den Ausschußbericht beschließen. Das bedeutet letztendlich die Ablehnung unserer Initiative. (21.45 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Es liegt keine weitere Wortmeldung mehr vor. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Antrag der Frau Berichterstatterin zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit Hand. Gegenprobe.

Der Antrag hat die erforderliche Mehrheit gefunden.

**23. Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft über den Antrag, Einl.-Zahl 1164/1, der Abgeordneten Riebenbauer, Ing. Kinsky, Alfred**

**Prutsch, Tasch, Dirnberger und Rieser, betreffend Verwendung von Bioprodukten im Bereich des öffentlichen Beschaffungswesens.**

Berichtersteller ist der Herr Abgeordnete Riebenbauer. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Riebenbauer (21.45 Uhr):** Herr Präsident, meine geschätzten Damen und Herren!

Ich darf den Mündlichen Bericht Nr. 224 vorbringen. Der Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft hat in seiner Sitzung am 1. Juni 1999 über den Antrag, Einl.-Zahl 1164/1, der Abgeordneten Riebenbauer, Ing. Kinsky, Alfred Prutsch, Tasch, Dirnberger und Rieser, betreffend Verwendung von Bioprodukten im Bereich des öffentlichen Beschaffungswesens, beraten und nachstehenden Beschluß gefaßt:

Der Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, das Großprojekt des Vereines „Ernte für das Leben“, welches zum Ziel hat, steirische Großküchen vermehrt mit Bioprodukten zu beliefern, derart zu unterstützen, daß bei öffentlichen Ausschreibungen des Landes von Lebensmittellieferungen nach Möglichkeit 25 Prozent der Ausschreibungssumme für den Ankauf von Bioprodukten verwendet werden sollen. Ich ersuche um Zustimmung. (21.46 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Ich danke dem Herrn Berichtersteller für seine Ausführungen. Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Kinsky. Ich erteile es ihm.

**Abg. Ing. Kinsky (21.46 Uhr):** Sehr verehrter Herr Präsident! Meine geschätzten Damen und Herren!

Ich glaube, wir alle wissen, daß derzeit unsere Bauernschaft damit konfrontiert ist, daß sie ein Preisniedrigstniveau für ihre Produkte hat und damit arbeiten muß und daß es immer höher wird, der Prozentsatz des Gesamteinkommens, was die Förderung betrifft. Ich glaube, in Zeiten wie diesen, müssen wir Bauern, die sich dem biologischen Landbau verschreiben, ein besonderes Augenmerk und besondere Unterstützung zuteil werden lassen. Denn auf der einen Seite wissen wir, daß immer mehr Bauern hier versuchen, auf diese Schiene zu setzen, aber andererseits sie langsam immer mehr auch in Probleme kommen des Absatzes, denn je mehr Produkte biologisch produziert werden, desto schwieriger wird der Absatz für diese Bauern. Und so gilt es zu versuchen, hier die Vermarktung besser in den Griff zu bekommen. Wir wissen, daß es in Österreich in anderen Bundesländern, zum Beispiel Niederösterreich, Salzburg, bereits errichtete Vermarktungsschienen für biologische Produkte gibt. Und aus diesem Grund und auch aus dem Grund, daß ich glaube, daß es für viele Konsumenten weit sinnvoller ist, gesunde biologische Produkte zu essen, ist es ein Gebot zur Stunde, besonders die Bauern zu unterstützen, in Großküchen hineinzukommen. Ich glaube, gerade Sanatorien, Krankenhäuser, Spitäler, aber auch Kantinen von Industrieunternehmen sind brauchbare Stätten, um eine zusätzliche Vermarktung zu bekommen. Das ist die eine Seite. Aber, meine Damen und Herren, ich möchte in

dem Zusammenhang auch ein Thema anschneiden, das wir in den letzten Tagen wiederholt in der Presse lesen konnten. Ich glaube, es müßte von allen, die mit der Landwirtschaft zu tun haben, eine dringende Forderung an Brüssel sein, in Zukunft wesentlich schärfer alle Futtermittelindustrien in eine Kontrolle zu nehmen. Denn das, was man von Belgien gehört hat, was sich dort abspielt, hat auch Folgerungen auf unseren Konsument. Ich glaube, wir können hier an Förderungsmittel beschließen, was wir wollen, durch solche Dinge wird der Markt wieder zusammengeschnitten. Wir haben das erlebt in der BSE-Krise, wir haben das erlebt in dem Schweineberg, der entstanden ist, wo ursprünglich eine große Schweinepest war und dadurch Schweinemangel war, der Preis gestiegen ist, dann wurden mehr Schweine eingestellt, der Markt ist zusammengebrochen. Langsam hat sich jetzt die Situation etwas gebessert, und jetzt sind wir europaweit konfrontiert mit Horrormeldungen aus Belgien, was natürlich beim Konsumenten sofort Auswirkungen hat. Ich würde also glauben, daß hier eine Aufgabe ist, denn wenn es immer wieder solche Geschichten wie jetzt in Belgien gibt, das stoppt den Konsumenten, und letztlich ist der Bauer der Hauptgeschädigte in solchen Dingen. Ich möchte Sie deswegen alle hier ersuchen, diesem, unserem Antrag Ihre Unterstützung zu geben. Ich danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 21.50 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Als nächstes zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Zitz. Ich erteile es ihr.

**Abg. Mag. Zitz (21.50 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Ich bringe einen Antrag der Grünen, betreffend Verwendung von Bioprodukten im Bereich des öffentlichen Beschaffungswesens ein.

Es wird der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, erstens das Großprojekt des Vereines „Ernte für das Leben“, welches zum Ziel hat, steirische Großküchen vermehrt mit Bioprodukten zu beliefern, derart zu unterstützen, daß bei öffentlichen Ausschreibungen des Landes von Lebensmittellieferungen mindestens 25 Prozent der Ausschreibungssumme für den Ankauf von Bioprodukten verwendet werden müssen, sowie zweitens dafür Sorge zu tragen, daß dabei insbesondere Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen berücksichtigt werden.

Das war der Antrag zu diesem Tagesordnungspunkt. Und jetzt noch kurz zum Kollegen Kinsky. Sie haben heute offenbar nicht Radio gehört, daß der Landesrat Pörtl beschrieben hat, daß offenbar ein steirischer Futtermittelbetrieb ebenfalls Futtermittel produziert mit mehrfach überhöhten Dioxinwerten. Das ist eine Geschichte, die für uns unverständlich ist, insofern als seit 26. April die belgischen Dioxinresultate, der belgische Dioxinskandal, der ja auch die EU-Wahlen nicht unmaßgeblich mitbeeinflusst hat, indem in Belgien zum Beispiel 90 Prozent der Bevölkerung wählen gegangen sind, warum also Landesrat Pörtl trotz dieser seit sieben Wochen präsenten Nach-

richten, die auch inhaltlich 100prozentig abgesichert sind, es bis heute nicht geschafft hat, die Kontrollen, die in der Steiermark durchgeführt werden, zu koordinieren. In dem Bereich nämlich zu koordinieren, daß er die Betriebe, die er selber kontrollieren muß ab einer bestimmten Größenordnung, zwar kontrollieren lassen hat, aber es nicht geschafft hat, den Minister Molterer zu motivieren, in der Steiermark die Großbetriebe genauer unter die Lupe zu nehmen. Und von den beiden österreichischen Betrieben, die seit heute – Aussage vom Landwirtschaftsminister – offenbar verseuchte Produkte in Umlauf gebracht haben, ist offenbar einer der Betriebe ein steirischer. Das ist der eine Punkt.

Und der zweite Punkt damit im Zusammenhang, daß die Art von „Tierproduktion“, wie wir sie haben, ökologisch daneben ist, sicher nicht tiergerecht ist und letztendlich tatsächlich auch zu Gefährdung von Personen führen kann, von Menschenleben führen kann wie beim BSE-Skandal. Den Antrag, den die Kollegin Karisch anschließend einbringen wird, werden wir natürlich unterstützen. Aber es ist für uns wie gesagt schwer nachzuvollziehen, warum der Landesrat Pörtl wochenlang wartet, um sich dann beweisen zu lassen, daß auch in der Steiermark eine Entwicklung eintritt, die vielleicht den Namen Dioxinskandal auf steirisch führen wird. (Beifall bei den Grünen. – 21.54 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung. Wir haben zuerst über den Abänderungsantrag, den die Frau Kollegin Zitz soeben vorgebracht hat, abzustimmen. Der bedeutet, daß mindestens 25 Prozent der Ausschreibungssumme für den Ankauf von Bioprodukten bei der Beschaffung verwendet werden müssen. Wenn jemand diesem Abänderungsantrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich bitte nun die Damen und Herren über den Antrag des Herrn Berichterstatters abzustimmen. Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Das ist die mehrheitliche Annahme des Antrages.

Bei den Tagesordnungspunkten 24 und 25 ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher vor, diese beiden Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, doch jeden einzelnen abstimmen zu lassen. Ich bitte um eine Zustimmung, wenn Sie dem beipflichten. Darf ich die Damen und Herren noch einmal ersuchen, eine Zustimmung zu geben für die gemeinsame Behandlung. Das ist die Annahme. Danke!

**24. Bericht des Ausschusses für Wissenschaft, Forschung und neue Technologien über den Antrag, Einl.-Zahl 1151/1, der Abgeordneten Keshmiri und Dr. Brünner, betreffend Sicherung der Einrichtung des Fachhochschulstudienganges „Geomatik und Informationsdesign“ in Rottenmann.**

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Getzinger. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Dipl.-Ing. Getzinger (21.55 Uhr):** Meine Damen und Herren!

Ich darf Ihnen den Mündlichen Bericht Nr. 230 zu Gehör bringen. Der Ausschuß für Wissenschaft, Forschung und neue Technologien hat in seiner Sitzung am 1. Juni 1999 über den Antrag, Einl.-Zahl 1151/1, der Abgeordneten Keshmiri und Dr. Brünner, betreffend Sicherung der Einrichtung des Fachhochschulstudienganges „Geomatik und Informationsdesign“ in Rottenmann, beraten und nachstehenden Beschluß gefaßt: Der Ausschuß für Wissenschaft, Forschung und neue Technologien stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen: Die Landesregierung wird aufgefordert, erstens das Technikum Joanneum zu beauftragen, alles zu unternehmen, um es dem Fachhochschulrat zu ermöglichen, den Studiengang „Geomatik“ in Rottenmann anzuerkennen, und zweitens an die Bundesregierung heranzutreten, damit diese eine Überarbeitung des Fachhochschulausbauplanes vorlegt, um künftige Fachhochschulprojekte in der Steiermark realisieren zu können. Ich bitte um Annahme. (21.56 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Danke für den Bericht.

**25. Bericht des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schulen und Kindergärten über den Antrag, Einl.-Zahl 1161/1, der Abgeordneten Wiedner, Ing. Peinhaupt, Schinnerl und Ing. Schreiner, betreffend Einrichtung eines Fachhochschullehrganges in Agrarentwicklung und Weinkultur.**

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Wiedner. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Wiedner (21.57 Uhr):** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich berichte zum Antrag der freiheitlichen Abgeordneten Wiedner, Ing. Peinhaupt, Schinnerl und Ing. Schreiner, betreffend Einrichtung eines Fachhochschullehrganges in Agrarentwicklung und Weinkultur. Es wird der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, die Notwendigkeit der Einrichtung eines Fachhochschullehrganges Agrarentwicklung und Weinkultur im südsteirischen Raum zur Höherqualifizierung und Eröffnung neuer Marktchancen der in diesen Berufen tätigen Menschen zu prüfen. Ich ersuche um Annahme dieses Antrages. (21.57 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Als erster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Brünner. Ich erteile es ihm.

**Abg. Dr. Brünner (21.57 Uhr):** Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Wir haben vor einiger Zeit den Antrag gestellt, daß die Landesregierung die Einrichtung eines Fachhochschulstudienganges „Stärkung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Regionen Steiermark, Slowenien und Ungarn“ prüfen möge, und zwar dergestalt, daß das schon auf die EU-Erweiterung hin orientiert ist und daß man allenfalls auch eine Dreiländerträgerschaft prüfen möge. Dieser unser Antrag ist dem Unterausschuß EU-Osterweiterung zugewiesen wor-

den, meines Erachtens völlig zusammenhanglos, weil es ja darum geht, daß die Landesregierung das einmal prüft. Erst dann, wenn sie das prüft, ob das sinnvoll und durchführbar ist, kann man allenfalls darüber in einem Unterausschuß reden. Ein analoger Antrag der Freiheitlichen ist im Ausschuß, nämlich auf Errichtung eines anderen Fachhochschulstudienganges, beschlossen worden, und das haben wir heute im Haus. Ich denke mir, daß unter Gleichbehandlungsgründen sehr wohl auch unser Antrag, betreffend Einrichtung eines Fachhochschulstudienganges, genauso wie der Antrag der Freiheitlichen, der Landesregierung zur Prüfung vorgelegt werden sollte. Wir stellen daher einen diesbezüglichen Entschließungsantrag. Der Landtag wolle beschließen: Die Landesregierung wird aufgefordert, die Einrichtung eines Fachhochschulstudienganges „Stärkung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Regionen Steiermark, Slowenien und Ungarn“, dessen Curriculum auf die Ausnützung der wirtschaftlichen Chancen in der Grenzregion durch die Osterweiterung abgestellt ist und der eventuell unter geteilter steirischer, slowenischer und ungarischer Trägerschaft installiert werden könnte, zu prüfen. (21.59 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Hasiba:** Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Präsidenten Dipl.-Ing. Vesko das Wort.

**Abg. Präsident Dipl.-Ing. Vesko (21.59 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich kann mich kurz fassen. Zum gegenständlichen Antrag, betreffend „Fachhochschullehrgang Irdning“, möchte ich einen Unselbständigen Entschließungsantrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Vesko, Ing. Peinhaupt, Dr. Flecker und Tasch einbringen. Begründung: Die Zukunft des Fachhochschullehrganges in Rottenmann ist zur Zeit ungewiß. Auch der zweite in dieser Region geplante Fachhochschullehrgang „Bewirtschaftung und Regionalentwicklung des Alpenraumes“ in Irdning wäre für das Bildungsangebot in der Obersteiermark und die weitere Entwicklung des Bezirkes Liezen von entscheidender Bedeutung. Ziel dieses Fachhochschullehrganges soll es sein, die Absolventen auf ihre künftigen multifunktionellen Aufgaben in der Bewirtschaftung der Berglandschaften, landschaftspflegenden Maßnahmen, umweltschonenden Produktionsformen in der Landwirtschaft, Naturschutz und Tourismus vorzubereiten. Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Erstens: Die Landesregierung wird aufgefordert, sich mit Nachdruck für die Genehmigung des Fachhochschullehrganges „Bewirtschaftung und Regionalentwicklung des Alpenraumes“ in Irdning bei der Bundesregierung einzusetzen.

Zweitens: Allenfalls das Technikum Joanneum in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgruppe in Irdning zu beauftragen, Nachbesserungen beziehungsweise eine Neufassung des Konzeptes des Fachhochschullehrganges „Bewirtschaftung und Regionalentwicklung des Alpenraumes“ in Irdning zu beauftragen, welche es dem Fachhochschulrat ermöglicht, den Studiengang anzuerkennen.

Ich möchte in dem Zusammenhang sagen, daß wir seit dem Jahr 1991 dieses Projekt intensiv verfolgen und daß wir mehrmals, in heftiger Konkurrenz mit Wieselburg in Niederösterreich, nahe daran waren Es hat den Anschein gehabt, als ob alles gelaufen wäre. Nun stellt sich heraus, daß hier wieder neue Konkurrenten auftreten, analog auch zu Rottenmann. Ich darf das Hohe Haus ersuchen, den beiden Anträgen für Rottenmann und Irdning, die für die Region Obersteiermark von essentieller Bedeutung sind, auch was die Abwanderung der Jugend betrifft, ihre Zustimmung zu geben. (Beifall bei der FPÖ. – 22.02 Uhr.)

**Präsident:** Danke sehr. Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Tasch. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Tasch (22.02 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident, verehrter Herr Landeshauptmannstellvertreter!

Wie ein Keulenschlag ist es durch die Runde gegangen, daß die Fachhochschule in Rottenmann „Geomatik und Informationsdesign“ vom Fachhochschulbeirat abgelehnt wurde. Ich glaube, gerade in unserem Bezirk wäre die Errichtung einer Fachhochschule, nicht nur in Raumberg, sondern auch in Rottenmann, von größter Bedeutung. Es sind beide Fachhochschullehrgänge bestens aufbereitet und vorbereitet worden. Vor allem die Fachhochschule in Raumberg ist vorbereitet worden, als man in Österreich noch kaum etwas von einer Fachhochschule gewußt hat. Es hat sich dann in Niederösterreich eine gewisse Stahlhelmfraktion stark gemacht und ist für Wieselburg eingetreten. Man hat dadurch erreichen wollen, daß in Raumberg der Fachhochschullehrgang abhanden kommt. Ich hoffe, das ist aber nicht gelungen. Auch in Rottenmann wurden bereits Millionen Schilling in dieses Projekt gesteckt. Es wurde bereits mit dem Bau des Gebäudes für die Fachhochschule begonnen, welches zur Zeit im Rohbau steht. Ich hoffe, Herr Landeshauptmannstellvertreter, daß du als zuständiger Referent alles in deiner Macht Stehende tust, daß Rottenmann wie auch Raumberg zum Tragen kommen. Es wäre wohl das schlimmste und ärgste, was uns passieren könnte, wenn diese Millioneninvestitionen, die bereits in Irdning, aber besonders in Rottenmann, getätigt worden sind, einem Zwentendorf gleichkommen würden. Ich glaube, es würde gerade in dem Bezirk, wo wir von einer der höchsten Arbeitslosenziffern geplagt werden, ein weiterer Schlag ins Gesicht sein, würde die Errichtung der Fachhochschule in Rottenmann und in Raumberg nicht zustande kommen. Wir sind alle aufgerufen, alles zu tun, und zwar mit größtem Einsatz, diese beiden Fachhochschulen zu forcieren, die beide bereits eine Auslastung von den Schülerzahlen haben und mit Beginn des neuen Schuljahres starten könnten. Ich möchte nochmals an alle appellieren, die hier die Verantwortung übernehmen und die Verantwortung tragen, besonders an dich, Herr Landeshauptmannstellvertreter, daß diese beiden Lehrgänge Raumberg und Rottenmann zum Tragen kommen. Das würde für unseren Bezirk, nicht nur von der Ausbildung her, sondern vor allem von der wirtschaftlichen Seite her, von größter Wichtigkeit sein. Da es schon sehr spät ist und ich weiß, daß lange Reden die Stühle bewegen und kurze Reden die Herzen, bin ich der Meinung, daß ich die Herzen be-

wegen sollte. Daher schließe ich meine Ausführungen und danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 22.05 Uhr.)

**Präsident:** Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dr. Flecker das Wort.

**Abg. Dr. Flecker (22.05 Uhr):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Bitte nehmen Sie es mir nicht übel, daß ich trotz der späten Stunde mich zu diesem Thema noch als vierter zu Wort melde, aber wertén Sie es doch als ein Zeichen des Bekenntnisses einer Region, wenn alle drei Mandatare dieses Bezirkes hier herausgehen, einstimmige Entschließungsanträge stellen und wenn auch der Vertreter des Liberalen Forums da unterstützt. Ich glaube, daß das Regionalisierungskonzept, das Landeshauptmannstellvertreter Schachner für die wissenschaftlichen Einrichtungen verfolgt, das richtige ist und davon profitieren wird. Die Entschließungen, die wir heute, sowohl was Rottenmann als auch was Irnding anlangt, beschließen werden, werden bei der Regierung auf fruchtbaren Boden fallen, weil Landeshauptmann Schachner gleich nachdem wir schlechte Nachrichten von Wien bekommen haben, einen Sitzungsantrag eingebracht hat in die Regierung, daß diese beiden Projekte weiter zu verfolgen sind und dort einstimmig beschlossen wurde, daß dies geschieht. Nur so leicht, wie das aussieht, geht es halt leider nicht. Ich glaube, daß das Hauptproblem in Wirklichkeit beim Gesetz liegt. Und alle, die sich immer sehr mit dem Gedanken der Entpolitisierung von solchen Verfahren beschäftigen, die sollen das, was mit Rottenmann geschehen ist, als Beispiel für ein Nach- oder Überdenken ihres Standpunktes hernehmen. Es ist nämlich in Wirklichkeit so, daß wir im Fall Rottenmann sämtliche politischen Hürden geschafft haben, und es liegt eine schriftliche Zusage des Bundesministeriums vor. Aber letztendlich entscheidet quasi als Behörde der Fachhochschulrat, ein Gremium aus Universitätsprofessoren und Fachleuten, über die Gründung so eines Fachhochschulstandortes. Und in diesem Fall ist es noch dazu so geschehen, und es ist wirklich gegen den Sinn des Gesetzes, daß dieser Fachhochschulrat sämtliche Inhalte dieses Studienganges als exzellent bestätigt hat, alles für wunderbar empfunden hat, nur sich am Standort stößt. Und, meine Damen und Herren, die Standortentscheidung ist eine zutiefst politische. Die kann uns nicht irgendein Rat an Universitätsprofessoren abnehmen, soll er auch nicht. Weil die Herrschaften haben vielleicht das erste Mal auf der Landkarte Rottenmann gesehen, als sie mit diesem Antrag konfrontiert wurden. Und für mich ist diese Entscheidung oder Beratung in diesem Gremium völlig unverständlich, und ich halte es für eine fast Mutwillensäußerung, dieses – wenn Sie es sich so herausnehmen – meines Erachtens überflüssigen Gremiums, da mit negativen Stellungnahmen die Sache abwürgen zu wollen. Tatsache ist jedenfalls, daß die endgültige Entscheidung noch nicht getroffen ist, daß auf Bundesregierungsebene ein Brief, den niemand kennt, des Fachhochschulrates dazu verwendet werden wird oder soll, Rottenmann mit gewissen Nachbesserungen zu beauftragen, so daß wir gewisse Hoffnungen haben, bis zum nächsten Schuljahr, Studienjahr, dort einen Fachhochschul-

standort zu haben. Ich halte es für wahnwitzig, was die Herrschaften dort im Fachhochschulrat aufgeführt haben. Wir wissen alle, und es ist inzwischen überhaupt kein Geheimnis mehr, daß der Vorsitzende des Fachhochschulrates dem Bürgermeister quasi schriftlich mitgeteilt hat, daß aus seiner Sicht der Studiengang und auch das Regionalisierungskonzept in Ordnung gehen, daß er aber nicht für die anderen sprechen kann. Wir wissen aber, wie das tatsächliche Reden dort ist. Und wenn dann noch die Zusage des Bundesministeriums da ist, daß das Projekt förderungswürdig ist und eine Förderung bekommt, dann muß sich der Bürgermeister entschließen, zu bauen, oder aber er ist meines Erachtens untüchtig und sagt, ich tu gar nichts, und wenn die Genehmigung für den Herbst da ist, kann ich nicht anfangen, weil ich kein Gebäude habe. So ist das halt leider nicht so gut gegangen. Wir werden aber kämpfen. Wir werden echt kämpfen, weil so eine Vorgangsweise ist absolut nicht hinzunehmen von der Politik. Das ist eine Frage des politischen Selbstverständnisses, ob wir in dieser Sache nachgeben oder nicht und notfalls auch den Rechtsweg bis zum Letzten vorschlagen zu beschreiten. Ich bitte auch, daß man auch auf deiner Seite kurz versucht, ein bißchen Druck zu geben, weil dieser Weg, den die Bundesregierung jetzt zu gehen denkt, gemeinsam mit der Frau Unterrichtsminister, geplant ist, und da ist ein Schreiben schon einige Zeit dort, es wäre schön, wenn wir die Antwort etwas beschleunigen könnten, damit wieder der Fachhochschulrat befaßt werden kann. Ich bin dem Herrn Landeshauptmann aufrichtig und wirklich dankbar, daß er in der Steiermark die Voraussetzungen geschaffen hat, daß er auch jetzt in dieser schwierigen Situation zu diesem Projekt steht, daß das die gesamte Regierung tut, und wir brauchen das. Wir brauche das Stehen zu etwas. Ich hoffe, daß es etwas bringt.

Letztlich zu Irnding. Wir stehen hinter Irnding in der Region im gleichen Ausmaß. Wir haben – und das hat der Kollege Vesko, glaube ich, dargestellt – ein gewisses Problem mit dem Konkurrenzfall Wieselburg. Wieselburg ist inzwischen durch den Fachhochschulrat gegangen. Wir müssen Wege suchen, um in eine Marktlücke hineinzustoßen, die dort nicht abgedeckt wird, und vielleicht gelingt es sozusagen im Sog von Rottenmann, einen Standortraum zu positionieren, dann sehe ich für Irnding die große Chance, auch das genehmigt zu bekommen. Jedenfalls, was mich und meine Fraktion anlangt, wir stehen hinter beiden Projekten. Das eine könnte schon fertig sein. Werden wir sehen, ob wir es halbwegs hinkriegen. Und für das zweite werden wir schauen, daß wir alles tun können, daß wir doch noch zu einem positiven Ergebnis kommen. Ich bitte alle, die da mitwirken können, um ihren Einsatz. (Beifall bei der SPÖ. – 22.13 Uhr.)

**Präsident:** Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Schleich, dem ich das Wort erteile.

**Abg. Schleich (22.13 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine geschätzten Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Landeshauptmann!

Wir sehen, daß der Wunsch nach Fachhochschulen immer größer wird und jede Region, wie wir gerade jetzt erleben konnten, wirklich um seine Chance kämpft. Raumberg, Rottenmann, Irnding, heute einge-

bracht, von der FPÖ, Fachhochschullehrgang für Agrarentwicklung und Weinkultur, Entschließungsantrag vom LIF für Stärkung der Wirtschaftsbeziehung Steiermark, Slowenien, Ungarn, und wie Sie wissen, kämpft Bad Gleichenberg und die Region Bad Gleichenberg, der Bezirk Feldbach, um eine Fachhochschule für Gesundheit, Ernährung und Tourismus. Und zwar an einem nicht unbekanntem Standort einer der besten Tourismusschulen Österreichs überhaupt; Bad Gleichenberg, will seine Infrastruktur besser nützen und die Chance einer Fachhochschule wahrnehmen. In der Steiermark ist die politische Entscheidung beim zuständigen Referenten Landeshauptmann Schachner gefallen. Er hat sich für Bad Gleichenberg entschieden. Und dafür, lieber Peter, möchte ich dir herzlichst danken, denn das war in der Region nicht nur ein Wunsch, sondern die Region hat sich auch darauf vorbereitet. Es gab hier in einem eigenen Ausschuß, wo alle politischen Kräfte mitgewirkt haben, von den Abgeordneten bis hin zu den Bürgermeistern und allen Fraktionen und allen Fachkräften sehr gut vorbereitet. Die Entscheidung muß natürlich erst im Bundesministerium beziehungsweise im zuständigen Gremium in Wien fallen. Vor Ort, in Bad Gleichenberg, und ich möchte das deshalb hier erwähnen, bereitet man sich natürlich darauf gut vor. Es laufen die ersten Umwidmungen, um die Schule von der Infrastruktur im Bereich der Hotelfachschule bauen zu können, um diese Infrastruktureinrichtungen auch nützen zu können. Ich bitte schon heute, wie vorher unser Klubobmann, hier um eine wirkliche Zusammenarbeit auch von den anderen Fraktionen, wenn es auch um die Umwidmung geht, denn das ist in Bad Gleichenberg – wie schon bekannt – immer dann, wenn man in einem eingegessenen Ort, wo es natürlich schon sehr enge verbaute Gebiete gibt und man alles zum Kurpark erklärt, was nur annähernd ein bißchen in den Park schaut, sehr, sehr schwierig ist, daß wir hier auch natürlich das Verständnis bekommen. Sie alle wissen, was ich meine. Das ist natürlich etwas anderes, wenn eine Therme im Freien gebaut wird. In Bad Gleichenberg ist das etwas schwieriger, aber Bad Gleichenberg lebt davon, nämlich von der Berufsschule, von der Hotelfachschule, von der Tourismusschule und natürlich der Wunsch einer Fachhochschule. So möchte ich heute diesen Abend nicht wesentlich verlängern, sondern bitte um Ihre Mitwirkung. Ich möchte mich nochmals beim zuständigen Referenten bedanken. Die Region hat das sehr geschätzt und ist in der Hoffnung, gemeinsam mit uns über Wien zu dieser Fachhochschule zu kommen. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 22.17 Uhr.)

**Präsident:** Nunmehr erteile ich dem Herrn Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek das Wort.

**Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek (22.17 Uhr):** Herr Präsident, Hohes Haus, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich glaube, daß wir in der Grundsatzfrage der Regionalisierung des Fachhochschulwesens in der Steiermark richtige Schritte gesetzt haben. Sie waren, retrospektiv betrachtet, nicht leicht zu realisieren. Wenn Sie sich erinnern, haben wir bei Kapfenberg

schon im Land selbst nicht nur Zustimmung gehabt. Es ist uns aber gemeinsam gelungen, im Land selbst einen Meinungsumschwung herbeizuführen, in Wien war dies schon gar nicht selbstverständlich. Es wurde im übrigen mit den gleichen offenen oder versteckten Hinweisen, das sei keine typische Region für einen Fachhochschullehrgang, und eigentlich seien die Rahmenbedingungen nicht entsprechend und, und, und, argumentiert. Alles, was wir an Argumenten kennen, wenn wir aus einem sehr gründlichen Selbstverständnis und auch aus dem Wissen, wie es in der Steiermark mit den Entwicklungsmöglichkeiten und den Entwicklungslinien aussieht, haben wir für die Regionen eingesetzt. Wir haben bei Rottenmann das gleiche wieder erlebt. Zuerst war es in der Steiermark von Haus aus nicht leicht, für diesen Lehrgang unseren eigenen Fachhochschulbeirat zu gewinnen. Aber die Studienrichtung selbst, der Inhalt derselben und letztlich auch die regionale Streuung hat dann alle zusammengeführt. Wir haben die entsprechenden Beschlüsse gefaßt, sind damit nach Wien gegangen, und das, was sich in Wien abgespielt hat, ist bekannt. Es hat eine Quasi-Ablehnung gegeben, die sich dann als eine nicht eindeutige herausgestellt hat – wie auch immer. Die Steiermärkische Landesregierung wurde unmittelbar nach Bekanntwerden durch einen Antrag von mir informiert, und wir haben am 26. April 1999 den einstimmigen Beschluß gefaßt, das Technikum Joanneum – also unsere Gesellschaft, die die Studiengänge, wie ich glaube, mit Erfolg betreibt – zu beauftragen, an der Errichtung der Fachhochschulstudiengänge in der Region Liezen an den Standorten Rottenmann und Irdfing im Zuge einer innovativen Standortpolitik festzuhalten. Dieser einstimmige Regierungsbeschluß versetzt uns in die Lage, auch administrativ alle Vorkehrungen zu treffen, um beide Standorte zu ermöglichen. Es ist festzustellen, daß im Stadium der Prüfung das Wissenschaftsministerium Rottenmann positiv beurteilt hat, und zwar zur Jahreswende des heurigen Jahres – das wurde der Technikum Joanneum auch mitgeteilt. Infolgedessen sind auch bestimmte Aktivitäten in der Stadt Rottenmann ergriffen worden, was verständlich ist. Die nachherige Ablehnung trotz mehrerer Versuche, eine andere Stimmung im Fachhochschulrat in Wien zu erzeugen, hat uns alle miteinander getroffen, mich am meisten oder vielleicht noch mehr den Bürgermeister – so muß man es wohl sagen. Das hat uns aber nicht veranlaßt, die Sache aufzugeben oder gar aufzustecken – ganz im Gegenteil. Realität ist, daß diese negative Beurteilung des Fachhochschulrates, und das ist jetzt eine juristische Sache, vom Bundesminister für Wissenschaft und Verkehr genehmigt werden müßte, und das hat er nicht getan. Das ist schon ein sehr wichtiger Befund, wengleich nur ein juristischer. Aber trotzdem wird Minister Einem diese Ablehnung – das kann ich sagen – nicht genehmigen. Das bedeutet, daß es einen Nachbesserungsauftrag – wie das so schön heißt – geben wird. Dieser Nachbesserungsauftrag bedeutet in etwa, die Entwicklungslinien dieses Raums darzustellen, also was gibt es an Bildungseinrichtungen rundherum, was kann dazukommen, was gibt es an Möglichkeiten für die Entwicklung dieses Raums. Ich glaube, daß wir hier gute Voraussetzungen haben und daß der Nachbesserungsauftrag jedenfalls von uns aus positiv beschieden und sozusagen die Nachreichung

und Ergänzung ein positives Bild widerspiegeln wird. Bei Rottenmann gehe ich davon aus, daß wir gute Chancen haben, um letztendlich zu einer positiven Entscheidung zu kommen, wie wohl ich auch sage, daß die Zeitspanne dessen, was wir hier schon investiert haben und was noch vor uns liegt, nicht immer leicht zu verkraften ist. Bei Raumberg gilt für mich das gleiche Verständnis, wie für Sie alle, meine Damen und Herren in diesem Hohen Haus. Dort haben wir aber in der Tat das Problem, daß es so etwas wie eine innerösterreichische Absprache – scheinbar sage ich jetzt – gibt, daß der Landwirtschaftssektor von Niederösterreich besetzt ist. Aber das beeindruckt mich überhaupt nicht. Wir wissen aber natürlich auch umgekehrt um die innerpolitische Situation und auch um die relative Stärke gerade Niederösterreichs innerhalb einer bestimmten politischen Gruppierung. Das sollte man auch nicht übersehen und ist auch in keiner Weise nur negativ zu sehen. Wenn es allerdings um den Semmeringtunnel geht, ist es jedenfalls nur negativ zu sehen. Auch in anderen Bereichen zeigt sich, daß es in Niederösterreich zumindest gute Bezugfelder zu Bundesstellen gibt und daß die Niederösterreichische Volkspartei ein relativ kraftvoller Teil innerhalb der Volkspartei ist. Das ist auch nichts Negatives, aber es ist festzustellen. Das wird uns aber nicht daran hindern, auch Raumberg mit aller Selbstverständlichkeit, die auch diese großartige Bildungseinrichtung verdient, auf die Schiene zu bringen und auch durchzusetzen. Ich möchte aber nicht verhehlen, weil das wäre unfair, auch dem Hohen Haus gegenüber, daß es bei der Beurteilung durch das Ministerium schon die ersten Hürden gibt. Das heißt, wir sind mit Rottenmann weiter als mit Irndning/Raumberg. Das ist Tatsache, und ich gehöre nicht zu jenen, die Ihnen etwas anderes erzählen als was Sache ist.

Trotzdem, es gibt den einstimmigen Regierungsbeschluß. Wir stehen zu beiden Studienrichtungen. Im übrigen darf ich noch ergänzend sagen, daß das Technikum Joanneum für den 22. Juni zu einer Besprechung gebeten hat, um etwaige Nachbesserungen und weitere Vorschläge einzubringen, so daß wir unsererseits in Wien nochmals verstärkt für beide Studiengänge auftreten können. Ich möchte auch die Frage Agrarentwicklung und Weinkultur behandeln und sage, auch hier haben wir das Problem einer sehr intensiven Besetzung des Themas Landwirtschaft durch Niederösterreich. Trotzdem haben wir am 17. März 1997 bereits einen Grundsatzbeschluß gefaßt, wonach ein Studiengang zur Thematik „Bewirtschaftung und Marketing des Alpenraumes“, nämlich jener in Irndning/Raumberg, in Angriff genommen werden soll, und dies in der Steiermärkischen Landesregierung einstimmig beschlossen. Ich verhehle nicht, daß sowohl Ministerium als auch Fachhochschulrat in Wien, wie erwähnt, diesem bislang skeptisch gegenübergestanden sind, was uns aber auch nicht daran hindern soll, weil ich meine, daß die Steiermark eine ganz hohe Qualitätsentwicklung in den letzten Jahren in einer völlig neuen Generation von Winzern und hoch gebildeten und ausgebildeten Leuten in der Weinkultur hervorgebracht hat und es ewig schade wäre, wenn das versickern würde. Wir, glaube ich, sind ein Bundesland, das durch keinerlei Probleme und Skandale in diesem Bereich aufgefallen ist. Was sich in Silberberg über eine neue Generation heraus-

gebildet hat, ist schon wirklich beachtlich, und ich sage, die steirische Weinkultur würde es verdienen, auch auf diesem Sektor des agrarischen Sondergebietes Weinkultur berücksichtigt zu werden. Wir werden auch das weiterhin verfolgen. Bei Gleichenberg ist es für mich selbstverständlich, daß das der natürliche Standort für eine Schule, für einen Studiengang Gesundheitsmanagement ist, sehr stark aufbauend auf das, was wir an Infrastruktur und an Vorbildungsstufen dort haben. Wenn also etwa die Frage des Fachhochschulrates in Wien wieder gestellt wird, wie ist denn sozusagen die Umgebungslandschaft dazu, dann glaube ich, wir bei Gleichenberg auf ein Fundament zurückgreifen, wie kein anderes Bundesland. Es wird Kleßheim vielleicht eine gewisse Rolle spielen, aber wir wissen, daß das, was den Ausbildungsgang und die hervorragende Schulung der Persönlichkeiten in diesem Dienstleistungsbereich betrifft, wir da in Gleichenberg allemal besser sind. Ich sage daher, innerhalb der geplanten Studienrichtungen, die für mich feststehen, ist natürlich Gleichenberg fest verankert, und wir bleiben auch dabei. Auch dort gilt das Prinzip, sobald wir alle Vorkehrungen getroffen haben, wird das mit allem Nachdruck verfolgt. Ich sage, weil ich bei jedem Punkt, der höhere Bildung betrifft, positiv eingestellt bin, ja zum Antrag der liberalen Fraktion, betreffend die Frage des Grenzraumes. Gerade diese Grenzräume sind es ja, die eine besondere Aufwertung brauchen. Und Bildungseinrichtungen sind nun einmal eine oder in Wahrheit die große Möglichkeit, Chancen zu eröffnen, wahr das ist nicht meine Entscheidung, das ist Sache des Landtages, also Ihre Ingerenz. Aus meiner Sicht sollten wir auch dort ein Zeichen setzen und uns gerade in dem grenzüberschreitenden Raum durchaus dazu bekennen, daß das eine der Möglichkeiten ist, auch bestimmte Vorurteile, Ängste, Problemzonen, die es gibt, abzubauen und mit den Nachbarn, die sie auch historisch und in ihrem und in unserem Selbstverständnis sind, eine gemeinsame Form zu finden. Zum Beispiel bei dieser sehr hohen Stufe der Ausbildung. Aber meine Damen und Herren, das ist wirklich Ingerenz des Landtages, das ist Ihre Sache. Aber ich sage auch in diesem Punkt, daß natürlich jede Chance wahrzunehmen ist. Danke schön! (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 22.29 Uhr.)

**Präsident:** Wir kommen zu vier Abstimmungen.

Erstens ersuche ich jene Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zum Tagesordnungspunkt 24 über den Antrag, Einl.-Zahl 1151/1, zustimmen, um ein Handzeichen. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Zweitens über den Antrag des Berichterstatters zum Tagesordnungspunkt 25 über den Antrag, Einl.-Zahl 1161/1. Wer zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Drittens über den Entschließungsantrag der FPÖ, SPÖ und ÖVP, betreffend Fachhochschullehrgang Irndning. Wer stimmt zu? Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Viertens über den Entschließungsantrag des Liberalen Forums, betreffend Errichtung eines Fachhochschulstudienganges Stärkung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Regionen Steiermark, Slowenien und Ungarn. Wer stimmt dem zu? Danke. Gegenprobe.

Ich stelle ebenfalls die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Ich komme zum Tagesordnungspunkt

**26. Bericht des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schulen und Kindergärten über den Antrag, Einl.-Zahl 922/1, der Abgeordneten Mag. Zitz und Dr. Wabl, betreffend Chancengleichheit für Frauen in der Kunst.**

Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Dr. Reinprecht. Ich erteile ihr das Wort.

**Abg. Dr. Reinprecht** (22.30 Uhr): Der Ausschuß für Bildung, Kultur, Schulen und Kindergärten hat in seiner Sitzung am 1. Juni 1999 über den Antrag, Einl.-Zahl 922/1, der Abgeordneten Mag. Zitz und Dr. Wabl, betreffend Chancengleichheit für Frauen in der Kunst, beraten.

Die Abgeordneten Mag. Zitz und Dr. Wabl haben am 22. September 1998 einen Antrag, betreffend Chancengleichheit für Frauen in der Kunst, eingebracht. Der Stellungnahme der Landesregierung ist zu entnehmen, daß die Chancengleichheit bei Kunstpreisen in der Steiermark verwirklicht ist. Aus diesem Grund ist die Einführung eines Kunstförderungspreises für Frauen nicht notwendig.

Der Ausschuß für Bildung, Kultur, Schulen und Kindergärten stellt den Antrag:

Der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schulen und Kindergärten zum Antrag, Einl.-Zahl 922/1, der Abgeordneten Mag. Zitz und Dr. Wabl, betreffend Chancengleichheit für Frauen in der Kunst, wird zur Kenntnis genommen. (22.31 Uhr.)

**Präsident:** Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Dr. Karisch. Ich erteile ihr das Wort.

**Abg. Dr. Karisch** (22.32 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

In aller Kürze zur vorgerückten Stunde. Die Frage der Chancengleichheit für Frauen in der Kunst ist eine sehr diffizile Frage, die von Frauen selbst sehr unterschiedlich beantwortet wird. Ich habe vor einigen Monaten eine Veranstaltung gemacht, eine Diskussion mit überwiegend bildnerischen Künstlerinnen zu dieser Frage. Und das Thema wurde sehr, sehr kontroversiell von den Frauen selbst behandelt. Die älteren Frauen haben überwiegend gesagt, sie, die älteren Künstlerinnen, seien noch benachteiligt, die Frauenbewegung hätte kämpfen müssen und müsse noch weiter kämpfen, um ihnen Möglichkeiten auf dem Kunstmarkt zu erschließen. Die jüngeren Frauen hingegen, junge Künstlerinnen, haben gesagt, sie sähen gleiche Chancen für Frauen und Männer, der Kunstmarkt sei zwar sehr schwierig, aber schwierig für Frauen und Männer. Sie fühlten sich nicht benachteiligt und sie wollten auch keine bevorzugenden

Maßnahmen, denn das wäre eine Abwertung der Frau in der Kunst. Sie wollten gleichberechtigt sein, gleich gute Werke liefern, sie fühlten sich dazu in der Lage und wollten keine besondere Bevorzugung mehr.

Ganz so einfach ist es natürlich nicht. Wir haben auch heute noch gewisse Schwierigkeiten für Frauen. Lassen Sie mich das ganz kurz an Hand von drei Punkten umreißen:

Der Erste. Es hat vor einigen Jahren eine sehr aktive und kämpferische Künstlerinnengruppe gegeben, die Guerilla-Girls, die haben eine Statistik über das Metropolitan-Museum in New York aufgestellt und festgestellt, daß weniger als 5 Prozent der Künstler in der Abteilung für Moderne Kunst Frauen sind, daß aber 85 Prozent der Nackten im Museum weiblich sind. Sie haben das sehr provokant in die Öffentlichkeit getragen und die Frage gestellt: Müssen Frauen nackt sein, um ins Metropolitan-Museum zu kommen?

Der zweite Punkt: In Bonn gibt es ein eigenes Frauenmuseum, das einzige in Europa, und die haben vor einigen Jahren eine Studie durchgeführt über die Sammeltätigkeit der Museen im Rheinland. Das Ergebnis dieser Studie hat großes Erstaunen hervorgerufen. Man hat nämlich festgestellt, daß die berühmtesten derzeit in Deutschland lebenden Künstlerinnen entweder gar nicht oder nur mit einem sehr unbedeutenden und nicht repräsentativen Werk angekauft waren. Und das, meine Damen und Herren, führt dazu, daß Frauen, die heute zwar bekannt sind und schon gefeiert werden, trotzdem in zehn Jahren vergessen sind, wenn sie nicht angekauft werden. Wenn wir in dieser Frage in die Steiermark schauen, muß ich die Steiermark eigentlich loben. Die Neue Galerie hat in den letzten Jahren immer wieder Frauen ausgestellt und kauft auch Werke von Frauen an, ebenso die Stadt Graz.

Und ein dritter Punkt aus der österreichischen Statistik: Seit vielen Jahren liegt der Frauenanteil der Absolventen der Kunstakademie bei rund 50 Prozent. Wenn man dann aber die Statistik der sozialversicherten freiberuflichen Künstler anschaut, so sieht man, daß Frauen da nur noch mit 26 bis 30 Prozent beteiligt sind. Frauen bleiben also zwischen der Ausbildung und der Ausübung der Kunst irgendwo auf der Strecke. Und auch der Einkommensvergleich zwischen Künstlerinnen und Künstlern zeigt immer wieder, daß Frauen, wie in anderen Berufen auch, in etwa 20 Prozent darunter liegen. Frauen haben es sehr schwer, ihren künstlerischen Beruf auszuüben. Künstlerinnen sagen selbst, sie hätten eine Vierfachbelastung, und man kann das leicht nachvollziehen. Fast jede Künstlerin braucht einen Brotberuf, um sich erhalten zu können. Weiters hat sie Familienpflichten, vielleicht ist sie auch noch Alleinerzieherin – das ist der zweite Beruf. Der dritte Beruf ist, sie malt oder schreibt zum Beispiel. Sie hat ihren künstlerischen Beruf auszuüben. Das Vierte ist, sie muß sich um das Marketing und um das Verkaufen kümmern. Wenn sie das nicht intensiv tut, hat sie keine Chance und ist weg vom Fenster. Ganz einfach haben es Frauen nicht, aber Männer haben es in der Kunst auch nicht leicht. Frauen brauchen vielleicht keine eigenen Preise. Sie brauchen aber eine Förderung. Ich kann mir vorstellen, daß Förderstipendien hilfreich sind, sich einmal eine Zeitlang auf die Kunst konzentrieren zu

können. Bei der Vergabe der Preise muß selbstverständlich die Qualität stimmen. Ich glaube, soweit ich das beurteilen kann, daß hier in der Steiermark verantwortungsbewußt vorgegangen wird. (Abg. Gennaro: „Es ist schon spät!“) Das weiß ich, darum habe ich meine nächste Wortmeldung auch zurückgezogen. Wenn der Antrag der Sozialdemokraten, der uns schon bekannt ist und heute noch eingebracht wird, so gemeint ist, daß verstärkt auch Frauen in die Jury aufgenommen werden, wenn ich den Antrag so richtig verstanden habe, dann wird unsere Fraktion diesem Antrag zustimmen. Wir werden auch der Vorlage der Berichterstatterin zustimmen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 22.37 Uhr.)

**Präsident** Nunmehr erteile ich der Frau Abgeordneten Mag. Zitz das Wort.

**Abg. Mag. Zitz** (22.38 Uhr): Herr Präsident, Herr Landeshauptfraustellvertreter, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Die Kollegin Bachmaier-Geltewa hat vorher ganz toll gebracht, warum man zu einer Landeshauptfrau eigentlich -mann sagen soll, wenn es eine Landeshauptfrau ist. (Abg. Gennaro: „Sprechen Sie nicht immer so wichtig, sagen Sie Herr Landeshauptmannstellvertreter!“) Stellvertreter ist männlich. (Abg. Gennaro: „Warum sagen Sie dann zu dem Stellvertreter Frau?“), ich sage ja nicht Stellvertreterin.

Ich komme zurück zu diesem Antrag „Chancengleichheit für Frauen in der Kunst“. Ich bringe einen Entschließungsantrag der Grünen ein. Es wird der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, einen Kunstförderungspreis für Frauen einzurichten. Kurz noch zu diesem Antrag: Wir haben ihn im Ausschuß bereits diskutiert, haben dort anhand von diversen Anfragen und den Reaktionen vom Landeshauptfraustellvertreter belegt, wie die Lage in der Steiermark ist, was die Bepreisung von Frauen im Vergleich zu Männern in den letzten acht Jahren betrifft: Filmförderungspreis des Landes: Er geht zwischen 1991 und 1997 viermal an Frauen und 24mal an Männer. Den Architekturpreis des Landes hat keine einzige Frau in diesem Zeitraum bekommen. Der Literaturpreis ergeht fünfmal an Männer, zweimal an Frauen und der Manuskriptpreis sechsmal an Männer und nur einmal an Frauen, Arbeitsstipendien zur Förderung des literarischen Schaffens acht Männer, sechs Frauen. Wir haben jetzt den Vorschlag gemacht, einen speziellen Kunstförderungspreis für Frauen einzubringen als Ergänzung dazu, daß Frauen theoretisch die Möglichkeit haben, sich bei allen Preisen zu bewerben. Es hat gestern eine sehr gute Veranstaltung der Grünen Akademie gegeben, wo zu meiner Überraschung Hofrat Kriesche genau das bestätigt hat, was Intention des grünen Antrages gewesen ist, nämlich daß auf Grund einer männerbündlerischen Vergabestruktur, auf Grund von nicht transparenten Ausschreibungskriterien und auf Grund des real herrschenden Patriarchats Frauen entweder überhaupt nicht in den Kunst- und Kulturbereich vordringen oder, wenn sie vordringen, sich sehr rasch neue Terrains im Bereich Videoinstallation, im Bereich

Performance erobern müssen. Im Bereich Neue Medien sind jetzt Frauen ziemlich weit vorne dabei, was damit zu tun hat, daß diese Bereiche tatsächlich erst innovativ und neu entwickelt werden. In traditionelleren Bereichen sind Frauen sehr wenig präsent. Unser Antrag ist in diesem Sinn so gemeint, daß Frauen, die Interesse haben, sich als junge Frauen, die noch nicht besonders etabliert sind, die noch Entwicklungsmöglichkeiten in sich spüren, wenn sie spezielle Förderungen wollen, diese Förderungen nicht einfach an arme Frauen ausgeschüttet werden, sondern an Frauen ausgeschüttet werden, die ein Potential haben und die das weiterentwickeln möchten. Die Intention von uns dazu war, einen speziellen Kunstförderungspreis einzurichten – einen Steirischen Kunstförderungspreis. Ich ersuche jetzt nochmals um Annahme dieses Antrages. (22.41 Uhr.)

**Präsident:** Ich erteile der Frau Abgeordneten Dr. Reinprecht das Wort.

**Abg. Dr. Reinprecht** (22.41 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Ausnahmsweise bin ich in dieser Frage – und das ist wirklich überraschend – eher auf der Seite von Frau Dr. Karisch und bin weniger der Meinung der Frau Abgeordneten Mag. Zitz. Ich glaube, daß die vielfältigen Benachteiligungen, die Frauen in der Kunst noch tatsächlich erleben, nicht durch einen eigenen Frauenförderpreis behoben werden können. Wenn man abwägt, und das habe ich für mich selbst getan, was für und was gegen einen solchen Frauenförderpreis spricht, bin ich persönlich zu der Überzeugung gelangt, daß es mehr Gegenargumente als Fürargumente gibt. Es ist im Grunde genommen eine populistische Forderung, die gar nichts an jenen Benachteiligungen ändert, die Frauen nicht als Künstlerinnen bei Preisverleihungen, sondern vor allem in Kulturbetrieben erleben, der im Regelfall von Männern dominiert ist, und durch ihre spezielle Situation erleben, in der die meisten Frauen leben, indem sie noch andere Verpflichtungen haben, als Kunst zu betreiben und an ihrer Karriere zu arbeiten. Trotzdem möchte ich bemerken, daß sich in den letzten Jahren einiges getan hat. Ich möchte Sie nicht zu so später Stunde mit langen Listen quälen, möchte aber nur feststellen, daß von den 13 Frauen, die ich hier in meiner Liste habe, in Führungspositionen im Kulturbereich im Land Steiermark sechs in den letzten Jahren beschäftigt wurden oder werden, nämlich Karen Stone als Intendantin der Vereinigten Bühnen ab dem Jahr 2000, Christine Frisinghelli als Intendantin des „steirischen herbstes“ von 1995 bis 1999, Barbara Kaiser, seit 1995 Direktorin des Landesmuseums Joanneum, Dr. Christa Steinle, Abteilung Neue Galerie seit 1998 – übrigens wird auch die Abteilung Kunstgewerbe, Bild- und Tonarchiv und die Abteilung Volkskunde von einer Frau geleitet – Univ.-Prof. Dr. Karin Wilhelm und Frau Dkfm. Marju Tessmar-Pfohl, beide sind seit 1997 im Kuratorium Joanneum. Das wollte ich nur zur Entwicklung in den letzten Jahren sagen. Das haben diese Frauen ihrer Tüchtigkeit zu verdanken. Ich halte auch Anträge, wo immer wieder auf Benachteiligungen von Frauen verwiesen wird und dann eine spezielle Sache wieder

geschaffen wird, um das irgendwo zu kompensieren, frauenpolitisch nicht für zielführend. Es wäre viel besser, immer wieder auf die Erfolge von Frauen hinzuweisen, was sie schon geschafft haben, was wir in Zukunft weiter schaffen werden, um jenen Frauen, die im Kunst- und Kulturbetrieb arbeiten, entweder als Künstlerin oder in anderen Bereichen, ein Vorbild zu geben und ihnen zu sagen, sehen sie, die haben es geschafft, also kann ich es auch schaffen. Ich habe jetzt ganz vergessen, unseren Entschließungsantrag einzubringen. Das ist schon das Ende, Kurt Gennaro. Ich danke dir, daß du mir gegenüber so höflich bist und mich nicht unterbrichst. Unselbständiger Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Reinprecht und Dipl.-Ing. Getzinger. In unserem Bundesland werden in Anerkennung herausragender künstlerischer Leistungen insgesamt 14 Kulturpreise vergeben. Jeder dieser Preise wird über Vorschlag einer unabhängigen Jury vergeben. Die Zusammensetzung der jeweiligen Jury erfolgt nach fachlichen Kriterien, die Juroren werden durch Regierungssitzungsbeschluß der Landesregierung bestellt. Um im Bereich der Vergabe von Kulturpreisen die Chancengleichheit für Frauen zu gewährleisten, sollte die Zusammensetzung jeder Jury unter dem Gesichtspunkt der Chancengleichheit neu überdacht und allenfalls geändert werden. Es wird daher der Antrag gestellt, die Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, im Bereich der Vergabe von Kulturpreisen durch das Land Steiermark die Zusammensetzung jeder Jury zu überprüfen und diese allenfalls unter dem Gesichtspunkt der Wahrung der Chancengleichheit für Frauen in der Kunst neu zusammenzusetzen. Danke, daß Sie noch so lange zugehört haben. (Beifall bei der SPÖ. – 22.46 Uhr.)

**Präsident:** Wir kommen zu drei Abstimmungen.

Jene Damen und Herren, die dem Antrag der Frau Berichterstatterin zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Jene Damen und Herren, die dem soeben vorgebrachten Entschließungsantrag der SPÖ, betreffend Chancengleichheit bei der Vergabe von Kulturpreisen, zustimmen, bitte ich um ein Handzeichen. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Und schließlich drittens, wer dem Entschließungsantrag der Grünen, betreffend Chancengleichheit für Frauen in der Kunst, zustimmt, den bitte ich ebenfalls um ein Handzeichen. Danke. Gegenprobe.

Das ist die Minderheit, ich stelle die Ablehnung dieses Antrages fest.

Ich komme zum Tagesordnungspunkt

**27. Bericht des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schulen und Kindergärten über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 896/7, zum Beschluß Nr. 893 des Steiermärkischen Landtages vom 20. Oktober 1998 über den Antrag der Abgeordneten Keshmiri, Dr. Brünner, Wicher und Dr. Reinprecht, betreffend barrierefreier Zugang für mobilitätsbehinderte Menschen zu Kulturstätten.**

Berichterstatterstellvertreterin ist die Frau Abgeordnete Dr. Reinprecht. Ich erteile ihr das Wort.

**Abg. Dr. Reinprecht (22.46 Uhr):** Ich möchte sagen, ich berichte in Vertretung der Frau Abgeordneten Wicher über die Vorlage zum Beschluß Nr. 893 des Steiermärkischen Landtages vom 20. Oktober 1998 über den Antrag der Abgeordneten Keshmiri, Dr. Brünner, Wicher und Dr. Reinprecht, betreffend barrierefreier Zugang für mobilitätsbehinderte Menschen zu Kulturstätten.

Diese Vorlage wurde im zuständigen Ausschuß schon ausgiebig diskutiert und beredet, darum möchte ich nur den Antrag stellen.

Der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Beschluß Nr. 893 des Steiermärkischen Landtages vom 20. Oktober 1998 über den Antrag der Abgeordneten Keshmiri, Dr. Brünner, Wicher und Dr. Reinprecht, betreffend barrierefreier Zugang für mobilitätsbehinderte Menschen zu Kulturstätten, wird zur Kenntnis genommen. (22.48 Uhr.)

**Präsident:** Danke! Wer stimmt dem Antrag der Frau Berichterstatterin zu? Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

**28. Bericht des Ausschusses für Gesundheit, Sport und Spitäler über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 555/6, zum Antrag der Abgeordneten Mag. Hartinger, Bacher, Mag. Erlitz, Dr. Brünner und Mag. Zitz, betreffend Gesundheitsbericht.**

Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Mag. Hartinger. Ich erteile ihr das Wort.

**Abg. Mag. Hartinger (22.48 Uhr):** Einl.-Zahl 555/6: In der Sitzung des Steiermärkischen Landtages vom 23. September 1997 wurde der Antrag der Abgeordneten Mag. Hartinger, Bacher, Mag. Erlitz, Dr. Brünner und Mag. Zitz, betreffend Gesundheitsbericht, der Landesregierung zugewiesen. Die Fachabteilung für das Gesundheitswesen hat dazu berichtet. Der Antrag liegt Ihnen vor.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen, den Bericht der Landesregierung zur Kenntnis zu nehmen, und zwar als Zwischenbericht. (22.49 Uhr.)

**Präsident:** Danke! Wer stimmt dem Antrag der Frau Berichterstatterin zu? Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

**29. Bericht des Ausschusses für Gesundheit, Sport und Spitäler über den Antrag, Einl.-Zahl 1153/1, der Abgeordneten Dr. Brünner und Keshmiri, betreffend Neugeborenen-Screening in allen Geburtenstationen in der Steiermark.**

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Mag. Erlitz. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Mag. Erlitz** (22.49 Uhr): Antrag der Abgeordneten Dr. Brünner und Keshmiri, betreffend Neugeborenen-Screening in allen Geburtenstationen in der Steiermark.

Von 1000 Säuglingen, die in der Steiermark zur Welt kommen, weisen drei eine Hörschädigung auf, ein Kind davon ist massiv hörgeschädigt. Die Früherkennung von derartigen Hörschäden ist für diese Kinder von enormer Bedeutung, weil nur eine möglichst frühzeitige Aktivierung des Hörnervs den Erwerb der Lautsprache und damit die Kommunikation mit der hörenden Umwelt ermöglicht.

In der Steiermark werden derartige Neugeborenen-Screenings in der Obersteiermark bereits nahezu flächendeckend durchgeführt, und auch in den Krankenhäusern Hartberg und Feldbach gibt es entsprechende Initiativen. Um hörgeschädigten Neugeborenen in der ganzen Steiermark durch diese einfache und kostengünstige Untersuchung eine möglichst frühzeitige Therapie zu ermöglichen, ist es erforderlich, sämtliche Geburtenstationen in der Steiermark mit den entsprechenden Geräten und geschultem Personal auszurüsten.

Es wird daher von den unterzeichneten Abgeordneten der Antrag gestellt: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß alle Säuglinge in der Steiermark die Möglichkeit haben, an einem derartigen Neugeborenen-Screenings, an der nächstgelegenen Geburtenstation teilzunehmen. Soweit mein Bericht. (22.50 Uhr.)

**Präsident:** Ich bedanke mich und erteile der Frau Abgeordneten Mag. Hartinger das Wort.

**Abg. Mag. Hartinger** (22.50 Uhr): Liebe Kollegen!

Ich möchte nur folgenden Unselbständigen Entschließungsantrag dazu auch stellen, und zwar der Abgeordneten Mag. Hartinger, Bacher und Mag. Erlitz, betreffend Stoffwechselkrankheit-Screening. Ein einfacher Bluttest ab dem vierten bis sechsten Lebenstag eines Neugeborenen ermöglicht die sichere Diagnose zahlreicher erblich bedingter Stoffwechselerkrankungen, und es wird daher der Antrag gestellt:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, Voraussetzungen zu schaffen, daß alle Säuglinge in der Steiermark die Möglichkeit haben, an einem Screening für Stoffwechselerkrankungen teilzunehmen.

Es wird gebeten, diesem Antrag zuzustimmen. Zum Antrag des Liberalen Forums möchte ich sagen, generell, Herr Prof. Brünner, stimme ich Ihnen zu, daß Screening gerade bei Neugeborenen volkswirtschaftliche Vorteile hat. Dies ist zu fördern und ist natürlich umzusetzen. Ich könnte verschiedenste Anträge stellen, wo Screening bei Neugeborenen sinnvoll wäre. Diese hätte aus meiner Sicht aber – und vielleicht, Kurt, hörst du zu – die Sozialversicherung zu übernehmen, weil das wirklich Präventionsmaßnahmen sind und ich nicht einsehe, daß alles aus Steuermitteln bezahlt werden sollte.

Zum Antrag vom Kollegen Wabl möchte ich folgendes sagen:

Die Freiheitlichen werden es ablehnen, und zwar warum? Herr Kollege Wabl, du kennst dich sicher, was Hanf betrifft, gut aus, was Scheidungsrecht betrifft, gut aus, aber im Gesundheitsbereich so einen Antrag zu stellen, halte ich gesundheitspolitisch für verantwortungslos. Warum? Weil ich genau aus der Erfahrung weiß, daß die Ärzte viele medizinische Leistungen aus wirtschaftlichen Gründen oder aus Prestige Gründen anbieten. Und gerade der gynäkologische Bereich ist so etwas, wo ich ihnen nachweisen kann, daß gewisse gynäkologische Leistungen gemacht werden, zum Beispiel eine Hysterektomie, eine Gebärmutterentfernung, generell von manchen Ärzten wirklich ab dem 40. Lebensjahr bei Frauen gemacht werden, was absolut nicht mehr medizinischer Standard ist und absolut keine Qualität mehr. Und deshalb bin ich nicht dafür, daß in Fürstenfeld diese ambulanten Leistungen aufrecht erhalten werden, weil man nicht nur eine Frequenz braucht für eine gewisse gute medizinische Qualität, sondern es auch nicht für die Patienten dieses Bezirkes von Vorteil wäre, diese Leistung dort anzubieten. Danke! (Beifall bei der FPÖ. – 22.53 Uhr.)

**Präsident:** Jetzt erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dr. Wabl das Wort.

**Abg. Dr. Wabl** (22.53 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Frau Kollegin Hartinger, ich bin tief beeindruckt von Ihrer Präpotenz. Ich habe es nicht für möglich gehalten, daß jemand, der in der KAGES tätig ist, über einen Abgeordneten wie mich so hinweggeht, daß er sagt, der versteht ein bißchen vom Scheidungsrecht, sonst ist er deppert. Im Scheidungsrecht kennt er sich aus, beim Hanf, viel mehr hast nicht zusammengebracht. Aber ich finde es ungeheuerlich, wo ich mich seit Jahrzehnten mit der Frage Gesundheit und mit dem ganzheitlichen Prinzip und ganzheitlichen Denken befasse, daß du da herausgehst einfach und sagst, ich verstehe zwar was vom Hanf – (Abg. Mag. Bleckmann: „Erkläre mir, was du unter ganzheitlichem Denken verstehst!“) Ich darf das näher erklären nachher. Soviel ganzheitliches Denken wie du habe ich schon lange gehabt. Dein ganzheitliches Denken beschränkt sich auf sehr aggressive Attacken hier oft. Ich bin mehr als überrascht, daß da eine Abgeordnete herausgeht und über einen Antrag von mir, der überlegt ist, man kann auch anderer Meinung sein, das respektiere ich, aber daß man meine Position einfach so abkanzelt und sagt, ich verstehe zwar was von Hanf, ich verstehe ein bißchen was vom Scheidungsrecht, aber nichts von Medizin und Gesundheitswesen, das muß ich mir ausgerechnet von dir sagen lassen, die in der KAGES sitzt und offensichtlich völlig betriebsblind geworden ist und fachspezifisch einseitig orientiert ist. Und ich habe dich sehr geschätzt, und ich habe auch respektiert, daß du zu vielen medizinischen Fragen sehr wohl viel Positives da hier beigetragen hast als Expertin. Aber ich lasse es mir nicht sagen, daß ich nur etwas von Hanf verstehe, vom Scheidungsrecht, und vom Gesundheitswesen nichts, weil Gesundheit geht uns alle an. Ich bin der Auffassung, gerade Scheidungsrecht, all diese sozialen Fragen, hängen ganzheitlich sehr wohl mit dem Gesundheitszustand der Menschen zusammen. Es gibt viele psychosomatische Erkrankungen, gerade durch

familiäre Belastungen. Ich habe mich sehr intensiv im Zusammenhang mit privaten Krisen, mit Ehekrisen, mit Familienkrisen und den Erkrankungen, die daraus entstehen, beschäftigt. Ich verstehe daher vielleicht ein bißchen mehr als du, Kollegin Hartinger. Daher trifft mich dieser Vorwurf, daß ich hier einen Antrag einbringe, um so mehr. Was für eine Frechheit, der Martin Wabl bringt hier einen Antrag ein, wo er keine Ahnung von den Dingen hat. Dann gehst du hier heraus und sagst, ich verstehe davon nichts. Ich halte das aber leicht aus. Du brauchst gar nicht mitzustimmen, denn ich lege keinen Wert darauf. Es gibt ein paar von den Freiheitlichen, wo ich mich freuen würde, wenn sie mitstimmen würden. Auf eure zwei Stimmen lege ich keinen Wert. Ich sage das nur, weil diese Präpotenz mich zutiefst verletzt hat. Ich habe das noch nicht erlebt, daß jemand hier herausgeht und sagt, von dem verstehst du nichts. Ich brauche auch keine Entschuldigung. Ich denke mir meinen Teil dazu. Ich habe bisher sehr viel von dir als Gesundheitspolitikerin gehalten. Ich war dir auch sehr dankbar, daß du in vielen Fragen dem Landesrat Dörflinger, der es nicht der Mühe wert findet, bei diesem Thema anwesend zu sein, werde auch keinen Antrag nach Paragraph 12 stellen, daß er anwesend zu sein hat, weil mir bewußt ist, daß er Wichtigeres zu tun hat als über diese wichtige Frage zu diskutieren, deine Meinung gesagt hast. Ich habe das sehr geschätzt, daß du manches Positives beigetragen hast. Diese Präpotenz habe ich dir aber nicht zugetraut – das wollte ich dazu nur sagen. Damit ist die Sache erledigt, sage aber trotzdem nochmals, daß mich das tief beeindruckt, vor allem aber sehr verletzt hat. Ich bemühe mich seit vielen Jahren, auch in Fürstenfeld, um die Gesundheitspolitik. Und du kannst mich jetzt als Provinzpolitiker abstempeln, weil du hast ja die große weite Gesundheitswelt im Auge, aber das hat mich getroffen. Ich halte jede Gesundheitsdiskussion mit dir an jedem Podium dieses Landes aus. Ich bin sicher, daß ich auch einigermaßen gegen dich bestehen kann. Nun zur Sache selbst: Ich bin an sich über diesen Grundsatzbeschuß sehr froh, wonach es diese Untersuchungen gibt, daß man Stoffwechselerkrankungen rechtzeitig erkennt. Ich halte das für sehr positiv. Ich komme jetzt zu dem Thema, das mir am Herzen liegt: Ich kenne die Position, auch Kollegin Grabensberger hat das schon gesagt und hat irgendwo die Philosophie vertreten, daß wir Konzentration brauchen, was den Geburtenbereich betrifft. Ich habe das auch hier schon mehrmals gesagt. Die Geburt ist an sich ein natürlicher Vorgang. Ich bin zutiefst überzeugt davon, daß jene Frauen, die gebären, ich verstehe davon zwar nichts, weil ich habe selbst nicht geboren, ein dringendes Bedürfnis und die Sehnsucht nach Vertrautheit mit dem Arzt, nach der gewohnten Umgebung und nach der Familie haben und so weiter. Nichts ist schmerzlicher, wenn man stundenlang irgendwo liegt und niemand da ist, der einem vertraut ist – Gott sei Dank nehmen heutzutage schon viele Väter an Geburten teil. Wir haben vor ungefähr vier oder fünf Jahren, und Kollege Majcen hat damals dankenswerter Weise mitgetan, eine Unterschriftenaktion im Raum Fürstenfeld gestartet – du wirst ja wissen, wo das ungefähr liegt. Dort gibt es ein Standortkrankenhaus mit langjähriger Akzeptanz, mit Höhen und Tiefen. Interessanterweise gab es dort einmal einen Frauenarzt,

der nicht so anerkannt wurde. Es hat aber keine Debatte gegeben, ob man die Geburtenstation schließt, obwohl wenige Geburten waren. Dann kam ein neuer Frauenarzt, nämlich Dr. Langer. Es hat sich dann die Geburtenzahl entscheidend verbessert, weil die Frauen wieder zu unserem Arzt gegangen sind und nicht woanders hin, wo auch die Entbindung stattgefunden hat. Leider kann Landesrat Dörflinger das hier nicht beantworten, weil er nicht anwesend ist. Aber ich kann auf seine Aussagen verzichten. Landesrat Dörflinger, der bei jedem Baum, was an sich positiv ist; bei jeder Anlage in der Steiermark – ich bekomme dazu immer die Einladungen, in der letzten Zeit weniger – anwesend und für bauliche Erweiterungen ist, obwohl es, und davon bin ich auch überzeugt, mit baulichen Erweiterungen und Einrichtungen allein nicht getan ist, sondern das Ganze auch im persönlichen menschlichen Bereich zu behandeln ist. Es ist natürlich wichtig, ein modernes Krankenhaus mit modernen Einrichtungen zu haben, was positiv für eine Gesundheit des Menschen ist. Das allein ist aber nicht alles. Das AKH in Wien zum Beispiel, welches Spitzenmedizin betreibt, hat auch viele Nachteile. Wir haben dann 16.000 Unterschriften – Franz, du kannst mich korrigieren – für die Erhaltung der Geburtenstation zusammengebracht. Wir können jetzt sagen, da gibt es Experten, die sagen, es gibt gewisse Fallziffern und was weiß ich alles. Mir wurde im Jahr 1945 von einer Hebamme bei Petroleumlicht auf die Welt geholfen. Wir sind allerdings froh, daß das jetzt nicht mehr der Fall sein muß. Ich bin der Meinung, daß all diese Fallziffern und die Behauptung, daß bei der Geburt jemand möglichst oft das macht und daß er die Routine braucht, Probleme mit sich bringen. Ich glaube doch, daß eine Frau am liebsten hat, wenn ihr Frauenarzt, mit dem sie vertraut ist, dabei ist. Das hat alles nichts geholfen. Wir verwenden zwar Milliarden für neue Computereinrichtungen in der KAGES, haben dort Hofratsposten geschaffen, die heute super bezahlt werden. Leider war ich noch nie in der Lage, das herauszubekommen, weil es nie gesagt wird, wie viele Spitzengehälter es dort gibt. Ich hoffe, du bist dort auch dabei, was ich dir persönlich auf Grund der Qualifikation wünsche. Insgesamt stelle ich fest, daß dort Milliarden für Computersysteme verbraten werden, wo sich dann manchmal herausstellt, daß auch Fehler passieren, indem jemand schon viermal operiert wurde. Im Computer scheint allerdings nur eine Operation auf, was unlängst in Fürstenfeld passiert ist. Bei der Geburtenstation in Fürstenfeld hat man gesagt, dafür hat man kein Geld. Radkersburg hat den Anfang gemacht. Dies wurde zur Kenntnis genommen oder mußte zur Kenntnis genommen werden. Fürstenfeld ist das nächste. Ich halte das für den falschen Schritt in die falsche Richtung. Auch bei Hartberg gab es damals die Diskussion, ob nicht alles nach Oberwart verlegt werden sollte. Man hat gesagt, Hartberg muß aus geopolitischen Gründen die Geburtenstation haben, was ich an sich begrüße. Weil es Hartberg jetzt hat, hat man gesagt, brauchen wir Fürstenfeld nicht mehr, weil die Frauen aus dem Raum Fürstenfeld gehen nach Feldbach und nach Hartberg. Feldbach ist derart super eingerichtet, daß alle dorthin gezogen werden. Auch ich höre schon von Feldbach, daß natürlich die Überkapazität oder die Überbelastung auch manche Nachteile mit sich bringt und

nicht alle so zufrieden sind, wie ein Primar Hofmann es dort gehofft hat – nicht weil er Hofmann heißt, sondern weil er ein sehr ehrgeiziger Primar war. Jetzt geht es um den entscheidenden Punkt, von dem ich natürlich nichts verstehe – Kollegin Hartinger ist hier viel klüger als ich. Blinkt die Uhr jetzt schon, damit ich aufhören muß? (Präsident: „Sie haben erst die Hälfte der Redezeit in Anspruch genommen, Herr Abgeordneter. Ich bitte fortzufahren!“) Das blinkt so nervös. Wahrscheinlich überträgt sich meine Nervosität durch die Attacke der Kollegin Hartinger auf das Licht. Ich werde mich bemühen, daß ich mich beruhige. Vielleicht hört das dann auch auf. Ich habe mich damit nicht abgefunden und Kollege Majcen im Grunde genommen auch nicht. Die Realpolitik der Mächtigen hat das so entschieden. Landesrat Dörflinger sagt, wenn man ihm etwas sagt, was die KAGES betrifft, dann macht das die KAGES, da hätte er keinen Einfluß. Er ist ein Weltmeister im Verkauf von positiven Botschaften, aber kein Weltmeister im Tragen von negativen Entscheidungen. Dafür ist er nie verantwortlich. Das ist eine glänzende Aufgaben- oder Arbeitsteilung, die er sich mit der KAGES ausgemacht hat. Es ist ihm dafür zu gratulieren, paßt auch ein bißchen hinein in die Jugend-Card-Geschichte. Das ist eben der Zug der Zeit. Nun wird Fürstenfeld auch noch damit bestraft. Und da verstehe ich das nicht mehr. Rede vielleicht einmal mit dem Dr. Langer, vielleicht versteht er so viel, daß er dir Parole bieten kann. Dr. Michael Langer – Franz – operiert seit mindestens fünf, sechs Jahren mit einem Konsiliarvertrag und hat diese gynäkologischen Eingriffe durchgeführt. Primarius Stenzel war sogar sehr froh darüber. Er hat in seiner Verantwortung als Frauenfacharzt das bisher aufrecht erhalten, hat das sogar gedeckt, weil es geheißen hat, es muß dort ein Gynäkologe sein. Er hat gesagt, wir übernehmen die Verantwortung. Passiert ist auch schon woanders was, auch in großen Stationen. Du bist ja so gescheit, daß du sagst, dort, wo große Stationen sind, kann nichts passieren, und dort, wo kleinere sind, kann viel passieren, daher muß es geschlossen werden. Ich bewundere deine Weitsicht und deinen Weitblick. Ich kann dir nur gratulieren dazu. Ich bin sicher, daß dein Weg dich in ungeahnte Karrierestufen in der Medizin und im Gesundheitswesen führen wird. Fest steht, daß Dr. Langer zur Zufriedenheit und mit Akklamation und auch sehr anerkannt von den Frauen, die ihn dort aufsuchen, diese Operationen im Sinne dieses Konsiliarvertrages durchgeführt hat. Alle waren dort froh, daß er es gemacht hat, daß er diese Last auf sich genommen hat und seinen Buckel dafür hingehalten hat. Wie die hohe Politik spielt – es sind ja einige Experten da vom Gesundheitswesen – und weil man jetzt die Geburtsstation schließt, geben wir noch gleich eine drüber, denn die KAGES hat den Vertrag mit Dr. Langer gekündigt. Wenn es keine Geburtsstation mehr in Fürstenfeld gibt, soll es auch keine Assistenzleistung oder keine Konsiliartätigkeit des Dr. Langer geben, daher darf er auch nicht mehr operieren, obwohl Primarius Stenzel und auch der andere Primarius der Meinung sind, daß das gut ist, daß das auch für das Krankenhaus gut ist und daß es vor allem, liebe Kollegin Hartinger, was vielleicht das Entscheidende in dem Fall ist, aber was dir natürlich völlig als Medizinexpertin nicht so eingeht, von den Frauen anerkannt und gewünscht wird. Ich bin auch überzeugt davon,

daß es zum Vorteil der Frauen ist. Das spielt wahrscheinlich bei dir keine Rolle oder auch bei der KAGES keine Rolle, aber für mich als kleinem Provinzpolitiker, im Gegensatz zu dir, spielt das für den Raum Fürstenfeld doch eine Rolle. Daher habe ich leichtsinnig, unvorsichtig und ohne jedes Fachwissen es mir erlaubt, diesen Entschließungsantrag einzubringen. Gott sei Dank hat der Kollege Majcen auch mitgetan, der Kollege Brünner. Ich habe bei euch auch antichambriert, aber ich habe gemerkt, welcher großartigen Einfluß du hast, daß es mir nicht möglich war, bei den Freiheitlichen da irgendwo eine Lücke in der dichten Vergatterung zu finden. Vielleicht lasse ich mich überaschen, aber die Kollegin Hartinger hat von vornherein gesagt, da brauchen wir Leute mit einer entsprechenden Fallziffer, und die Fallziffer ist zu gering, daher darf der Dr. Langer nicht mehr operieren, und es ist alles völlig richtig. Und was die Frauen dort unten denken – ich sage es dir, wir werden vielleicht einmal eine Unterschriftenaktion starten, es ist natürlich sehr schwierig, weil die hohen Mächtigen oder die Mächtigen der KAGES sich noch nie geschert haben um das, was wir uns überlegen. Und weil du den Prozeß früher erwähnt hast, ihr habt es zusammengebracht in der KAGES. Das behinderte Mädchen, wo ich gebeten habe darum, führt doch keinen Prozeß, schaut doch, daß die Eltern versorgt werden, da habt ihr gesagt, nein, das wird im Grunde noch ausprozessiert. Das Mädchen ist inzwischen gestorben, und der Prozeß läuft immer noch. Ich kann nur gratulieren. Und wenn ich anfrage, wieviel die Kosten bisher ausgemacht haben, dann heißt es, das ist Datenschutz. Meine Gratulation, das sind alles nur Steuergelder, zahlt die KAGES. Das geht sicher schon in die Million. (Abg. Schrittwieser: „Du mußt die Zeit nicht ausnützen, Martin!“) Fünf Minuten habe ich noch Zeit. Ich will zu euch reden, weil ja auf eurer Seite die Gesundheitsexperten sitzen. (Abg. Schrittwieser: „Es ist schon spät, und das Fernsehen ist auch nicht mehr da!“) Du, ob das Fernsehen da ist und es spät ist, mir ist das Thema so wichtig, daß ich halt meine Zeit jetzt ausnütze. Du wirst mich nicht daran hindern, daß ich das zu Ende bringe. Erstens muß ich den Antrag noch vorlesen, und du glaubst halt, schau, ihr seid eh dagegen, ich habe ja beim Kollegen Erlitz festgestellt, daß ihr keine Gesprächsbereitschaft habt. Der Landesrat Dörflinger kommt gar nicht, das ist ja kein Anliegen, Gott sei Dank, bei der ÖVP ist da mehr Verständnis, und je mehr du dich aufregst, desto länger bleibe ich hier stehen, bis zum Ende, vier Minuten habe ich noch.

Ich bin daher der Auffassung, daß es zum Wohl der Frauen unserer Region wäre, wenn man vom hohen Roß heruntersteigen würde und diesen Vertrag mit dem bewährten, beliebten Frauenfacharzt Dr. Langer weiter verlängern würde oder neu abschließen würde. Und diesen Antrag habe ich mir erlaubt, einzubringen. Ich werde ihn auch vortragen. Soviel Zeit muß sein, heißt es bei uns in der Oststeiermark.

Ich habe einen Entschließungsantrag eingebracht der Abgeordneten Dr. Wabl, Mag. Zitz, Majcen und Dr. Brünner, betreffend Weiterführung von gynäkologischen Eingriffen im LKH Fürstenfeld.

Ich lasse die Geschichte jetzt aus.

Der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, was sehr schwer ist, weil der Herr Landesrat Dörflinger ja kaum Einfluß nimmt auf diese schwierigen Sachen, dafür Sorge zu tragen, daß die KAGES weiterhin die Durchführung von gynäkologischen Eingriffen im LKH Fürstenfeld in der bisherigen Form ermöglicht durch Dr. Langer, weil der den Konsiliarvertrag hat.

Ich würde es als ein Gebot der Fairneß und der Menschlichkeit betrachten, daß man einem Frauenfacharzt, der zur Zufriedenheit der Frauen und auch daß er seinen eigenen Buckel hingehalten hat für die rechtliche Problematik der bisherigen Geburtenstation, daß man dem diesen Vertrag wieder gewährt, daß man ihm die Möglichkeit gibt, daß er wieder operieren kann. Ich wünsche mir das nicht wegen mir, weil ich werde diese Operation nicht brauchen. Aber ich wünsche mir das im Interesse der Frauen. Ich bitte dich, Frau Kollegin Bachmaier, appelliere zumindest an die Frauen in den Fraktionen, bei der ÖVP ist es anders, auch bei der SPÖ, momentan ist keine da, aber ich appelliere mit Ausnahme der Kollegin Hartinger, weil auf deren Zustimmung lege ich nach ihrer Äußerung keinen Wert mehr, das möchte ich auch sagen, weil eine derartige Präpotenz ist mir noch nie vorgekommen, aber ich appelliere an alle anderen Frauen, daß sie vielleicht diesem Antrag zustimmen und daß wir hier eine Möglichkeit schaffen, die den Frauen in unserer Region dient. Ich hoffe, daß es geschieht, daß ein Wunder passiert, ich werde versuchen, andere Aktivitäten zu setzen, ich werde die Hoffnung jedenfalls nicht aufgeben, und ich entschuldige mich dafür, daß ich als Laie mich dieses Themas bemächtigt haben das andere, wie du, Kollegin Hartinger, natürlich viel besser beherrschen. (Beifall bei der ÖVP und dem LIF. – 23.11-Uhr.)

**Präsident:** Wir kommen zu drei Abstimmungen.

Ich ersuche erstens, jene Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Zweitens ersuche ich jene Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ, ÖVP und SPÖ, betreffend Stoffwechselkrankheiten-Screening, zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle auch hier die einstimmige Annahme des Antrages fest und komme zur dritten Abstimmung.

Jene Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen, der ÖVP und des Liberalen Forums, betreffend Weiterführung von gynäkologischen Eingriffen im LKH Fürstenfeld, zustimmen, bitte ich um ein Handzeichen. Danke. Gegenprobe.

Der Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich komme zum Tagesordnungspunkt

**30. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1172/1, betreffend den Abverkauf des landeseigenen Grundstückes Nr. 219/2 der KG. 60404 Sankt Sebastian an die Gemeinde Sankt Sebastian beziehungsweise an diverse Grundeigentümer.**

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Schrittwieser. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Schrittwieser** (23.13 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Es handelt sich hier um die Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung, betreffend den Abverkauf des landeseigenen Grundstückes Nr. 219/2 der KG. 60404 Sankt Sebastian an die Gemeinde Sankt Sebastian beziehungsweise an diverse Grundeigentümer.

Im Schreiben vom 26. Mai 1997 der Steiermärkischen Krankenanstaltengesellschaft mbH. als Rechtsträgerin des Landeskrankenhauses Mariazell teilt diese mit, daß gegen den Abverkauf des Grundstücksareals keine Einwendungen erhoben werden. Demnach wäre dem Grundstücksverkauf im Gesamtausmaß von 19.462 Quadratmeter zu einem Gesamtbetrag von 3.623.726 Schilling zuzustimmen.

Ich stelle den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Erstens: Der vorstehende Bericht wird genehmigend zur Kenntnis genommen.

Zweitens: Der Abverkauf des landeseigenen Grundstückes Nr. 219/2, der KG. 60404 Sankt Sebastian im Ausmaß von 19.462 Quadratmeter (davon 5839 Quadratmeter Wald ist 81.746 Schilling und 13.623 Quadratmeter Wiese ist 3.541.980 Schilling) zu einem Gesamtbetrag von 3.623.726 Schilling an die Gemeinde Sankt Sebastian beziehungsweise an diverse Grundeigentümer wird genehmigt. Ich ersuche um Annahme. (23.15 Uhr.)

**Präsident:** Wenn Sie dem Antrag zustimmen, bitte ich Sie um ein Handzeichen. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

**31. Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Arbeitsplatz über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 869/5, zum Beschluß Nr. 866 des Steiermärkischen Landtages vom 23. September 1998 über den Antrag der Abgeordneten Gennaro und Korp, betreffend die Aufnahme von Lehrlingen des Lehrberufes Verwaltungsassistent/in in den Landesdienst.**

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Gennaro. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Gennaro** (23.15 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Im Herbst 1997 erfolgte noch die Aufnahme von 22 Lehrlingen im Lehrberuf „Bürokaufmann“, im Herbst 1998 hingegen schon von 24 Lehrlingen im Lehrberuf „Verwaltungsassistent/in“. Laut Mitteilung des Lehrlingsbeauftragten des Landes Steiermark sollen sogar die Lehrverträge, welche auf „Bürokaufmann“ lauten, auf den Lehrberuf „Verwaltungsassistent/in“ abgeändert werden, da die Lehrlinge sonst in der Berufsschule nicht die Klasse für Verwaltungsassistenten besuchen können. Dies war für April 1999 vorgesehen. Im Ausschuss wurde berichtet, daß das bereits erledigt ist. Ich ersuche daher, diesen Antrag zur Kenntnis zu nehmen. (23.16 Uhr.)

**Präsident:** Danke. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

**32. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1176/1, betreffend den Verkauf der landeseigenen Liegenschaft EZ. 568, GB: 66179 Straß, mit den Grundstücken 403/1 LN, 405/2 und 405/7 sowie GB. 66116 Gersdorf, mit dem Grundstück 342/2 LN, im Gesamtlächenausmaß von 12.017 Quadratmeter an die Firma Ing. Rudolf Pichler, Straß, um das Höchstgebot von 3.875.000 Schilling.**

Berichtersteller ist der Herr Abgeordnete Ing. Mag. Hohegger. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Ing. Mag. Hohegger (23.16 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren!

Ich berichte über die Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung, betreffend den Verkauf der landeseigenen Liegenschaft EZ. 568, GB. 66179 Straß, im Gesamtlächenausmaß von 12.017 Quadratmeter an die Firma Ing. Rudolf Pichler um das Höchstgebot von 3.875.000 Millionen Schilling. Das Land Steiermark ist bürgerlicher Alleineigentümer der gegenständlichen Liegenschaft. Mit Regierungsbeschluß vom 2. November 1998 wurde der Verkauf der angeführten Liegenschaft im Rahmen einer öffentlichen Feilbietung genehmigt. Diese erfolgte in der Weise, daß der Verkauf der landeseigenen Liegenschaft in der „Grazer Zeitung – Amtsblatt für die Steiermark“ und in den gängigen steirischen Medien annonciert wurde. Im Rahmen der öffentlichen Feilbietung wurden am 12. Jänner 1999 drei Angebote mit folgenden Angebotspreisen gelegt: erstens Marktgemeinde Straß 3.500.000 Millionen Schilling, zweitens Herr Ing. Franz Vollmann 3.850.000 Millionen Schilling und drittens Herr Ing. Rudolf Pichler 3.875.000 Millionen Schilling.

Demnach ist die Firma Ing. Rudolf Pichler aus Straß mit einer Angebotssumme von 3.875.000 Millionen Schilling als Bestbieter hervorgegangen. Zuzufolge des Beschlusses der Steiermärkischen Landesregierung vom 3. Mai 1999 wird der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen: Der Verkauf der landeseigenen Liegenschaft im Gesamtausmaß von 12.017 Quadratmeter an die Firma Ing. Rudolf Pichler in Straß um das Höchstgebot von 3.875.000 Millionen Schilling wird genehmigt. (23.19 Uhr.)

**Präsident:** Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Ing. Schreiner, dem ich es erteile.

**Abg. Ing. Schreiner (23.19 Uhr):** Herr Präsident, meine Damen und Herren!

In aller gebotenen Kürze, der Zeit entsprechend (Abg. Purr: „Das haben schon viele gesagt!“): Ich halte es ein, weil ich bin von der FPÖ. Nicht gesagt wurde, daß in der Regierungssitzung am 1. März 1999 dieses Stück, betreffend den Verkauf dieser Liegenschaft, bereits einmal abgelehnt wurde. Man muß schon hinterfragen, ob der Verkauf dieser Liegenschaft sinnvoll ist. Es werden hier 12.000 Quadratmeter Industriegrund

verkauft, ohne ersichtlichen Nutzen für das Land Steiermark, weil um die 3,8 Millionen Schilling werden wir offensichtlich ja nicht unbedingt verkaufen, um damit das Budget zu retten. Was passiert hier letzten Endes? Ich kann mich erinnern, es hat in den Ausschüssen viele Diskussionen gegeben, ob der Schätzwert eines Grundstückes in Ordnung ist oder nicht. Viele Male haben wir darüber diskutiert. Hier wurde einige Male geschätzt, und bei jeder Schätzung, die immer geringer war als die davorgehende, war trotzdem immer das Schätzangebot höher als der jetzt tatsächlich zu erzielende Kaufpreis. Es werden keine Arbeitsplätze geschaffen, wir machen keine vernünftige Grundstücksbevorratung, wie sie ansonsten oft vom Land Steiermark gefordert wird. Und trotzdem verkaufen wir dieses Grundstück. Das ist nicht vernünftig. Wenn wir diesen Trend weiter fortsetzen, dann habe ich das Gefühl, werden wir irgendwann einmal das Landhaus verkaufen, weil es ja auch schön ist, und dann werden wir es zurückleasen – mit dem Innenhof fangen wir sowieso schon an. Das kann nicht im Sinne des Landes sein, ohne ersichtlichen Grund, ohne ersichtlichen Nutzen, denn es werden damit keine Arbeitsplätze geschaffen, wenn um 3,8 Millionen Schilling 12.000 Quadratmeter Industriegrund verkauft wurden, unter allen Schätzpreisen, die es gibt. Wo ist die Sinnhaftigkeit dieser Aktion? Man muß dabei etwas beachten: Grund und Boden ist nicht vermehrbar. Deswegen ersuche ich, diesen Antrag abzulehnen. (Beifall bei der FPÖ. – 23.21 Uhr.)

**Präsident:** Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Der Antrag ist mehrheitlich angenommen.

**33. Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft über den Antrag, Einl.-Zahl 919/1, der Abgeordneten Dr. Wabl und Mag. Zitz, betreffend eine Hanfchwinge für die Steiermark.**

Berichtersteller ist der Herr Abgeordnete Dirnberger. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Dirnberger (23.21 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren!

Ich berichte zum Antrag der Abgeordneten Dr. Wabl und Mag. Zitz, betreffend eine Hanfchwinge für die Steiermark. Der Steiermärkische Landtag hat im Dezember 1996 auf Antrag der Grünen mit Beschluß die Landesregierung aufgefordert, den Hanfanbau in der Steiermark durch die Unterstützung der Vermarktung zu fördern. Derzeit werden zirka 100 Hektar in der Landwirtschaft angebaut, doch ist eine Weiterverarbeitung dringend notwendig. Der Verein Hanf-land hat eine Studie in Auftrag gegeben, die die Rahmenbedingungen für die Errichtung einer Hanfchwinge festlegt. Als Standort ist Fürstenfeld vorgesehen, doch können auch andere Gemeinden der Steiermark dafür in Frage kommen. Damit würden zumindest acht Arbeitsplätze geschaffen und zusätzliche Arbeitsplätze in der bedrohten Landwirtschaft gesichert. Die Kosten belaufen sich auf 24 Millionen Schilling. Zu diesem Antrag gibt es auch eine Stellungnahme der Landesregierung, die im Aus-

schuß behandelt wurde. Im Ausschuß wurde diesem Antrag einstimmig zugestimmt. Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, alle Maßnahmen bis hin zu einer Beteiligung zu ergreifen, um die Errichtung einer Hanfchwinge für die Steiermark (Standort Fürstenfeld) zur Schaffung von neuen Arbeitsplätzen und Absicherung der Landwirtschaft zu gewährleisten. Ich ersuche um Annahme. (23.23 Uhr.)

**Präsident:** Danke. Wer dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

**34. Bericht des Ausschusses für Umweltschutz und Energie über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 385/9, zum Antrag der Abgeordneten Mag. Zitz, Dr. Wabl, Keshmiri und Dr. Brunner, betreffend Trinkwasserpolitik.**

Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Mag. Zitz. Ich erteile ihr das Wort.

**Abg. Mag. Zitz** (23.23 Uhr): Der gegenständliche Antrag beziehungsweise die Regierungsvorlage zum Antrag „Trinkwasserpolitik“ ist im Ausschuß umfangreich vorgestellt worden. Ich ersuche um Annahme der Regierungsvorlage. (23.23 Uhr.)

**Präsident:** Danke sehr. Wer dem Antrag der Frau Berichterstatterin zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme des Antrages fest.

**35. Selbständiger Bericht des Petitions-Ausschusses, Einl.-Zahl 1178/1, über seine Tätigkeit im Jahre 1998.**

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Wiedner. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Wiedner** (23.23 Uhr): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Der Bericht des Petitions-Ausschusses über seine Tätigkeit liegt Ihnen vor. Wir haben ihn im Ausschuß beraten, und es würde von allen Stellen Zustimmung

signalisiert. Ich darf daher den Antrag stellen, der Landtag wolle beschließen: Der Selbständige Bericht des Petitions-Ausschusses über seine Tätigkeit im Jahr 1998 wird zur Kenntnis genommen. Ich bitte um Annahme des Antrages. (23.24 Uhr.)

**Präsident:** Danke. Ich komme zur Abstimmung. Wer dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

**36. Bericht des Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschusses über das Auslieferungsbegehren, Einl.-Zahl 1177/1, des Landesgerichtes Wien, betreffend den Landtagsabgeordneten Dr. Martin Wabl wegen Paragraph 111 Absatz 1 und 2 StGB.**

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dr. Lopatka. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Dr. Lopatka** (23.25 Uhr): Der Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschuß hat in seiner Sitzung am 1. Juni 1999 über das Auslieferungsbegehren, Einl.-Zahl 1177/1, des Landesgerichtes Wien, betreffend den Landtagsabgeordneten Dr. Martin Wabl nach Paragraph 111 Absatz 1 und 2 StGB, beraten und nachstehenden Beschluß gefaßt: Der Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschuß stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen: Es besteht kein Zusammenhang zwischen den dem Landtagsabgeordneten Dr. Martin Wabl im Ersuchen des Landesgerichtes für Strafsachen Wien auf Auslieferung zur Last gelegten Handlungen und seiner politischen Tätigkeit als Landtagsabgeordneter. Ich bitte um Annahme des Berichtes. (23.26 Uhr.)

**Präsident:** Danke. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Die nächste Sitzung wird auf schriftlichem Wege einberufen.

Die Sitzung ist geschlossen. (Ende der Sitzung: 23.26 Uhr.)